Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

55 (21.7.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

55. Sitzung.

Mittwoch, den 21. Juli 1926, nachmittags 1/2 4 Uhr.

Tagesordnung:

Mitteilung der Eingänge. Sodann
Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 54. Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister des Innern **Remmele**, Ministerialdirektor **Leers**, die Ministerialräte **Arnsperger**, Dr. **Barck**, Dr. **Jung**, **Rein**, **Weitzel**, die Obermedizinalräte Dr. **Kautzmann** und Dr. **Roemer**, die Oberregierungsräte Dr. **Frhr. von Babo**, **Cronberger**, **Reu**, **Stehberger**, die Regierungsräte **Baer**, **Emele**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß der Amtl. Niederschrift Sp. 2777/78.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet die Sitzung nach 3 1/2 Uhr und gibt folgende

Verhinderungsanzeigen

bekannt seitens der Abg. Bock, Brixner, Habermehl, Maier-Heidelberg und Marum und seitens der Abg. Frau Rigel wegen Erkrankung, seitens des Abg. Sack wegen geschäftlicher Verhinderung.

Es wird sofort in die.

Tagesordnung

eingetreten.

Beratung des Staatsvoranschlags für die Rechnungsjahre 1926 und 1927, Hauptabteilung III, Ministerium des Innern.

In der allgemeinen Beratung erhalten weiter das Wort

Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.):

Der Herr Berichterstatter für denjenigen Teil des heute zur Beratung stehenden Voranschlages, der sich auf die staatliche Fürsorge für die Landwirtschaft erstreckt, hat heute morgen mit teilnehmenden Worten der großen, ja furchtbaren Schäden gedacht, die auch bei uns in Baden durch Unwetter angerichtet worden sind. Den schwer getroffenen Landwirten — die nun sehen müssen, wie so viel saurer Schweiß umsonst vergossen worden ist — hat er Teilnahme ausgedrückt und dabei die Erwartung ausgesprochen, es werde durch die helfende Hand des Staates das Mögliche geschehen, um Ihnen über dieses niederschlagende Erleben wegzuhelfen. Wir stimmen diesen Worten von ganzem Herzen bei. Auch wir drücken der betroffenen Landwirtschaft unsere Teilnahme aus. Dazu haben wir umso mehr Veranlassung, als es sich ja hier um die Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes handelt, das wahrlich schwer genug betroffen worden ist und zu dem Übermaß von Druck und Leid, das ohnehin schon auf ihm liegt, nun auch noch eine durch Hagel, Wasser und Wetter oder sonstwie verdorbenen Ernte heimgesucht wird. Auch wir wünschen, daß es der Staatsverwaltung möglich sein werde, in jeder Weise hier fördernd beizuspringen (Beifall von verschiedenen Seiten des Hauses).

Wenn dann im Laufe der Verhandlungen überhaupt der Wirtschaftspolitik im Reiche, des Programmes und der Bemühungen gedacht worden ist, die einsetzen sollen, um zunächst einmal der Arbeitslosigkeit zu steuern, danach aber überhaupt das wirtschaftliche Leben und die Arbeit wieder zu befruchten, dann ist es selbstverständlich, daß auch wir all diesen Unternehmungen, von denen hier die Rede war, von unserer Seite den besten Fortgang und den schönsten Erfolg wünschen und daß wir, soviel wir können, bei diesen Bestrebungen mit unseren Kräften mitarbeiten werden.

Ich will aber nicht auf alles das eingehen, was gestern und heute morgen hier angeschnitten worden ist, sondern ich möchte mich darauf beschränken, das eine oder das andere zu besprechen, das hier von meinem und meiner Freunde Standpunkte aus eine Antwort notwendig zu machen scheint.

Gestern und heute ist viel die Rede von den politischen Koalitionen bei uns in Deutschland und in Baden gewesen. Von der „kleinen" Koalition, wie wir in Baden sie haben; von der Weimarer, also sozusagen von der der mittleren Koalition — und von der „großen" Koalition, die sich bis hierher, an die Grenze zwischen Zentrum und uns ausdehnen soll (Abg. Schreck: Von der Volksgemeinschaft!). Die Volksgemeinschaft, Herr Abg. Schreck, ist nicht eigentlich eine Koalition, sondern diese Volksgemeinschaft soll aus dem innersten Drang und Triebe des ganzen Volkes herauswachsen (Abg. Dr. Schofer: Also wieder einmal abgeblitzt!).

(Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe [Bürgerl. Ver.])

Von all den Bemerkungen, die darüber gefallen sind, ist mir diejenige des Herrn Kollegen Dr. Mattes am bedeutsamsten gewesen, der dem Sammlungsruf, wie er auch aus dem Munde seines Parteifreundes Dr. Jarres erklungen war, eine recht deutliche Absage erteilt hat (Zurufe von verschiedenen Seiten). Ich glaube, es ist der Mühe wert, daß man sich das merkt (Lachen und Zurufe bei der kommunistischen Gruppe), und daß es nicht ohne Bedeutung ist selbst für den Fall (Rufe und Heiterkeit) selbst für den Fall, daß Herr Dr. Mattes diese Absage auf die kleinen badischen Verhältnisse beschränken wollte (Zurufe).

In dieser Absage hat sich ja nur die eine Seite gezeigt; die Kehrseite bestand in der Forderung der großen Koalition und der Empfehlung seiner Partei für diese große Koalition. Ich habe die Empfindung, daß der Sprecher der Deutschen Volkspartei mit diesen Ausführungen nicht gerade viel Glück gehabt hat (Zuruf). Zwar hatte der Redner der Sozialdemokratie vorher gesprochen; aber er muß so etwas geahnt haben, daß aus der auf die seinige folgenden Rede des deutsch-volksparteilichen Sprechers etwas von der Art ihm entgegenklingen werde (Zurufe aus der sozialdemokratischen Fraktion) und so hat er schon zum voraus eine Absage erteilt. Bei der wohlabgewogenen Weise, in der der Herr Kollege Rückert gestern sprach, hat er es doch nicht unterlassen, der Volkspartei gewissermaßen den Stock hinzuhalten und zu sagen: „Ja darüber mußt Du springen!" (Abg. Hertle: Sehr gut!).

Aber das ist ja das wenigste. Ich glaube, es ist bei diesen Erklärungen der Deutschen Volkspartei noch ein anderes Unglück geschehen. In demselben Augenblick und zu derselben Zeit, als Herr Abg. Dr. Mattes redete, ist ihm — ich will mich jetzt einmal recht derb und deutlich ausdrücken —, ohne daß er es wußte, schon „in die Suppe gespuckt worden" (Heiterkeit — Zurufe): Ich meine dabei den Artikel, den eines der prominentesten Mitglieder der Zentrumspartei geschrieben hat. Es handelt sich um Dr. Josef Wirth, von dem wir neulich aus der Feder des Herrn Kollegen Dr. Schofer gelesen haben, daß er beim Zentrum als ein „Politiker großen Formats" gilt — (Abg. Dr. Schofer: Das habe ich aber nur zitiert!) aber beifällig zitiert (Abg. Dr. Schofer: Es hat mich eben gefreut!) — Also habe ich doch recht. Ich weiß nun nicht, ob der Herr Dr. Mattes jetzt noch die Suppe ausessen will (Zuruf des Abg. Dr. Schofer — Heiterkeit — Weitere Zurufe — u. a.: Ich danke! — Unruhe — Glocke des Präsidenten).

Heute vormittag hat der Sprecher des Zentrums sich in breiten Worten und in lobender Weise über das Reichsbanner ausgelassen. Ich weiß nicht, warum er das getan hat: Vielleicht um auf jener Seite allerlei Schmerzen zu lindern, die man dort drüben wegen der neuderdings mehrfach zu machenden Beobachtung haben kann, daß in letzter Zeit solche, die ursprünglich Anhänger und Gefolgsleute des Reichsbanners waren, sich überlegen, ob sie nicht von ihm abrücken wollen oder auch schon von ihm abgerückt sind. Aber sei dem, wie ihm wolle: Das ist eine Sache, die die Regierungsparteien unter sich ausmachen mögen. Was von allgemeinerer Bedeutung ist und mich interessiert, war die Bemerkung, durch die der Herr Abg. Dr. Hoffmann die intime und enge Beziehung des Reichsbanners zum Christentum hergestellt hat (Heiterkeit — Zuruf des Abg. Dr. Schofer — Erneute Heiterkeit). Ich muß sagen (Fortdauernde Zurufe), ich muß sagen: mir, der ich bisher glaubte in all' diesen Dingen auch etwas zu sehen und von ihnen etwas zu verstehen, ist diese Beziehung bisher vollständig entgangen (Rufe vom Zentrum). Ich weiß nicht, was der Herr Abg. Dr. Hoffmann gemeint hat: ob er vielleicht jene Predigt oder jenen Gottesdienst im Münster zu Konstanz im Auge hatte (Rufe von sozialdemokratischer Seite: Aha! — Zuruf des Abg. Dr. Schofer), wobei, wie ich annehme, der Prediger dem Reichsbanner tüchtig, wie er das überhaupt gerne tut (Heiterkeit) — dem Reichsbanner den Kopf gewaschen hat; aber dieser eine Vorgang ist doch wahrlich kein Beweis für den christlichen Charakter des Reichsbanners. Der Gegenbeweis wäre ja fast jeden Tag aus authentischen Nachrichten zu erbringen.

Aber bei dieser Gelegenheit hat der Herr Kollege Dr. Hoffmann noch etwas mehr getan: er hat nämlich proklamiert die „christliche Republik". Es wird ihm überlassen bleiben, wie er sich über diese Proklamation mit seinen sozialdemokratischen Freunden auseinandersetzt. Ich glaube nicht, daß diese ohne weiteres die Proklamierung der „christlichen Republik" werden gelten lassen (Abg. Schreck: Oh doch!). Aber das ist auch wieder seine Sache.

Ich möchte aber diese Gelegenheit benutzen, um unserseits etwas zu sagen zu dem christlichen Charakter des Staates. Wir halten den christlichen Charakter des Staates durchaus aufrecht. Wir fordern, daß er den christlichen Charakter habe, und daß dieser christliche Charakter zum Ausdruck komme und sich durchwirke in allen Maßnahmen des Staates und in seiner Gesetzgebung. Wir tun das aus zwei Gründen.

Einmal, weil wir der Überzeugung — um nicht zu sagen: der Erfahrung — sind, daß das Christentum die Kraft der Kräfte darstellt, und daß in den Teilen der Erde und unter den Völkern der Welt, denen die Gnade das Christentum geschenkt hat, es ein Verbrechen, ein nicht gutzumachendes Verbrechen wäre, wenn man diese Quelle der Kraft den Völkern und den Staaten abschneiden und nicht vielmehr immer darauf hinweisen wollte, daß jedes Volk dazu sehen soll, daß diese Quelle ihm möglichst reichlich sprudele und es an ihr sich stärke (Abg. Ritter: Meinen sie die Stahlhelmchristenheit?). Herr Ritter, ich glaube, das ist eine Sache, über die Sie nicht gut mitreden, höchstens einmal dazwischenhineinpoltern können (Heiterkeit).

Zweitens aber halten wir den christlichen Charakter des Staates aufrecht und verlangen, daß er respektiert werde, weil unser deutsches Volk zu, nun sagen wir, doch immerhin 90 Proz., 95 Proz. nicht nur ein christliches ist, sondern ein christliches sein will (Aha! bei den Kommunisten). Das zeigt sich ja gerade dann deutlich, wenn es sich einmal darum handelt, durch positive Maßnahmen — man sollte sie eigentlich mehr negative nennen — an einem bestimmten Punkte das Christentum auszuschalten; dann regen sich auch diejenigen Teile die sonst in dieser Hinsicht etwas lässig eingestellt sind und für ihr Teil von dem Christentum und seinen Kräften nicht gerade großen Gebrauch machen (Zuruf von den Sozialdemokraten). Diese 95 Proz. sind gewiß nicht alle miteinander gute Christen; aber, auf die letzte und entscheidende Probe gestellt, wollen sie jedenfalls das christliche Wesen und den christlichen Charakter nicht beiseite geschoben wissen. Wir halten darauf, daß der christliche Charakter des Staates bewahrt bleibe, und beobachten mit Mißtrauen und werden uns auch immer dagegen wenden, wenn wir irgendwie sehen, daß so leise unter der Hand meuchlings immer wieder Versuche gemacht werden, unseren Staat, unser öffentliches Wesen, unser Volk auch nur auf das areligiöse — ich betone; areligiöse, nicht irreligiöse — Geleise zu schieben. Da werden wir immer wiederstehen, daß das nicht geschieht; da werden wir scharf die Augen aufbehalten.

Aber wenn wir so den christlichen Charakter des Staates betonen, so sind wir nicht der Meinung, daß dieser christliche Charakter des Staates durchgesetzt werden soll auf dem Wege der Gesetzgebung oder der Verwaltungsmaßregeln. Wir erinnern uns, daß nach dem Worte eines Mannes, dessen Wort Autorität ist im Bereiche des christlichen Denkens, das Evangelium oder Christus der Geist ist; und wo Geist ist, da ist Freiheit. Und wenn man nun wissen will, wie denn da dann ein Zusammenwirken und eine lebendige Beziehung zwischen Staat und Christentum stattfinde, so verweise ich noch einmal auf den Umstand, daß 90 oder 95 Proz. unserer Bevölkerung Christen sein und bleiben wollen (Zuruf des Abg. Schreck). Wir sind der Meinung, daß auf seinem Gebiet und in

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. D. Mayer-Karlsruhe [Bürgerl. Ver.])

seinem Bereich der Staat allein, — den die Bevölkerung bildet — es ist, der Souveränität hat und diese seine Souveränität auf seinem Gebiet und in seinem Bereich weder preisgeben noch sich verkürzen lassen darf.

Es ist neulich gelegentlich gesagt worden, daß der Begriff des Staates, die Auffassung, die Vorstellung vom Staate sich geändert habe. Ich halte das nicht für richtig; ich bin der Meinung, daß, soweit wir die Geschichte zurückverfolgen und Staatswesen beobachten können, man eigentlich vom Staat immer denselben Begriff gehabt, dasselbe Wesen unter ihm verstanden hat. Man hat ihm nämlich die Attribute gegeben des Rechts und der Macht und der Ehre. Aber das kann man sagen, daß die Vorstellungen von den Aufgaben, die der Staat im praktischen Leben von einer Epoche zur andern hat, sich zwar nicht gewandelt und gewechselt, aber daß sie sich entwickelt haben, und daß wir heutzutage auf dem Standpunkt stehen — wenigstens stehen wir auf dem Standpunkt daß der Staat alle Fragen und alle Aufgaben, die für die Wohlfahrt des Volkes irgendwie von Bedeutung sind, aufgreifen und zur Lösung bringen darf. Das ist seine Souveränität, und diese Souveränität soll er unserer Meinung nach behalten.

Es ist von dem sozialdemokratischen Redner, der heute morgen gesprochen hat, so nebenbei — ich muß es aber erwähnen — eine polemische Äußerung erfolgt gegenüber der Meinung, die vorhanden ist, daß es doch wieder zu so etwas wie einer Ersten Kammer, Ständekammer, Berufskammer, oder wie man es nennen will, im Reich — ob in den Ländern, das ist eine Sache für sich — kommen sollte. Wir sind der Meinung, daß die Entwicklung, die Notwendigkeit darauf hindrängen wird, und wir glauben, das parlamentarische Leben würde dadurch erstens befruchtet, zweitens vereinfacht werden; denn wir sind der Meinung, daß diese beiden Häuser zusammen dann mehr arbeiten und weniger reden würden als jetzt das eine allein (Zuruf von den Sozialdemokraten).

Ich will aber diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne nicht auch ein Wort zu sagen zu dem Bekenntnis, das gestern die regierenden Parteien, — aber auch die beiden affiliierenden Parteien sich ihnen — ausgesprochen haben zu der Reichspolitik. Es ist dabei zum Ausdruck gekommen, daß ja der Primat in der Politik die äußere Politik habe. Man hat gestern der äußeren Politik den Namen der Verständigungspolitik gegeben und sie als die einzig mögliche und die einzig richtige erklärt. Der Name „Verständigungspolitik" läßt sich ganz gewiß hören; jedenfalls klingt er besser und ist erträglicher als der früher gebräuchliche, an dessen Stelle er, wie es scheint, treten soll, von der „Erfüllungspolitik" (Zuruf der Sozialdemokraten: „Gewaltpolitik"!). Gewiß, es gibt genug Anlaß, sich zu verständigen. Wo immer Menschen beisammen wohnen, seien es auch nur zwei, und Völker beisammen sind, da muß man sich verständigen; denn es kann unmöglich ein Volk allein die Ellenbogen breit machen und alle anderen beiseite schieben. Und gewiß: wir Deutschen können nur den Wunsch haben, daß auf recht vielen Gebieten eine Verständigung herbeigeführt werden möchte. Ich nenne die Frage nach der Kriegsschuld, die immer noch unerledigt ist, die Frage nach den Reparationen, die auch noch unerledigt ist, die Frage nach der Besatzung der Rheinlande und auch eines Teiles unseres badischen Landes, die ebenfalls noch der Erledigung und der befriedigenden Lösung harrt. Ich nenne die Frage nach der Kontrolle über Deutschland nicht nur über seine 100000 Mann, die es unter mäßigen Waffen haben darf, sondern überhaupt die Kontrolle über Deutschland. Ich erinnere an die allgemeine Entwaffnung, deren Durchführung, nämlich in den andern Ländern, ja so besonders gefördert ist durch das Potentiell, das die Franzosen erfunden haben; ich erinnere an die ungelöste Frage von Memel, Danzig und Oberschlesien. Gewiß, da wären recht viele Anlässe zur Verständigung, und gewiß, es wird auch versucht, von uns versucht; aber ich finde, daß bei alledem wir Deutsche eine recht kümmerliche und bemitleidenswerte Rolle spielen. Gott sei es geklagt! Ich finde weiter, daß auf der anderen Seite gar nicht soviel Neigung zur Verständigung vorhanden ist. Da drüben will man sich nicht verständigen, sondern man will sein Geschäft machen. Man hat zuerst sein Geschäft gemacht durch den Krieg und jetzt, nachdem der Friedenschluß gekommen ist, will man das Geschäft machen auf andere Weise. Der bekannte Clausewitz hat das Wort geprägt, daß der Krieg eine Fortsetzung der Politik ist mit anderen Mitteln. Man könnte heutzutage anschauungsmäßig das Wort prägen, daß der Friede eine Fortsetzung des Krieges ist mit anderen Mitteln. Wir haben weder dieses Wort geprägt noch diesen Sachverhalt herbeigeführt; aber wir müssen darunter leiden. Gewiß, die andern Völker geben zu, daß dieses Deutschland in diesem politischen und wirtschaftlichen Tiefstand, in dem es sich befindet, eine schwelende Wunde am Körper der Welt ist; aber ich sehe nicht, daß es ihnen so arg wichtig ist und eilig, diese Wunde zu heilen, daß sie vielmehr diese Wunde offen halten und die Kosten dafür noch uns zuschieben.

Damit für heute und für mich jetzt genug zu dem, was in diesen Tagen geredet worden ist. Wie gesagt, ich habe mich für verpflichtet erachtet, doch auf das eine oder andere, was gewissermaßen als stille Frage an uns gerichtet worden ist, eine Antwort zu geben. Ich für meinen Teil vielmehr will mich bemühen, daß der Wille der beiden maßgebenden Herren dieses Landtags zur Erfüllung kommt und wir möglichst bald fertig werden und nach Hause gehen können. Lieber heute als morgen! Das empfiehlt sich auch um so mehr, als wir immer noch Gelegenheit genug bekommen werden, etwas zu sagen. Noch steht ja das Finanzgesetz in seiner endgültigen Fassung und auch ein großer Teil des Etats zur Frage. Das Finanzgesetz wird eines Tages uns gewiß noch mitgeteilt werden, doch wohl bevor wir auseinander gehen. Wie wir heute morgen gehört haben, müssen auch die Ausschüsse sozusagen zwischen Suppe und Rindfleisch noch allerlei erledigen, und schließlich muß jeder Titel des Etats doch wenigstens aufgerufen werden. Ich will also für mich, für mein Teil es kurz machen und mich auf eine Erklärung beschränken: Von der inneren Verwaltung gefällt uns vieles nicht, was geschehen ist und nicht, wie es geschehen ist; wir werden also dem Titel I § 1 erster Satz unsere Zustimmung nicht geben können (Beifall bei der Bürgerl. Ver.).

Abg. Heurich (Zentr.):

Die Behandlung des Etats vom Ministerium des Innern bietet die Gelegenheit, daß auch die Fragen der Sozialpolitik, der Wirtschaft mit in den Vordergrund der Verhandlungen gerückt werden. Wenn in einem Jahre es notwendig ist, allgemein zu den Fragen Stellung zu nehmen, so ist es wohl in diesem Jahre vom Standpunkt der Arbeit, und der Wirtschaft aus erforderlich. Ich will diese Worte nicht voraus schicken als eine Entschuldigung, daß ich das Wort ergriffen habe, weil schon so viel geredet worden ist. Die Massen des schaffenden Volkes erwarten, daß zu diesen Fragen, die die Gegenwart so lebhaft bewegen, Stellung genommen wird.

Im Vordergrund der deutschen Sozialpolitik steht gegenwärtig ohne Zweifel das von der Reichsregierung vorgelegte Arbeitsbeschaffungsprogramm. Der erste Anlaß zu diesem Programm geht auf eine Denkschrift der deutschen Zentrumspartei zurück, die unter Mitwirkung hervorragender Arbeiterführer vor einigen Monaten der Reichsregierung unterbreitet worden ist. Ich habe das Arbeitsbeschaffungsprogramm heute morgen noch einmal durchgesehen. Mit ganz wenigen Ausnahmen ist all das darin enthalten, was damals die Denkschrift der Zentrumspartei im Reichstag gefordert hat. Man kann uns heute nicht mehr den Vorwurf machen, den man uns früher so gerne gemacht hat, wir wären eine reine Kulturpartei, kümmerten uns um Wirtschaftsfragen wenig. Zweifellos ist in

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Heurich** [Zentr.])

den letzten Jahren die Zentrumspartei bei jeder sich bietenden und notwendigen Gelegenheiten mit Vorschlägen hervorgetreten, um der Wirtschaftsnot und der allgemeinen Not durch positive Vorschläge zu steuern.

Neben dem Arbeitsbeschaffungsprogramm ist die so wichtige Frage: Wie schaffen wir Absatz für das deutsche Reich? für die Reichsregierung, und Länderregierungen und für die Arbeiter und Arbeitgeber-Organisationen, eine der wichtigsten Fragen. — Die Frage des Absatzes ist die große, alle anderen Fragen weit überragende Frage. Ich gehe soweit und sage, auch in der Gegenwart ist diese Frage viel wichtiger als alle anderen sozialen Dinge; denn wenn ich keinen Absatz für die Produkte habe als Industrieland wie es Deutschland ist, dann nützen mich auch die anderen Fragen nichts mehr: Wenn ich nicht durch Absatz im großen Ausmaß meinen Volksgenossen Lohn- und Arbeitsverdienst geben kann.

Unsere heutige Krise ist nach meinem Dafürhalten nicht bloß eine Arbeitslosenkrise, sie ist auch eine Beschäftigungskrise im allgemeinen. Sie kann nur mit außen- und innenpolitischen Maßnahmen abgeschwächt werden. Monatelange Kämpfe und langwierige Beratungen haben der Reichstag und die einzelnen Landesparlamente gepflogen, um zu dieser Erkenntnis sich durchzuringen, daß unserem Millionenheer von Arbeitslosen Arbeit beschafft werden muß. Wir haben diesen Standpunkt hier im Hause wiederholt vertreten. Besonders scharf ist dieser Standpunkt von der Arbeitergruppe aus meiner Partei bei jeder sich bietenden Gelegenheit vertreten worden. Es ist selbstverständlich, daß diese Frage nicht leicht zu lösen ist, sie ist mit ungeheuren Schwierigkeiten belastet; denn es ist nicht leicht, große Projekte durchzuführen, die viel Geld kosten, wenn die innere Wirtschaft an Geldknappheit leidet. Das wollen wir nicht außer Acht lassen, aber wir sind der Meinung, daß das vom Reichstag angenommene Arbeitsprogramm in ganz Deutschland durchgeführt werden kann. Es sieht ja folgende Gegenstände vor: Straßenbau, Straßenerneuerung, Kultivierung von Ödlandflächen und Moorgelände, Schaffung von Straßen-, Fluß- und Kanalbauten, Bach- und Flußregulierung, Wasserkraftausbau, Wohnungsbau, Eisenbahnen und Eisenbahnbauten, also eine ganze Reihe von Maßnahmen, die durchgeführt werden sollen. Der Reichstag hat dieses Programm angenommen. Der Reichsarbeitsminister hat durch eine große Rede das Parlament, den Reichstag überzeugt, daß dieses Programm durchgeführt werden müsse. Die Rede ist Ihnen bekannt. Sie war wohl so eingestellt, daß sie die gesamten Fragen des wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lebens im allgemeinen erfaßte und somit auf den Reichstag einen überzeugenden Eindruck machte.

Die europäische Wirtschaft ist teilweise krank, auf das Wort „teilweise" lege ich besonderen Wert. Nicht nur die deutsche, auch die europäische Wirtschaft ist krank. Schauen Sie nach Frankreich, die Inflation wird eine Deflation nach sich ziehen, dann wird die französische Volkswirtschaft, wenn auch nicht allgemein in dem großen Ausmaße, so doch mindestens einen Teil der Schwierigkeiten durchzumachen haben, wie die deutsche. Wir wissen, daß in England eine große Arbeitslosigkeit herrscht, wir wissen auch, daß die kleinen Staaten wie Belgien, Italien, Arbeitslosigkeit haben und mit allen möglichen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben. Also die deutsche Wirtschaft ist es nicht allein, die teilweise krank ist, sondern auch die europäische Wirtschaft. 20 Millionen, sagt der französische Staatsmann Clemenceau, wären zu viel (Zuruf bei den Kommunisten: Ein Münchener Professor hat das gesagt!). Der hat das nur wiederholt. Wenn man diese Worte damals als sehr häßlich und im deutsch-feindlichen Sinne ausgelegt hat, müssen wir heute gestehen, daß ein Teil davon wahr ist. 1910 kamen in Deutschland auf den Quadratkilometer 123 Köpfe. Im Jahre 1925 sind es schon 141. Man stelle sich vor, daß demnach zur Zeit auf einen Einwohner nur 7500 qm Bodenfläche in Deutschland entfallen. Erst recht wird es einem klar, wie wir uns in der Enge befinden, wenn man den vorhandenen Boden nur mit 60 Proz. in Anrechnung bringen kann für die wirtschaftliche Ausnützung. Das sind 4500 qm für die landwirtschaftliche Erzeugung nutzbar pro Person. Es gibt noch andere Länder, die noch ungünstiger daran sind, Italien, Japan usw. Aber diese Länder haben eine ganz andere Lage und viel größere Länder um sich, wo sie schließlich, wenn die Hindernisse beseitigt werden, die heute noch bestehen, ihren Menschenüberfluß leichter unterbringen könnten. Uns Deutschen fehlt also die Ausdehnungs- und Absatzmöglichkeit.

Wir haben unsere Kolonien verloren und die gesamte deutsche Politik muß darauf eingestellt sein, daß wir so gut wie andere Länder Europas Kolonien überwiesen bekommen. Daß wir sie genau so zu leiten verstehen, diesen Beweis haben wir geliefert, so gut wie Frankreich, England, Italien, Spanien und Holland. Heute wird von Kennern der Kolonialwirtschaft zugegeben, daß die deutsche Kolonialwirtschaft eine vorbildliche gewesen sei und wir müssen darauf dringen, daß wir Absatzgebiete bekommen und die Möglichkeit haben, uns auszudehnen auf den verschiedensten Gebieten. Die Übervölkerung ist keine rein deutsche, sondern eine europäische Frage. Das alte Europa hat seine Weltstellung verloren. Es ist eine förmliche Umschichtung der ganzen Handelsbasis vor sich gegangen, eine förmliche Umschichtung der Absatzgebiete eingetreten. Den Krieg hat nicht England und Frankreich gewonnen, sondern nach meiner unmaßgeblichen Meinung haben die außereuropäischen Staaten den Krieg gewonnen. Es wird viel darüber geklagt, daß wir uns in Abhängigkeit, in sklavischer Abhängigkeit von Amerika befinden. Das gilt nicht nur für uns, sondern auch für andere europäische Staaten.

Den Krieg hat in Wirklichkeit das große Amerika gewonnen und wir müssen uns so einrichten, daß die wirtschaftliche Konsolidierung der europäischen Verhältnisse erfolgt. Demgemäß muß die Politik eingestellt sein im Interesse der Wirtschaft und im Interesse der Zurückeroberung unseres auswärtigen Absatzes. Der Weg zur Wiedergeltung Deutschlands in der Weltwirtschaft muß weiter versucht werden zu erreichen, es müssen Handelsbeziehungen angeknüpft und gute Handelsverträge herbeizuführen versucht werden, die unserer Industrie weitgehendste Rechnung tragen. Die außenpolitische Beruhigung ist dazu notwendig, wenn wir zu außenpolitischem Einfluß kommen wollen.

Ich kann wohl ohne Übertreibung hier feststellen, daß die außenpolitische Beruhigung, die zum weiteren Aufstieg Deutschlands die Wege geebnet hat, Parteifreunde von meiner Partei es mitgewesen sind, die hervorragend an der außenpolitischen Beruhigung gearbeitet haben. (Sehr richtig) Ich brauche nur den Namen Marx und den heute hier schon zitierten Reichskanzler Wirth zu nennen. Ich maße mir nicht an zu sagen, daß es nur Zentrumspolitiker gewesen sind, die dafür gesorgt haben und dafür eingetreten sind, daß eine außenpolitische Beruhigung eintreten konnte. Selbstverständlich haben die Politiker anderer Parteien mitgearbeitet, um dieses Ziel zu erreichen. Die Annahme des Locarno-Vertrages bedeutet für uns in Deutschland eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Ohne die Politik der Versöhnung, ohne die Politik der Beruhigung, der Beseitigung der feindlichen Atmosphäre und der Stimmung gegen Deutschland in anderen Ländern, wäre der heutige Aufstieg Deutschlands nicht möglich gewesen. Die heutige Krise unterscheidet sich von den früheren Krisen dadurch, daß die heutige Krise viel tiefer in die Substanz unserer Wirtschaft eingreift, weil sie Schäden auszumerzen hat, die sich in den letzten 10 Jahren des Krieges und der Inflation in die deutsche Wirtschaft eingeschlichen haben. Die Fehlleitung der deutschen Wirtschaft ist ohne Zweifel, und selbst Wirtschaftsführer geben zu, daß während des Krieges und von der Inflation bis in die letzten Jahre hinein die deutsche Wirtschaft nicht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Heurich** [Zentr.])

so geleitet worden sei, wie es notwendig gewesen wäre. Wir wollen deshalb keine Vorwürfe erheben.

In einer so furchtbar großen Umschichtung und Umwandlung aller volkswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Begriffe ist es leicht möglich, Fehler zu begehen. Es soll deshalb kein Vorwurf erhoben, sondern eine Feststellung gemacht werden, daß die Unternehmer in der Inflation damals so wenig Wert auf den Ausbau der Industrie gelegt haben, ich meine auf den inneren Ausbau, auf die Neureformierung des alten nicht mehr Haltbaren. Ihr Hauptinteresse ist gewesen, wie gewinnen wir viel, wie erobern wir unseren durch den Krieg verlorenen Absatz wieder zurück. In diesem Streben kannte man keine Grenzen. Das ist das Entscheidende gewesen und darum kranken wir heute. Unrentabilität, Unproduktivität, Rückständigkeit, diese und andere Stichworte haben wir in den letzten Jahren in Deutschland in weitestem Maße zur Geltung kommen lassen. Die Unternehmer haben zu lange an dem machtpolitischen Gedanken in Deutschland festgehalten, sie haben sich auf die Enge des eigenen Betriebes festgelegt, die Häufung von Sachwerten jahrelang als einziges Ziel mit erstrebt, und so ist es gekommen, daß wir heute ungeheuer viel zu beklagen haben. Die Gesamtwirtschaftlichkeit und die notwendigen Maßnahmen sind vernachlässigt worden. Man hat in den letzten Jahren anfangen müssen, um das Versäumte nachzuholen, was andere Länder im Kriege und in der Inflation durchgeführt haben. Wenn Sie die amerikanischen Wirtschaftsberichte lesen, von dem Buche des Automobilkönigs Ford angefangen — es ist nicht der einzige, der über die amerikanische Industrie geschrieben hat. Wir haben wiederholt Wirtschaftsführer nach Amerika gesandt, wir haben die Bürgermeister der verschiedensten Städte nach dorten gesandt, um die amerikanische Wirtschaft zu studieren. Alle, mit wenigen Ausnahmen, kommen zurück und erklären, wir sind gegenüber der amerikanischen Industrie mindestens noch um 30 Proz. zurück, die noch nachgeholt werden müssen, wenn wir konkurrenz- und leistungsfähig auf dem Weltmarkt werden wollen. Wir haben aber schon ziemlich viel umgestellt in der letzten Zeit, niemand wird das ableugnen wollen, daß die Industrie in den letzten zwei Jahren gewaltige Anstrengungen gemacht hat, um den inneren Organismus der Betriebe auf die technische Höhe zu bringen, die notwendig ist. Denken Sie aber dabei an das Elend, das weiter kommen muß, wenn einseitig machtpolitische Gedanken bei den Arbeitgebern maßgebend sind, eine rücksichtslose Betriebsumstellung vorgenommen wird, ohne auf die Menschen, die Arbeitskräfte in etwa Rücksicht zu nehmen. Darum wollen wir heute zu diesen Fragen einiges sagen, es soll getragen sein von dem Gedanken der Versöhnung, von dem Gedanken der gegenseitigen und gemeinschaftlichen Arbeit, damit diese Schäden, die teilweise aus Mangel an Einsicht sich auch zwangsläufig eingeschlichen haben, beseitigt werden und wir wieder als Konkurrenten auf dem Weltmarkt auftreten können. Nur von diesem Gedanken aus, nicht in einseitiger Kritik will ich meine heutigen Ausführungen machen.

Unter den Auswirkungen der heutigen Krise haben die Arbeiter in Gewerbe und Industrie am meisten zu leiden. Es ist verständlich; wenn jemand die Arbeit verliert, verliert er auch sein Brot. Auf eine fast unerhörte Höhe ist die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter gestiegen. Wir zählen über 2 Millionen unterstützte Erwerbslose und eine fast ebenso hohe Zahl von Kutzarbeitern und dazu eine nicht bekannte Zahl von ausgesteuerten Arbeitern, die nichts mehr bekommen und im Elend verkommen. Man kann insgesamt mit 4 Millionen Menschen rechnen, die unproduktiv heute ihr Leben fristen, unproduktiv dem Staat gegenüber, doppelt und dreifach unproduktiv in ihrer eigenen Familie. Was das bedeutet, kann sich nur derjenige ausmalen, der wirklich Mitgefühl mit diesen betroffenen armen Menschen hat und der aus diesem Mitgefühl heraus an diese Frage herangeht. Also das Maß von Kummer, Sorgen und Elend ist groß, das aus dieser Lage sich ergibt.

Meine Partei hat immer auf dem Standpunkt gestanden, daß gegenüber unvermeidlicher Arbeitslosigkeit die Unterstützungspflicht betont werden muß. In diesem Sinne haben unsere Vertreter im Reichstag, wie hier im Landtag, sich mit allem Nachdruck für die materielle Besserstellung der Arbeitslosen, überhaupt für diejenigen, die ohne Arbeit sind, eingesetzt. Wir haben auch wiederholt hier im Hause verlangt — ich selbst wie meine Freunde haben wiederholt das Wort ergriffen, daß die Arbeitslosenversicherung endlich einmal eingeführt werden soll, um den unhaltbaren Zustand, in dem wir uns befinden, zu beseitigen. Herr Kollege **Graf** hat heute morgen schon einige Gedanken dazu ausgesprochen — es ist unhaltbar — auf der einen Seite Pflichtbeiträge und auf der anderen Seite keine ausgesprochenen Rechte — Prüfungsfragen und alle möglichen Erschwerungen hängen damit zusammen.

Ich weiß, daß heute mit der Arbeitslosenunterstützung auch Mißbrauch getrieben wird. Das muß man zugeben. Das ist aber nur eine geringe Zahl, die in Frage kommt, die große Masse der Arbeitslosen würde gerne arbeiten, wenn sie Arbeit bekäme. Sie nehmen ungern die Unterstützung, weil sie nicht ausreicht und weil sie ihnen auch keine Freude macht. Die Arbeiter wollen arbeiten, dann haben sie Befriedigung. Als Arbeitslosenunterstützungsempfänger hat kein ehrlicher Arbeiter irgend eine Befriedigung. Von diesem Standpunkt aus gesehen wäre es dringend erforderlich, daß die Landesregierung in Berlin sich weiter mit Nachdruck für die Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einsetzen würde. Es muß nach meinem Dafürhalten noch vor dem Winter verabschiedet werden, denn diese Zustände sind über den Winter hinaus unhaltbar. (Beifall.) Die wirtschaftliche Krise hat seit einigen Wochen keine Zuspitzung erfahren, aber die Arbeitslosenzahl ist nicht gesunken, sie ist gegenwärtig in einem Beharrungszustand, der aber sehr ernst ist. Wir hoffen von dem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm, daß doch einige Hunderttausend, wenn nicht eine halbe Million in Arbeit gebracht werden kann.

Ich möchte mit einigen Worten gegen den wirtschaftlichen Pessimismus mich wenden. Es ist notwendig, daß man das tut. Unsere Wirtschaft ist nicht allgemein so schlecht, wie es draußen im Lande angenommen wird. Wir haben Wirtschaftszweige, die verglichen mit der Friedensproduktivität dieselbe Höhe ihrer Erzeugung erreicht haben wie 1913. Der Beschäftigungsgrad ist verschieden natürlich, nehmen Sie die chemische Industrie, da kommen Sie auf denselben Stand der Produktion wie 1913, nehmen Sie die Textilindustrie, so bleibt diese fast nicht dahinter zurück, nehmen Sie die Kaliindustrie, so kommen Sie weit über den Betrag hinaus; nehmen Sie die Braunkohlenindustrie, so kommen Sie 70 Proz. über den Friedensertrag, nehmen Sie die Steinkohlenindustrie, so kommen Sie mindestens auf den Friedensbetrag. Die neuesten Meldungen sagen uns, daß die Kohlenförderung in Deutschland beeinflußt durch den englischen Bergarbeiterstreik heute wieder 385000000 Tonnen erreicht hat, so daß der Friedensstand wieder erreicht ist. Es gibt aber noch andere Industrien, denen es auch nicht schlecht geht. Die Stahlerzeugung hat den Friedensstand erreicht. Wir haben noch kleinere Industrien, die sich weit über den Friedensstand hinaufgeschwungen haben, also einheitlich, generell kann man von einer schlechten Wirtschaftslage nicht reden, wenn man die großen Umschichtungen, die vorgekommen sind, berücksichtigt. Ich bin mit den Kenntnissen, die ich mir durch die Literatur aneignete, die mir zu beschaffen möglich ist, heute zu der Meinung gelangt, daß die Arbeitslosenfrage nicht eine vorübergehende, sondern daß sie eine Frage sein wird, die Deutschland noch in 10—15 Jahren in irgendeiner Form beschäftigen wird, denn die Umschichtung der Welt-Volkswirtschaft, die neuen Handels-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Henrich** [Zentr.])

wege und neue Absatzgebiete, die Industrialisierung von Ländern, die früher nicht produziert haben und heute fast ihren ganzen eigenen Bedarf selbst produzieren; nehmen Sie Japan, das heute zum Ausfuhrland geworden ist, nehmen Sie Italien, das vor dem Krieg bis zu 80 Proz. seine gesamten Maschinen von Frankreich und Deutschland bezog, das heute keine Maschinen mehr von uns zu beziehen braucht, seinen ganzen Bedarf deckt und darüber hinaus noch Ausfuhr hat.

Nehmen Sie andere Staaten, wie die des Balkans, die sich sehr stark industrialisiert haben, nehmen Sie China, wo die Industrie mächtig einsetzt, nehmen Sie Rußland, wo die Industrie Anstrengungen macht, um sich unabhängig zu machen von dem europäischen Kontingent. Das sind Bestrebungen, die auf Europa wie auf Deutschland nicht ohne Einfluß bleiben können. Deshalb werden wir die nächsten Jahrzehnte einen Überfluß an Arbeitskräften haben, Reich und Land haben sich mit dieser Frage reichlich zu beschäftigen als einem Dauerproblem, denn nach meinem Dafürhalten wird die Arbeitslosigkeit nicht verschwinden in den nächsten Jahren, so daß auch die gesamte politische Arbeit auf dieses Problem eingestellt werden muß, wenn wir kein Debakel erleben wollen.

Es ist auch klar, die Entwicklung der Technik ist in den letzten Jahren durch den Krieg stark angetrieben worden, daß ein Menschenüberschuß kommen mußte. Die Technik hätte diesen Aufschwung nicht genommen, wenn sie nicht durch den Krieg so gewaltig angetrieben worden wäre, und zwar in allen Ländern der Welt. Hunderte von Patenten werden angemeldet, wie mir ein Kollege von Berlin dieser Tage mitteilte, angemeldet ganz wichtiger Art, immer wieder neues Vorwärtsdringen der Technik. Daß diese technische Entwickelung selbstverständlich Arbeitskräfte überflüssig macht, wird doch wohl jedem einleuchten. Das wird auch so weitergehen. Ich sagte eben, wir sind gegenüber Amerika in bezug auf die Umschichtung und Vervollständigung der technischen Mittel noch weit zurück. Die Industrie muß sich auf das Problem der Welttechnik einstellen, wenn sie konkurrenzfähig bleiben will. So werden weiterhin Menschen überflüssig, und die Frage wird auftauchen: Was tun und was fangen wir mit diesen überflüssigen Menschen in Deutschland an, die keine Arbeit mehr bekommen? Und ist dies nicht ein Problem für die Industrie geworden?

Wir haben jetzt Millionen auf der Straße liegen. Glauben Sie vielleicht, einem Fabrikanten, der heute die modernsten Maschinen hat, die er nur von leistungsfähigen Kräften bedienen lassen will, würde es einfallen, Arbeiter einzustellen, die 55 und 60 Jahre alt sind, wenn die Industrie jetzt wieder anzieht. Das mag hart und brutal klingen, daß diese Arbeiter keine Arbeit mehr bekommen. Auch der einzelne Industrielle, wenn er auch wollte, wird es nicht gut machen können wegen der Konkurrenzfähigkeit und allem, was damit zusammenhängt, weil leistungsfähige Menschen in der Industrie bedingt werden. Diese alten Leute von 55 bis 65 Jahren werden größtenteils auf der Straße bleiben. Man wird sich somit in den nächsten Jahren mit dem Problem beschäftigen müssen, was man mit diesen Menschen, die in der Volkswirtschaft überflüssig geworden sind, anfangen soll, und wie man ihnen ihr Lebensende verschönern kann. Ich habe nicht umsonst vor einigen Wochen im Ausschuß einmal diese Frage angeschnitten und habe erklärt: Diese Frage muß in Zukunft mit dem ganzen Problem der Beamtenbesoldung und Pensionierung in Verbindung gebracht werden. Die Arbeiter haben in der Volkswirtschaft ihre Dienste geleistet, haben Deutschland vor dem Kriege durch ihrer Hände Arbeit zum Aufstieg verholfen. Jetz liegen sie durch die Entwickelung und durch die Umgruppierung der Wirtschaft auf der Straße und können zum großen Teil keine Arbeit mehr finden. Diesen Menschen zu helfen ist sittliche Pflicht, christliche Pflicht für alle Parteien des Deutschen Reichstags und der Länder (Sehr gut!).

Daß die Besserung der Volkswirtschaft sich auch in Zahlen sehr stark ausdrückt, habe ich Ihnen bewiesen. Ich will hier noch ein Beispiel geben, das unanfechtbar ist: Die Wagenstellung der deutschen Reichsbahn, die zur Güterbeförderung notwendig ist, ist doch sicher ein Gradmesser, der auf landwirtschaftliche Produktivität, auf den Massenwarenumsatz, schließen läßt. Dieser betrug am 1. Januar 1925 16 000 Waggons, am 1. Januar 1926 24 500, am Juni 1926 26 500 und jetzt im Anfang Juli 28 550. Das sagt deutlich, daß die allgemeine Umsatzfähigkeit unserer Produktion größer geworden ist. Das hängt natürlich wesentlich mit dem englischen Bergarbeiterstreik zusammen, der eine höhere Befrachtung der Kohlen herbeigeführt hat.

Nun scheint es mir auch notwendig zu sein, daß man zu der Lohnfrage einiges sagt. Wenn ich dies tue, liegt kein Grund zu einer Befürchtung vor. Es gibt zwar sehr ängstliche Gemüter, und es ist mir voriges Jahr, als ich hier über die Lohnfrage sprach, einmal gesagt worden: Jetzt kann man mit Totsicherheit damit rechnen, daß draußen eine Lohnbewegung beginnt, denn im Landtag wurde dazu die Grundlage geschaffen. Nein, aus diesen Gründen soll es nicht geschehen. Wir wissen, daß wir in der gegenwärtigen Wirtschaftslage mit Lohnforderungen nicht gut kommen können. Es mag den einen oder anderen Betrieb geben, bei dem ein Lohnausgleich möglich ist, aber mit Lohnforderungen werden die Gewerkschaften gegenwärtig nicht kommen, und zwar im eigenen Interesse, weil sie die volkswirtschaftliche Entwicklung nicht schädigen wollen. Es ist aber notwendig, zu dem Lohnproblem einiges zu sagen. Ich halte es für doppelt notwendig im Hinblick auf die Diskussionen der letzten Tage im Ausschuß. Man muß auch einmal über das Minimum dessen, was ein Mensch zum Leben braucht, einige Zahlen nennen. Die Zahlen sind nicht von mir, sondern sie sind im vorigen Herbst von der Reichswirtschaftsstatistik aufgestellt worden. Da ist nachgewiesen, daß eine fünfköpfige Familie für Ernährung 1 448,07 M., für Heizung und Beleuchtung 120.90 M., für Kleidung 299.10 M., für Wohnung 530 M. jährlich notwendig hat. Es kommen noch hinzu die Verkehrsmittel, die Steuern, soziale Abgaben, Versicherungsbeiträge, Kassenbeiträge, Schulgeld, Einrichtungsgegenstände für die Familie usw., so daß die Reichsstatistik ausrechnet, daß 3 812.10 M. Jahreseinkommen für eine fünfköpfige Familie das unbedingt Notwendigste sind. Ich kann weiter darauf hinweisen, daß ein Herr, der der Deutschnationalen Partei angehört, in Cassel vor einigen Monaten eine sehr interessante Statistik aufgemacht hat, in der seine Zahlen annähernd an die vom Reichs-Statistischen Amt aufgestellten herankommen. Solche Beispiele könnte man vermehren. Auch die Stadt Essen hat eine Erhebung veranstaltet, wobei sie zu ähnlichen Zahlen kommt.

In der letzten Zeit ist sehr viel und vorwiegend über die Spitzenlöhne der Arbeiter geredet worden. Weil ja die bauberuflichen Arbeiter zu den Spitzenlohnarbeitern gehören, habe ich mir Mühe gegeben, doch einmal festzustellen, wie die Lohnverhältnisse dieser Bauarbeiter sind. Wer sich dafür interessiert, kann die Fragebogen einsehen, um sich selbst zu überzeugen. Ein Gipser, der nicht das ganze Jahr, ungefähr 4 Wochen nicht gearbeitet hat, hat 1846,75 M. verdient. Es war dies ein Gipser in Freiburg. Ein Gipser, der in Karlsruhe wohnt, hat 1882,85 M. verdient. Ein Maurer, der in Lahr wohnt, hat 982.60 M. Jahreseinkommen. Ein Zementeur, der in Freiburg wohnt, der das ganze Jahr mit Ausnahme der Tage, die sich in diesem Berufe von selbst ergeben, voll beschäftigt war, hat — das ist das höchste — 2432.— M. Jahreseinkommen. Alles andere bleibt weit darunter, sinkt bei den Hilfsarbeitern sogar bis auf 762 M. herunter. Um Ihnen klar und deutlich zu beweisen, daß das nicht nur in Baden so ist, möchte ich auch auf das Rheinland und Westfalen hinweisen, wo ebenfalls eine Statistik vorliegt. Dort hat ein Familienvater mit 2 Kindern, ein Jahreseinkommen von 1980.13 M. Ein solcher im Rheinland hat ein Jahreseinkommen von 1486.— M. Sie sehen also, daß das Einkommen der Ar-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Heurich [Zentr.])

beiter, die die Spitzenlöhne im Baugewerbe haben, nicht einmal im Durchschnitt an 2000 Mark heranreicht, sondern daß es unter 2000 Mark bleibt, sehr gering ist und nicht die Zahlen erreicht, wie sie von den Herren, die ich vorhin genannt habe, in der Statistik aufgestellt sind.

Es wäre auch notwendig, daß bei dieser Lage, in der wir uns befinden, die Industrie selbst wenigstens ihre Waren in Deutschland kaufen würde. Das könnte man verlangen. Aber wie steht es damit? Wir haben im letzten Jahre von Frankreich 3060 Automobile eingeführt, haben aber nur eine ganz geringe Zahl, die gar nicht ins Gewicht fällt, von Deutschland nach Frankreich geliefert. Also auch die Industrie verfolgt den Grundsatz, der sonst im geschäftlichen Leben, bei normalen Verhältnissen, richtig sein mag, nämlich, daß man da kauft, wo es am billigsten ist. Die Industrie nimmt aber bei anderer Gelegenheit eine ganz andere Stellung ein. Wie wir in der Schweiz eine glänzende Konjunktur in den verschiedensten Gewerben hatten, hat man von der Regierung verlangt, daß die Grenzen geschlossen werden, daß kein deutscher Arbeiter nach der Schweiz gehen sollte. Man hat uns das bei jeder Gelegenheit auch zum Vorwurf gemacht, aber selbst kauft man da, wo es am billigsten ist.

Was uns weiter so große Sorge macht, das ist die Art und Weise, wie manche Industrien und manche Industriellen heutzutage noch vorgehen. Ein Großindustrieller, dessen Betrieb nicht weit von hier, also nicht weit von Karlsruhe ist, gab dieser Tage den Geschäftsbericht seiner Firma heraus; dabei hat er an die Spitze dieser Veröffentlichung einen Satz folgenden Inhaltes gestellt:

> Während des Berichtsjahres war mein Betrieb voll beschäftigt. Leider steht das Ergebnis gegenüber unseren Erwartungen weit zurück: Das ist neben den Steuern und neben den Zinsen in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die „hohen Löhne", die wiederholt gefordert worden sind, dieses Verhältnis herbeigeführt haben. „Mit solchen Löhnen können wir nicht konkurrieren und keine Absatzmöglichkeit schaffen."

Ja, fragen wir doch einmal: Was wird denn nun eigentlich hier — im Tale — bei Karlsruhe innerhalb der Textilindustrie bezahlt? Wir erhalten die Antwort: Im allgemeinen werden Löhne von 50 Pf. gegeben; was aber die Akkordarbeit anbelangt, so wurde mir gesagt: Wenn diejenigen Leute, die Akkordarbeit übernommen haben, die Arbeitszeit voll ausnutzen, dann kämen sie — wenn man ihren Verdienst in Stundenlohn umrechnet — bei strengster und straffster Arbeit auf 60 bis 65 Pf. in der Stunde! (Hört! Hört! — Bewegung). Und das sind die Löhne, die jetzt „unverschämt hoch" sein sollen! Diese Löhne sollen es sein, die die Konkurrenzfähigkeit der Textilindustrie im Ausland unmöglich machen sollen.

Sehen wir doch einmal auf das Ausland hin; dann müssen wir feststellen: Das Ausland bezahlt andere Löhne. Belgien — das doch ein Inflationsland ist — hat in der Textilindustrie einen Durchschnittsstundenlohn von 67,5 Pf.; die Schweiz hat einen solchen von 89,25, wobei natürlich von der entsprechenden Münze die Frankenwährung zugrunde zu legen ist; Holland hat einen Satz von 81,21; ja sogar das Inflationsland Frankreich kommt auf 39,4! Bei einer solchen Vergleichung unserer Löhne mit denjenigen des Auslandes kommt man also zu dem Ergebnis: Wenn ich Frankreich — das als Inflationsland bei einem solchen Vergleich ja auch unbedingt auszuscheiden hat — ausscheide, dann sind in Deutschland die Löhne wesentlich niedriger.

Wie aber steht es nun um die Dividendenverteilung der gleichen Industrie, von der ich vorhin sprach, der Textilindustrie? Ich habe hier eine Zusammenstellung, welche über 16 Firmen der deutschen Baumwollindustrie Aufschluß gibt; daraus ist zu entnehmen, daß diese Firmen von 10 bis 18 Proz. Dividende verteilt haben. Weiter habe ich hier einen Überblick über 7 Firmen der Seidenspinnerei: Diese haben von 9 Proz. bis zu 17 Proz. Dividende verteilt; 9 Proz. Dividende sind so das Normale. (Auf einen Zuruf von kommunistischer Seite:) Gewiß! — Gewiß ist hier den Industriellen zuzugeben, daß der frühere Satz der Dividendenverteilung, wie er vor dem Krieg bestand, allgemein noch nicht erreicht wurde. Aber wenn man von 10 Proz. bis zu 18 Proz. hinauf Dividende verteilen kann und dabei Abschreibungen vornimmt, wie sie nach diesen Berichten hier in den betreffenden Betrieben vorgenommen worden sind, dann kann man nicht mehr von einem Elendsbetrieb reden. Ein Betrieb, der Dividenden von solcher Höhe abwirft — der hat sich rentiert! Es sind unter den Betrieben dieser Zusammenstellungen solche, bei denen 550000 M. an Dividenden ausgeschüttet worden sind; und dieser Betrieb dort drüben — von dem ich vorhin sprach — hat ebenfalls 6 Proz. Dividende verteilt. Dabei spricht man aber von „unverschämten" hohen Löhnen der Arbeiter.

Interessant ist weiterhin die Dividendenverteilung innerhalb der Brauereiindustrie. Hier finden wir folgende Zahlen: 20 Proz.; 18 Proz.; 17 Proz.; 16 Proz.; 15 Proz.; 14 Proz. und 12 Proz.; — und das sind bei größeren Brauereien so die niedrigsten Sätze für die Dividende; bei kleineren Brauereien stellt sich der Durchschnittssatz auf 8 Proz.

Und dann nehmen Sie doch einmal die Banken. Ich will ja heute ganz gewiß nicht auf die Banken im allgemeinen eingehen; ich habe noch gerade genug an den Protestbriefen, die ich seinerzeit erhielt, als ich hier den Banken und den Herren Direktoren einige Worte gewidmet habe: ich habe durchaus nicht Lust, neue Briefe dieser Art entgegenzunehmen. Aber fassen Sie doch einmal die Dividenden der Banken ins Auge. Es sind Banken da, die bis zu 25 Proz. Dividende verteilt haben; der Durchschnittssatz an Dividenden, den die deutschen Banken verteilen konnten, stellt sich auf 14 Proz.; das ist in einer Zeitung auch nachgewiesen worden.

Angesichts solcher Ziffern kann man doch nicht sagen, daß es sich um eine solche Elendswirtschaft handle, wie sie allgemein dargestellt wird. Deshalb müssen wir uns entschieden dagegen wenden daß man die ganze deutsche Wirtschaft generell als Elendswirtschaft hinstellt, weil man mit einer solchen Darstellung nach unserer Ansicht bestimmte Zwecke erreichen will. Wie gesagt: dagegen wehren wir uns.

Dabei geben wir aber zu, daß ein großer Teil der Industrie heute ihren Lebenskampf kämpft: Gegen diesen Teil wollen wir kein Wort der Kritik sagen (Zwischenbemerkung von kommunistischer Seite: Natürlich, hier geht's Hand in Hand!).

Bei dieser Gelegenheit muß ich aber auf die Macht der Kartelle zu sprechen kommen, die ja hier im Hause schon wiederholt besprochen worden ist. Man braucht durchaus kein Feind von Kartellbildung zu sein — ich bin es auch nicht —: Wenn Kartelle gut geleitet und volkswirtschaftlich richtig eingestellt sind, wenn sie nicht ausschließlich nur auf sich und ihre Aktionäre sehen, sondern wenn sie das Interesse des ganzen Volkes mit in Betracht ziehen und in diesem Sinn ihre Arbeit einrichten und sie für das Volk verrichten, so können solche Kartelle nützlich sein. In Deutschland jedoch wird weniger Rücksicht auf das Volk genommen! Wie richtig das ist, das sehen Sie am besten an der ganzen Entwicklung der Preisbildungsfrage: Monatelang hat die Reichsregierung Vorschläge ausgearbeitet, welche das Ziel verfolgten, die Preise herunterzusetzen; es wurde sogar ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der allerdings bis zum heutigen Tage noch nicht verabschiedet worden ist; Dutzende Male wurden die Vertreter der Länderregierungen nach Berlin geholt; das ganze Programm wurde dort durchgesprochen; außerdem wurden die Steuern ermäßigt — denn diese Maßnahme sollte ihren Einfluß in der Richtung einer Preissenkung ausüben —: aber die allgemeine Preisermäßigung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Heurich [Zentr.])

wie die Reichsregierung sie sich vorgestellt und wie der Reichstag sie gewünscht hatte, eine solche Preisermäßigung, ist nicht eingetreten!

Und das Schlimmste bei dieser Erscheinung ist, daß der Urproduzent nicht dasjenige bekommt, was als Ausgleich für seine Arbeit und seinen Fleiß erforderlich wäre und was ihm eigentlich zusteht (Sehr richtig! im Zentrum und auf der rechten Seite des Hauses). Die Zwischenhandelspreise sind von einer derartigen Höhe, daß man immer wieder genötigt ist, darauf hinzuweisen. Stegerwaldt hat vor einigen Tagen mit Recht ausgesprochen: Wenn dieser Zwischenhandelspreis bleibt, so wird das deutsche Volk nicht gesunden. Hier gehen Millionenwerte verloren! Sie können sich nicht volkswirtschaftlich in dem Sinn und in dem Maße auswirken, wie das notwendig ist und wie es auch möglich wäre, sofern der Kreislauf des Geldes innerhalb des Volkes nicht so ist wie beim Kreislauf des Blutes innerhalb des menschlichen Körpers — sich auf den ganzen Kreis der Bevölkerung ausdehnen kann. Würde eine solche Zirkulation des Geldes in gesundem Sinne stattfinden, dann würde dieses Geld fruchtbringend verwertet (Zustimmung von verschiedenen Seiten). Die Arbeiter würden ihr Geld dem Kaufmann bringen (Erneuter Zuruf) die Bauersleute machen es genau so: Solches Geld würde dann innerhalb der Volkswirtschaft wirklich schaffen. Die einseitige Bindung der Preise durch die Kartelle muß bekämpft werden. Man braucht nur 2 Zahlen zu nennen: Heutzutage haben wir in Deutschland 3100 Kartelle; im Jahre 1905 hatten wir 420. In der Zahl dieser Bildungen ist also eine Vermehrung eingetreten, wie sie sonst kein Land der Welt aufzuweisen hat.

Ich wiederhole, was ich vorhin schon ausgesprochen habe: Es liegt mir fern, mich gegen eine jede Kartellbildung auszusprechen. Es kann in der jetzigen Zeit, in der Zeit einer schlecht gehenden Wirtschaft, in Deutschland nicht abseits von anderen Ländern Wirtschaft betrieben werden, unter Umständen ist es nötig, daß die Wirtschaft Rücksicht auf die Weltwirtschaft nehmen muß und daß eine Kartellbildung notwendig wird; ja es können sogar Umstände eintreten, unter denen über die Grenze hinaus eine Verbindung mit Syndikaten anderer Länder gesucht werden muß, um der eigenen Volkswirtschaft zu nützen. Das soll alles anerkannt werden. Aber die Bildungen von Kartellen, wie sie heute vorliegen, sind eben doch allzu stark; sie nehmen auf die Menschen, die in der Wirtschaft drin stehen, die kleinen Gewerbetreibenden, die kleinen Kaufleute keine Rücksicht, die auf die Preisbildung überhaupt keinen Einfluß mehr haben. Sie kriegen die Preise einfach von den Kartellen vorgeschrieben (Zurufe, zum Teil zustimmenden, zum Teil widersprechenden Sinnes).

Die Christlich-nationale Arbeiterschaft — in deren Namen ich ja hier im Rahmen der Zentrumspartei spreche — hat an dem Wohlergehen des Gewerbes und der Betriebe ein lebhaftes Interesse; jeder ihrer Angehörigen hegt dieses Interesse für seinen Betrieb. Der Betrieb, in dem die Mitglieder dieser Organisaton arbeiten, wird von ihnen nicht als etwas Feindliches angesehen; er ist „ihr" Betrieb und solle es sein! Wir, die Angehörigen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, geben diesem Betrieb unsere Arbeitskraft! wir geben diesem Betrieb auch unsere geistigen Kräfte; wir stellen ja unsere ganze Person mit in seinen Dienst, indem wir unsere Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Es ist uns nicht gleichgültig, wie der Betrieb funktioniert und wie er innerhalb der allgemeinen Volkswirtschaft tätig sein kann, denn davon hängt ja auch unser Wohlergehen, hängt ja auch unser Wohl und Wehe ab:

Das ist unsere Auffassung. Deshalb stellen wir uns nicht auf den Standpunkt, daß der „Betrieb", daß also die Arbeitsstelle etwas dem Arbeiter Feindliches sei, daß der Unternehmer uns als Feind gegenüberstehe, daß er uns so ansehe und von uns so angesehen werden müsse, sondern wir betrachten hier die Dinge ganz nüchtern und klar. Was wir wollen, ist nichts weiter, als daß wir ein anderes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anstreben. Wir wollen ein Verhältnis, in dem der einzelne Arbeiter wieder dem Arbeitgeber nähergebracht wird, und zwar soll das in dem Sinne und in der Weise geschehen, daß der Arbeitgeber und seine Beauftragten in dem Arbeitnehmer keinen Fremdling, sondern einen Mitarbeiter sehen, daß sie in ihm den Menschen, den Bruder, den Volksgenossen erblicken und achten (Beifall). Wenn man sich auf den Boden dieser Auffassung stellt, dann haben wir vieles mit dem Arbeitgeber gemein; wir möchten sie dringend bitten, daß Sie — wenigstens wollen wir das tun! — in die Öffentlichkeit und in das Volk laut hineinrufen, daß die Arbeitgeber dieses Verlangen der Arbeiter, diesen Millionen von Arbeitnehmern doch endlich richtig Rechnung tragen möchten. Es soll zwischen Arbeiter und Arbeitgeber keine Feindschaft bestehen. Die Arbeiter wollen im Betrieb als Menschen, als sittliche Wesen anerkannt und behandelt sein.

„Ein hohes Einkommen der breiten Massen des Volkes gibt Absatz und Arbeit": Dieser Grundsatz wird in Deutschland noch nicht anerkannt. Darum wird heute noch gekämpft. Ich bin der Überzeugung, in einigen Jahren wird er in Deutschland nicht mehr bekämpft werden können. Der Nachweis ist geliefert, daß Amerika einen viel höheren Lohnanteil bei der Arbeitsherstellung hat als wir, und daß Amerika trotzdem seine Waren billiger absetzen kann. Es ist selbstverständlich, daß die technische Entwicklung bei uns noch manches einholen muß und daß die Umstellung der Betriebe und die Leitung der Betriebe eine andere werden muß, daß eine gewisse Rationalisierung der Arbeit notwendig und Vervollkommnung der Technik durchgeführt werden muß. Aber der Zeitpunkt wird kommen, wo auch die Arbeitgeber in Deutschland von ihrem heutigen Standpunkt abrücken, daß niedrige Löhne für sie das bessere sind. Hohe Löhne bedingen Arbeitslust und Arbeitswillen bei den Arbeitern; denn sie ermöglichen ein auskömmliches Leben für die Familie, die Arbeitsfreude wird damit geweckt und Arbeitsfreude im Betrieb umgemünzt ist ein Kapital, das sich wirklich fruchtbringend auswirkt.

Deshalb ist der Standpunkt ganz falsch, auch vom Konsum aus gesehen. Ich sagte vorhin, wir leben in einer Absatzkrisis. Es ist eine Absatzkrisis, in der wir uns befinden. Wir müssen die Konsumkraft unseres eigenen Volkes heben; denn wenn die Konsumkraft, die Kaufkraft des eigenen Volkes gehoben wird, dann wird auch der Absatz für die Produkte sich heben, die heute im Überfluß in der deutschen Industrie vorhanden sind und nicht abgesetzt werden können. Das ist eine ganz selbstverständliche, natürliche Tatsache, und sie wird auch weitgehendst von Volkswirtschaftlern vertreten.

Nun hat mich bei der Debatte etwas besonders gefreut: Der Herr Dr. Mattes hat gestern einige Sätze ausgesprochen, die vom Standpunkt eines christlich-nationalen Arbeiters nicht unwidersprochen bleiben können. Ich habe ja dem Herrn Dr. Mattes im Haushaltsausschuß schon einmal einige freundliche Worte gewidmet, als er Stellung nahm zu der großzügigen Arbeit des badischen Staates an Wirtschaftsunternehmungen. Man darf ruhig sagen „großzügige Arbeit"; denn im Ausschuß hat niemand widersprochen, daß die vom badischen Staat eingeleiteten und durchgeführten Wirtschaftsunternehmungen glänzend geführt und geleitet sind, und daß hier Minister wie Beamte gemeinschaftlich zusammenarbeiten und ihren Stolz darein setzen, diese Betriebe für das badische Volk so zu gestalten, wie das Volk sie wünscht. Da hat Herr Dr. Mattes erklärt, daß er kein Gegner der Beteiligung des Staates an Wirtschaftsunternehmungen sei; er könne sich ganz gut denken, sagte er, daß der Staat große Betriebe gründet und sie betreibt, daß er die großen elektrischen Kräfte des Landes in seine Arbeit zieht und sie entsprechend leitet und führt. Für diese Dinge hat Dr. Mattes

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Henrich** [Zentr.])

volles Verständnis. Die Großindustrie, die deutschen Großunternehmer sind anderer Ansicht! Und was in der Reichsbahn alles vor sich geht und vor sich gegangen ist, hat wesentliche Berührungspunkte, damit, daß man den Staat möglichst aus allen Unternehmungen heraushalten will. Ich freue mich aber über diese Erklärung; mir sagt das wenigstens, daß der Nationalökonom Herr Dr. Mattes mehr Verständnis für diese großen Fragen der Gegenwart und Zukunft hat als die Unternehmer in seiner Partei. Ich wünsche Ihnen nur, Herr Dr. Mattes, daß sie auch in Ihren Reihen diese Gedanken zur Anerkennung bringen; dann ist ein Streitpunkt ausgeschaltet, der in den letzten Jahren wiederholt hervorgetreten ist. Und was sie heute gesagt haben, war für mich auch erfreulich. Sie sind vom Standpunkt des „Liberalismus als Kulturmacht" ausgegangen und haben davon gesprochen; es ist dies ihr gutes Recht, Ihre Parteivorgängerin zu würdigen und ihre Verdienste, wie Sie sie sehen, hier zur Geltung zu bringen.

Mich hat besonders gefreut, daß Sie den Freiheitsgedanken in einem ganz modernen Sinn ansehen, und da wieder abweichen von den Herren der Großindustrie und anderen Herren, die in Ihrer Partei vertreten sind. Wenn ich mir das Programm ansehe, das vor einigen Monaten in Essen die Handelskammern und der größte Teil der Großindustriellen verkündet haben, dann muß ich sagen, dort war ein Programm aufgestellt, das nicht von „Freiheit", nicht im mindesten irgendwie einen Ton von Freiheit kundgab, sondern unter den 12 Punkten waren mindestens 10, die von Unterdrückung der Arbeitermassen redeten: Ausschaltung der Gewerkschaften (Zuruf des Abg. Haas). Nein! nein! (Doch! bei der Deutschen Volkspartei — Gegenzurufe vom Zentrum — Glocke des Präsidenten — Abg. Bauer: Jede Partei hat die! diese Scharfmacher). Herr Abg. Bauer, würden Sie abgewartet haben — es sollte noch ein Satz folgen! (Heiterkeit.) Diejenigen Unternehmer, die es mit ihrem christlichen Gewissen nicht vereinbaren konnten, haben Protest erhoben und haben in Köln eine Sondersitzung einberufen und durch diese Sondersitzung ist dieses furchtbare Programm, dieses antisoziale Programm niedergeschlagen worden (Hört! hört! beim Zentrum — Abg. Bauer: Aber die andern haben auch christliches Gewissen! Christliches Gewissen ist nicht nur beim Zentrum! — Wiederholtes Glockenzeichen des Präsidenten). Sie haben mich wieder falsch verstanden! Ich habe gesagt: alle Unternehmer, die noch ein christliches Gewissen haben, haben sich von diesen Bestrebungen losgelöst (Zuruf des Abg. Bauer). Ich habe gar nicht davon gesprochen, daß von Ihnen keine dabei gewesen sind (Heiterkeit). Je mehr von Ihnen dabei gewesen sind, desto mehr würde ich mich darüber freuen. Denn im letzten Ende klage ich keine Partei an, sondern ein System (Sehr gut! beim Zentrum). Es liegt mir fern, eine Partei anzuklagen, und ich habe das hier auch ausdrücklich festgestellt. Aber Sie müssen sich nicht immer so aufregen, wenn man von diesen Menschen spricht! Je mehr sie sich aufregen, desto mehr Verbindung wollen Sie doch mit diesen Menschen haben! Also ich klage keine Partei an, sondern das System. Und das System muß in Deutschland bekämpft werden, wenn wir zum Gedanken einer vernünftigen Volksgemeinschaft kommen wollen. Denn im letzten Ende wird ja mit Spartakismus und kommunistischen Ideen das deutsche Proletariat nicht gehoben (Zuruf von den Kommunisten) und das deutsche Proletariat wird auch nicht durch Klassenkampf gehoben und befreit. Da sind andere Gedanken notwendig, die den einzelnen Menschen vor seinem Gewissen und vor Gott verpflichten, das zu tun, was im Leben des Volkes notwendig ist. Da ist das Gewissen des einzelnen erforderlich. Durch Parteiprogramme allein und durch Hypothesen kann man in keiner Weise eine volkswirtschaftliche Besserstellung und die Emanzipation des vierten Standes durchführen (Zuruf des Abg. Schreck). Über die Gedanken der rohen Gewalt ist die deutsche Arbeiterschaft hinweg. Sie glaubt nicht mehr daran und will gar nichts davon wissen (Zuruf des Abg. Ritter — Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Herr Abg. Ritter, Sie können ja nachher das Wort haben! Jetzt hat der Herr Abg. Heurich allein das Wort!

Abg. **Heurich** (fortfahrend):

Die Herren Kommunisten sind immer so erregt (Abg. Ritter: Sie sind erregt!) weil sie keine Erfolge aufzeigen können; sie arbeiten jetzt schon 10 Jahre (Widerspruch bei den Kommunisten). Sie sind jetzt 10 Jahre an der Arbeit, Sie sehen aber nirgends Erfolge ihrer Arbeit! Sie haben von Weltrevolution geredet! Sie haben die Völker der Welt aufgerufen, Sie haben die Arbeiter aufgerufen, Weltrevolution zu machen — sie rücken mit jedem Tag weiter von der Weltrevolution ab! Auch bei ihnen kommt die Erkenntnis (Abg. Lechleiter: Das Christentum!). Das Christentum hat so viel Kraft, so viel Ur- und Naturkraft (Zuruf des Abg. Lechleiter), daß, wenn alle im Sinne des Christentums arbeiten würden, solche Forderungen, wie in Essen auf der Großfabrikantentagung aufgestellt worden, nicht möglich wären (Zuruf von den Kommunisten). Es kommt nur darauf an, wie ich das Christentum auffasse und welche Schlüsse ich aus der christlichen Verpflichtung meiner Glaubensüberzeugung ziehe. Darauf kommt es an! (Zuruf des Abg. Schreck). Das ist ja ganz deutlich von dem Herrn Kollegen Mayer ausgesprochen worden, und ich stimme ihm zu: Im Christentum liegen die Urkräfte, die alles Gute herbeiführen können, wenn der christliche Geist im wirklichen Sinn so angewandt wird, wie es das Christentum verlangt (Zuruf des Abg. Lechleiter. — Glocke des Präsidenten). „Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst!" „Gib Rechenschaft von deiner Verwaltung!" Das sind zwei elementare Grundsätze des Christentums für die Völker. Wenn danach gelebt würde, hätten wir keinen sozialen Unfrieden (Abg. Lechleiter: Siehe Klöckner!). Klöckner ist noch ein ganz anderer Mensch, als bei Ihnen einige an führender Stelle sitzen, der mehr Achtung verdient und mehr Verdienste um die deutsche Wirtschaft hat als die ganzen Kommunisten in Deutschland! (Abg. Schreck: Mehr Verdienst! — Abg. Ritter: Bei den Kapitalisten!). Ich sage, Herr Klöckner hat mehr Verdienste für das deutsche Volk sich erworben als die Kommunisten zusammen! (Zuruf von den Kommunisten. — Glocke des Präsidenten).

Also, meine Herren von der Volkspartei, verstehen Sie mich nicht falsch! Ich wollte nicht anklagen, sondern ich wollte nur diese Feststellung machen, und ich freue mich darüber, daß Herr Abg. Dr. Mattes diesen Freiheitsgeist in der deutschen Volkspartei heute betont hat.

Und wir als Arbeiter, von unserem Standpunkt aus gesehen, müssen sagen, es gibt in den einzelnen Parteien — wenn ich rein vom Arbeiter- und volkswirtschaftlichen Standpunkt ausgehe — Verbindungspunkte, und unser christliches Gewerkschaftskollegium erstreckt sich in alle Parteien, unsere Mitglieder gehen bis in die Rechte hinein, sind auch bei der Deutschen Volkspartei vertreten. Wir sind keine einseitige Bewegung, sondern eine Bewegung, die das große sittliche soziale Programm durchführen will, das Bischof Keppler und andere große soziale Volkswirtschaftler schon vor Jahrzehnten dem deutschen Volke vorgezeigt haben. In diesem Sinne arbeiten wir, und ich darf auch im Rahmen eines Parlaments und im Rahmen meiner Partei solche Gedanken aussprechen. Nun etwas zu einem anderen Thema.

Wir haben auch die Betriebsunfälle, und was im Wirtschaftsleben vor sich geht, etwas anders zu sehen, wie es leider Gottes in den letzten Tagen im Ausschuß zum Ausdruck gekommen ist. Ich nehme es aber niemand übel, der aus Unkenntnis der Dinge

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Heurich [Zentr.])

dem Antrag nicht zugestimmt, den wir eingebracht haben. Wie steht es denn da? Wir regen uns auf, wenn durch ein Naturereignis, Gewittersturm oder Blitzschlag, irgendwelche Personen verletzt oder getötet werden. Wir geraten in eine fieberhafte Erregung, wenn irgendwo einmal einige Menschen verunglücken. Das entspricht der menschlichen Einstellung des Mitgefühls, und ist in Ordnung. Es wäre schlimm, wenn es anders wäre; aber denken wir auch daran, welche Opfer im Wirtschaftsleben tagtäglich auf der Strecke bleiben! (Sehr richtig!) Und von diesem Standpunkt aus gesehen muß alles getan werden, um hier die Zahl der Opfer zu vermindern, weil heute über 2 Milliarden Geld ausgegeben werden für die deutschen Unfälle im allgemeinen. 2 Milliarden Mark müssen kapitalisiert werden, um diesen Verpflichtungen nachzukommen. Wir hatten im Jahre 1925 nach den statistischen Untersuchungen von Free 10189 tötliche Unfälle in Deutschland; 34936 Unfälle mit dauernder Erwerbslosigkeit und 58622 Unfälle mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, also im ganzen 575000 gemeldete Unfälle, davon 10189 tötlich. In Deutschland kommen auf den Tag 29 Köpfe, die auf der Arbeitsstelle ihr Leben lassen müssen. Und wenn man vom Arbeiterstandpunkt aus, nicht einseitig, die Dinge ansieht, sondern darüber hinaus auch an das Interesse der Volkswirtschaft denkt, dann muß man verlangen von der Regierung, daß sie alles tut, damit die modernen Maschinen mit Schutzvorrichtungen versehen werden, wie das notwendig ist, und wir müssen verlangen, daß die Regierung hier gründlich die Aufsicht ausübt, damit die Unternehmer auf ihre Verpflichtungen aufmerksam gemacht werden.

Das ist notwendig. Manches Menschenleben könnte erhalten werden, wenn hier eine gute und noch bessere Kontrolle von dem Aufsichtsamt erfolgt. Aber nicht nur die Schutzbestimmungen allein kommen in Betracht. Es wäre falsch, wenn man mit den Schutzmitteln allein die Menschen von Unfällen retten wollte. Auch die Belehrung muß einsetzen, und diese schätze ich eben so hoch ein als wie die Schutzbestimmungen. Der Arbeiter muß belehrt werden über die Unfallgefahr, er muß die Gefahr der Maschinen kennen lernen, er muß die Unfallgefahr überhaupt kennen, er muß geschult und unterrichtet werden, und wenn er diese Gefahren hinreichend kennt, dann wird die Zahl der Unfälle bestimmt herabgemindert. Das war das Ziel bei den Kursen, die vom Ministerium des Innern eingerichtet worden sind für das Baugewerbe. Ich muß den Dank aussprechen für diese Einrichtung, denn für das Baugewerke war sie geradezu von einem großartigen Erfolg, namentlich die Instruktionen, die hier gegeben worden sind durch Lichtbilddarstellungen eines Gerüstes, wie es sein soll und wie es nicht sein darf. Der heruntergefallene Arbeiter wurde photographiert, dem Arbeiter wurde auseinandergesetzt, so war es beim Unfall; wenn es anders gewesen wäre, würde der Unfall nicht gekommen sein. Diese Bildinstruktion hat ihre gute Wirkung auf die Vertrauensleute der Arbeiter ausgeübt, und diese Instruktionen müssen wiederholt und weiter ausgedehnt werden, auch für die Industrie, und dafür haben wir 5000 M. mehr verlangt. Es haben sich Herren genug gefunden, die diese 5000 M. abgelehnt haben aus mangelhafter Einsicht der großen Berufsgefahren, die hier vorliegen.

Unter dem Gesichtswinkel des Arbeiterschutzes ist auch das Bestreben der Gewerkschaften nach auskömmlichen Akkordlöhnen und nach einer vernünftigen Arbeitszeit zu betrachten. Warum füge ich diesen Satz an? Weil viele auch hier im Hohen Hause der Meinung sind, die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands sei so eine Art notwendigen Übels, es wäre vielleicht besser, wenn sie nicht da wäre. Ich nehme es auch diesen Herren nicht übel so zu reden, denn sie sind aus der alten Schule. Die neue Generation, die nachwächst, wird diesen Standpunkt größtenteils nicht mehr vertreten. Die Gewerkschaften haben größere Aufgaben, als ein paar Pfennig mehr Lohn herauszuholen. Sie haben sich auch darum zu kümmern, wie das Leben und die Gesundheit der Arbeiter geschützt wird. Sie haben nach dieser Richtung hin Erziehungsarbeit zu leisten, sie haben die Arbeiter zusammen zu bringen, damit sie diese überhaupt schulen können. Der einzelne, losgelöst von der Masse, kann nicht geschult werden in dem Sinne, wie es heute notwendig ist. Volkswirtschaftliche Schulung, Instruktionen über diese Betriebe, Instruktionen über den Absatz, überhaupt Einführung in die Volkswirtschaft ist die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften mit, nicht nur die Lohnfrage und Arbeitszeitfragen.

Arbeitsverdienst und Arbeitszeitdauer sind eben nicht nur Produktionsfaktoren, sondern auch Gefahrenquellen, das haben Sie aus meinen Darlegungen wohl gesehen.

Nun möchte ich eine Frage an den Herrn Minister richten. Mir ist bekannt geworden, daß das Reich ein Reichsbauarbeiter-Schutzgesetz plant, und daß der Entwurf schon der Regierung zugesandt worden ist, und daß in diesem Entwurf gegenüber unseren badischen Bestimmungen eine wesentliche Verschlechterung der Bauarbeiterschutzbestimmungen eintreten würde, wenn dieser Gesetzentwurf der Reichsregierung Gesetz würde. Wir haben auf unserem Verbandstag in Barmen dazu Stellung genommen und haben gefordert, daß das Reichs-Arbeiterschutzgesetz ein Rahmengesetz bleibt, daß die besseren Bestimmungen, wie wir sie in Baden und Württemberg haben, uns erhalten bleiben sollen. Es darf anerkannt werden, die badischen Bauarbeiter-Schutzbestimmungen sind die besten, die überhaupt in Deutschland vorhanden sind. Die Unfälle sind auch dementsprechend gering. Ich möchte deshalb ersuchen, daß bei der Reichsregierung alles aufgeboten werde, um eine Änderung zu verhindern, mindestens aber daß unsere Schutzbestimmungen aufrecht erhalten bleiben. Wir würden aber das Richtige in einem Reichsrahmengesetz sehen, damit diese Frage nicht zu einer Verschlechterung unserer badischen Schutzverhältnisse führen würde.

Zu einem wichtigen Punkt, der uns in der gesamten Arbeiterschaft sehr lebhaft bewegt, möchte ich noch kommen, es ist die Frage des Arbeitsrechtes. Erfreulich war es für mich und ich glaube auch für die übrigen Herren des Hauses, daß der Herr Minister erklärt hat, daß Baden einen Lehrstuhl für Arbeitsrecht in der nächsten Zeit errichten werde. Ich glaube, ich habe ihn richtig verstanden. (Der Minister stimmt zu.) Das ist von einem kleinen Lande wie Baden eine Leistung, wenn wir hier mit unseren 2¼ Millionen Einwohner die gewiß sehr stark mit Arbeitern durchsetzt sind, dazu übergehen können, einen Lehrstuhl für Arbeitsrecht einzuführen. In Preußen und in anderen Staaten ist das, wenn ich nicht irre, schon geschehen. Wie ich höre, will auch Bayern dazu übergehen, einen Lehrstuhl für Arbeitsrecht einzurichten. Die Materie des Arbeitsrechts gehört zu den jüngsten Zweigen des stets sich entwickelnden Rechtes. So ist es zu erklären, daß in der Theorie nicht einmal Begriff und Gegenstand des Arbeitsrechts unumstritten sind. Indessen sind diese wissenschaftlichen Streitigkeiten weit weniger wichtig als die bedeutende Tatsache, daß diejenigen, die das Arbeitsrecht mit in erster Linie angeht, nämlich die Arbeiter und Angestellten, vielfach eine andere Vorstellung von dem Arbeitsrecht haben wie unsere heutigen Juristen. Dem Manne an der Baustelle, an der Hobelbank, am Schraubstock, an der Maschine und in der Berggrube ist das Arbeitsrecht nicht bloß ein Sonderrecht, das die berufsmäßige Verrichtung von Lohnarbeit normieren will; für ihn verknüpft sich mit diesem Wort „Arbeitsrecht" ein starkes gefühlsmäßiges Moment. Er denkt dabei an die Regelung wirtschaftlicher Vorgänge und zwar mehr an die Regelung wirtschaftlicher Vorgänge als an das Recht, das dem werktätigen Volke das tägliche Brot sichern, die Grundlage seiner Existenz sichern soll. Er denkt an das Recht, das den arbeitenden Menschen gegen Ausbeutung, gegen gesundheitliche und sittliche Gefahren schützt; er denkt an das Recht, auf das er

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Heurich** [Zentr.])

sich in den Tagen der Krankheit, der Erwerbslosigkeit und des Alters berufen will; er denkt nicht zuletzt an das Recht, das ihn bisher als minderwertig anerkannten Volksgenossen und Teilhaber der Wirtschaft endlich anerkennt. In dem Arbeitsrecht sieht der Arbeiterstand im allgemeinen ein Stück von den besitzlosen Menschenrechten (Beifall), die allgemein noch nicht vorhanden sind. Diese beiden Auffassungen stehen sich bei der Schaffung eines neuen Arbeitsrechtes wesentlich gegenüber. In der Tat darf das Arbeitsrecht nicht engmaschig aufgezogen werden. Man muß die Verwendung der Arbeitskraft, der gesamten Arbeitstätigkeit bei der Betrachtung heranziehen. Man muß auch von dem Standpunkt ausgehen, daß das Arbeitsrecht im allgemeinen den gesamten Arbeitsbegriff und alle die Gesetze, die mit dem Arbeitsrecht verbunden sind, in einem einheitlichen Sinne darstellen soll. Darüber hinaus muß es darauf ankommen, unser gesamtes Recht, vorwiegend das Arbeitsrecht, mit sozialem Geiste zu durchdringen. Wir sind der Meinung, daß dieses Arbeitsrecht nur weiter entwickelt werden kann, wenn die einzelnen Länder dazu übergehen, einen Lehrstuhl für Arbeitsrecht zu errichten und die junge Akademikerwelt mit diesem neuen Rechtsbegriff des Arbeiterrechtes im allgemeinen vertraut machen wird, daß sie Einblick bekommt in die verschiedenen Gesetze und somit ins praktische Leben, damit sie der Sache nicht fremd gegenübersteht.

Das ist notwendig und bedeutungsvoll, wenn die junge, nachrückende Generation der Richter genügend von diesem Arbeiterleben versteht und die einzelnen Gesetze in ihrer Auswirkung kennt und entsprechend sich einstellen kann. Die christliche Arbeiterschaft steht auf dem Standpunkt, daß das neue Arbeitsgerichtgesetz nicht in die Gerichte eingegliedert werden soll, daß die Verhältnisse im allgemeinen heute dem widerstreben, daß aber eine Angliederung der neuen Arbeitsgerichte an die Gerichte als das Zweckmäßige erscheint. Ich glaube, daß die verschiedensten Gewerkschaftsrichtungen auf diesem Standpunkt stehen, und allgemeine Beschlüsse der großen Zentralen vorliegen. Es wird gut sein, wenn das Gesetz im Reichsrat im allgemeinen zur Besprechung kommt, daß die badische Regierung in diesem Sinne dort ihre Instruktion erteilt. Wir wollen auch haben, daß das neue Arbeitsrecht nicht ein paragraphenmäßiges Recht wird in Vielseitigkeit, sondern einheitlich zusammengefaßt wird, daß nicht der Fehler gemacht wird, wie bei der allgemeinen Arbeiterversicherung, daß Dutzende von Gesetzen nebeneinander bestehen. Das neue Arbeitsrecht soll einheitlich zusammengefaßt werden. Bei dem ganzen Apparat der Verwaltungsbehörden muß die Selbstverwaltung wesentliche Beachtung finden. Die Selbstverwaltung bietet die größte Garantie, daß der Arbeiter an der neuen Gesetzgebung das nötige Interesse hat und entsprechend mitarbeitet.

Wenn wir aber im allgemeinen ein paar Worte zum Sozialrecht in Deutschland noch zum Schlusse sagen, so soll eine Anerkennung ausgesprochen werden, eine Anerkennung dahingehend, daß es den Männern der Reichsregierung, die damit betraut gewesen sind, gelungen ist, die ganze soziale Gesetzgebung über die schwierigste Zeit der wirtschaftlichen Krise und der Inflation hinüberzu retten. (Beifall) Wir haben keine einheitliche Sozialgesetzgebung, nicht einheitlich zusammengeschlossen, sondern in verschiedenen Gesetzen dargestellt, aber wir haben eine Arbeitergesetzgebung, die sich sehen lassen kann, die den Vergleich mit anderen Staaten aushält, ein Arbeitersozialrecht, das der Inflation und der weiteren Geldentwicklung entsprechend weiterentwickelt worden ist, das also die Gesamtleistungen vor dem Krieg erreicht und teilweise überschritten hat. Gewiß hat die Reichsregierung gewaltige Zuschüsse geben müssen, diese Versicherungen haben sich nicht selbst getragen und konnten sich nicht tragen. Der Rahmen der gesamten Sozialgesetzgebung ist erhalten geblieben, er ist weiter entwicken worden, und das ist eine Leistung, die das deutsche Reich vollbracht hat, die in der Geschichte einzig dastehen wird. Deshalb wollen wir nicht über einzelne Punkte uns in eine Kritik einlassen, wir sehen das große Ganze, die Rettung der gesamten Sozialgesetzgebung, und wir begrüßen es, daß die Reichsregierung alles aufgeboten und daß der Reichstag die nötigen Gesetze angenommen hat, um die Sozialgesetzgebung der Arbeiter in ihrer Gesamtgestalt aufrechtzuerhalten.

Damit haben wir den Boden für die zukünftige Weiterentwicklung, wir können weiter arbeiten entsprechend unserer Leistungsfähigkeit und ich bin überzeugt, wenn guter Wille und soziale Einsicht in Deutschland mehr einkehrt, wird mit dem weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung die Grundlage zur Volksgemeinschaft gelegt werden können. Im letzten Ende sind ja auch die Arbeiter mit der Gesamtheit des Volkes auf Gedeih und Verderb verbunden. Es hat keinen Zweck, daß wir uns als Arbeiter loslösen vom ganzen und nebenherlaufen und nur Kritik üben, wir wollen in der gesamten deutschen Wirtschaft und im Volksleben, in der gesamten Politik als treue Mitarbeiter erscheinen und reformierend mitwirken. Durch unsere Mitarbeit wollen wir von innen heraus ein soziales Deutschland und damit ein freiheitliches Deutschland schaffen. (Lebhafter Beifall beim Zentrum.)

Abg. **Gündert** (D. Vp.):

Der Herr Abg. Dr. Hoffmann hat heute morgen einen Teil seiner Ausführungen den Erklärungen gewidmet, die unser Parteiführer Dr. Mattes gestern in diesem Hause abgegeben hat. Ich möchte davon absehen, zu seinen Ausführungen noch einmal Stellung zu nehmen. Einmal waren die Erklärungen des Herrn Dr. Mattes so klar, unmißverständlich und erschöpfend, daß es sich erübrigt, ihnen etwas hinzuzufügen. Sodann aber möchte ich von einer Replik auf die Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Hoffmann, sowie des Herrn Abg. D. Mayer-Karlsruhe mit Rücksicht darauf absehen, daß nach unserer Kenntnis von der Disposition dieses Hauses die Generaldebatte bereits gestern ihren Abschluß gefunden haben sollte.

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern in seiner budgetmäßigen Zusammenfassung von 14 sachlichen Titeln läßt schon erkennen, welche gewaltigen Aufgaben in diesem Ministerium und in den von ihm ressortierenden Bezirksverwaltungsstellen und übrigen Organisationen der Verwaltung, die unter diesen Titeln laufen, geleistet wird. Eine ganze Reihe von wichtigen Fragen und Problemen, die von größter Bedeutung für unser innerstaatliches Leben sind, greifen hier ein. So erinnere ich an die Verwaltungsreform, die im Reich, in den Ländern und Gemeinden angesichts des gewaltigen Finanzbedarfes des öffentlichen Verwaltungsapparates nunmehr eine dringende Notwendigkeit geworden ist, über die nun genug geschrieben und auch gesprochen worden ist, nachdem ja die industrielle Reform, soweit es sich um die Rationalisierung der Betriebe handelt, nahezu vor ihrem Abschluß steht und auch die Finanzreform durch die geplante Erledigung im bevorstehenden Finanzausgleich zu einem gewissen Abschluß gebracht werden soll.

Auf diese und andere wichtige Fragen, die hier einschlägig sind, will ich nicht eingehen. Einmal wird eine Reihe meiner Parteifreunde zu den einzelnen Etatpositionen und Titeln das Wort nehmen, sodann mit Rücksicht darauf, daß die zur Verfügung stehende zugemessene Zeit außerordentlich knapp ist.

Betrachten wir die Tätigkeit der inneren Verwaltung in der Zentrale und in den Bezirksverwaltungsstellen draußen, so muß anerkannt werden, daß unsere badische Verwaltung gut arbeitet, daß sie sich von streng sachlichen Gesichtspunkten in ihrer reinen Verwaltungstätigkeit leiten läßt und trotz einer Steigerung der Schwierigkeiten und gewaltigen Vermehrung der Verwaltungs-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Gündert [D. Vp.])

aufgaben in der Nachkriegszeit es verstanden hat, den guten alten Ruf der badischen Verwaltung auf seiner Höhe zu erhalten. Dies verdient Dank und Anerkennung von der Spitze der Verwaltung an bis zur letzten Kraft, die draußen in den Bezirksverwaltungsstellen tätig ist. Dem gebe ich für meine Fraktion von dieser Stelle aus Ausdruck. Wenn nun gegenüber der Organisation unserer badischen Verwaltung vielfach — möchte ich fast sagen — die Bemängelung erhoben wird, daß sie an einer gewissen Überspannung des Zentralisierungsgedankens leide, daß die Zentrale mit Arbeit überhäuft und die Bezirksverwaltungsstellen in einer gewissen Unselbständigkeit gehalten würden, so ist es ja für den Kenner der Dinge ein altes Lied, es ist nicht neu, es ist schon in früheren Jahren — ja ich möchte sagen seit Jahrzehnten — eine bekannte Klage, daß man draußen im Bezirk, in der Bezirksverwaltung glaubt, durch eine etwas stärker ausgeprägte Dezentralisation kann man das Ministerium von Geschäften entlasten und eine raschere und zweckmäßigere, unter Vermeidung von Schreibwerk besser durchzuführende dezentralisierte Arbeitsmethode bei den Bezirksverwaltungsstellen anwenden. Diese Klage ist wie ich sage nicht neueren Datums, sondern sie ist alt und wird wohl nur bei der bevorstehenden Verwaltungsreform irgendwie eine Änderung erfahren können.

Einen weiteren Mangel in der Organisation unserer badischen Verwaltung erblicke ich persönlich darin, daß der Landrat, also der Amtsvorstand, abweichend von der Regelung der entsprechenden Organisation in den meisten anderen deutschen Gliedstaaten nicht gleichzeitig auch Leiter eines Selbstverwaltungskörpers mit selbständigem Besteuerungsrecht ist. Es gibt Stimmen in der Wissenschaft und Literatur unseres öffentlichen Rechtes, die der Meinung sind, daß ein Verwaltungsbeamter, der nicht auch über Finanzen zu verfügen hat, eigentlich keine richtige Verwaltung durchführen könne. Ich glaube, daß in der kommenden Verwaltungsreform es im Interesse des Ganzen sich sehr wohl empfehlen dürfte, sich die Vorgänge in anderen Bundesstaaten in dieser Richtung zu vergegenwärtigen und gegebenenfalls unsere staatlichen Verwaltungsbeamten gleichzeitig zum Leiter eines Selbstverwaltungskörpers zu machen. der ausgestattet ist mit selbständigem Besteuerungsrecht, um eben eine gewisse selbständigere Handlungsweise, die auch mit finanziellen Mitteln arbeiten kann, zu ermöglichen.

Heute morgen ist auch von Besoldungsfragen gesprochen worden. Meine Partei ging hierbei von der Meinung aus, daß die beschlossene Rückstellung aller Eingaben wegen Höherstufung auch gleichzeitig einen Verzicht enthalte auf eine Erörterung der Besoldungsfrage hier im Plenum. Nun, da dies von anderer Seite anscheinend anders aufgefaßt wird, kann ich für meine Partei erklären, daß wir die Wünsche der höheren Verwaltungsbeamten in der inneren Verwaltung billigen, daß wir aber ebenso gerechtfertigt erachten die Wünsche und Forderungen, wie sie von den unteren Gruppen geltend gemacht worden sind; vor allem gilt dies von der Polizei.

In den Städten verwaltet bekanntlich der Staat, das Ministerium des Innern, die Ortspolizei. Dieser Zustand ist m. E. aus verschiedensten Gründen richtig, und ich möchte als Leiter einer großen Gemeinde gar nicht den badischen Zustand missen, der in größeren Verhältnissen die Polizei in die Hand einer staatlichen Verwaltungsstelle legt. Soweit ich mir ein Urteil bilden kann, muß anerkannt werden, daß die Organisation, wie sie getroffen ist in der Ortspolizei, gut ist, daß die Ausbildung, wie ich glaube feststellen zu können, auf einer seltenen Höhe steht, und daß die erheblichen Mittel, die für die Ordnungspolizei ausgegeben werden, sehr gut verwendet sind. Wenn man die Schwierigkeiten und die hohen Anforderungen ins Auge faßt, die gerade der Polizei bei der Regelung des Verkehrs gestellt sind, so wird man zugeben, daß hier eine schwere Arbeit, vielfach leider noch in Deutschland und auch in Baden nicht getragen von dem Verständnis der Bevölkerung, verrichtet wird und daß die städtische Bevölkerung nur für diese geordneten und disziplinierten Maßnahmen in der Verkehrsregelung dankbar sein kann.

Nun lassen Sie mich zu einer Frage übergehen, die das Verhältnis der Staatsverwaltung zu den Gemeinden betrifft. Bekanntlich ist ja die Ausübung des Staatsaufsichtsrechts in der Gemeindeordnung geregelt. Für die allerwichtigsten Dinge wird die Ausübung gehandhabt vom Ministerium des Innern, sonst für die größeren Gemeinden durch die Landeskommissäre und für die kleineren Gemeinden durch die Bezirksverwaltungsstellen, durch die Bezirksämter. Da möchte ich, wenn ich an diese Frage herangehe, einen Satz voranstellen: Die dienstlichen Beziehungen zwischen der Staatsverwaltung und einer Gemeindeverwaltung können nur gewinnen, wenn die Beziehungen getragen sind von gegenseitigem Verstehenwollen und gegenseitigem Vertrauen (Sehr richtig! im Zentrum). Und wenn ich da das Verhältnis betrachte, wie es zwischen der Staatsaufsichtsbehörde, zwischen dem Ministerium des Innern besteht, so bin ich sicher, auch ohne förmlichen Auftrag, im Namen der Städte, der mittleren und auch der kleineren Gemeinden zu sprechen, wenn ich dem Minister des Innern unseren Dank zum Ausdruck bringe dafür, daß vor allem der Herr Minister des Innern in Wahrung der Aufsichtsbefugnisse der Staatsverwaltung immer in einem versöhnlichen Geist die Staatsaufsicht gehandhabt hat, und daß wir in ungezählten Gelegenheiten feststellen konnten, daß er für die schwierigen und besonderen Belange der Gemeindewesen ein besonderes, vielleicht durch seine frühere Tätigkeit geschultes Verständnis entgegenbringt.

Die Arbeiten, die zwischen der Staatsverwaltung und den Gemeinden sich abspielen, werden ja, soweit die Staatsaufsicht bei der Ministerialinstanz in Frage kommt, durch den Herrn Minister ausgeübt in der Gemeindeabteilung. Ich darf auch dieser Abteilung, deren schwere Arbeit wir im vollen Umfange zu würdigen vermögen, unsere Anerkennung dafür aussprechen, daß unsere Vorstellungen und Darlegungen immer auf Verständnis stoßen, und daß wir ebenso bei dieser Gemeindeabteilung, wie bei den Funktionären der Staatsaufsicht den Städten gegenüber, den Landeskommissären, anerkennen wollen, daß sie beseelt sind vom Geiste des gegenseitigen Verständnisses, und daß wir deswegen in Baden, abweichend von manchen anderen Gliedstaaten, ein außerordentlich schönes Verhältnis zwischen Aufsichtsbehörde und Gemeindeverwaltungen feststellen können. Ich darf nun hoffen und wünschen, daß die Pflege dieser Beziehung, wie sie bisher sich das Ministerium des Innern und die anderen Aufsichtsbehörden haben angelegen sein lassen, auch in der Zukunft weiter so gehandhabt wird. Den Gewinn hat nicht nur der Staat, durch Stärkung seiner Autorität, den Gewinn haben auch die Gemeinden, die dadurch in ihrem Ansehen gestärkt werden.

Und nun zu einem Sonderfall, den heute morgen schon Herr Abg. Graf gestreift hat. Er hat heute morgen in durchaus treffenden Bemerkungen darauf hingewiesen, daß die Förmliche Anfrage, die die kommunistische Partei unter Nr. 139 eingereicht hat und die einem Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 21. Oktober 1925 zum Vorwurf macht, daß durch diesen Erlaß das Initiativ- und Selbstverwaltungsrecht der Bürgerausschüsse ausgeschaltet werde, daß diese Förmliche Anfrage, sage ich, von einer irrigen Voraussetzung ausgegangen ist. Zunächst ist dazu zu bemerken, daß der Erlaß bei der Erörterung vollkommen ausscheiden kann, denn er interpretiert richtig und klar nur die Rechtsfrage, das Rechtsverhältnis vom Bürgerausschuß im Verhältnisse zum Gemeinderat. Der Erlaß kann also als Gesetzesquelle in dem Sinne, daß er zum Angriffspunkt der Förmlichen Anfrage gemacht worden ist, nicht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Gündert [D. Vp.])

dienen, sondern wir müssen etwas weiter zurückgehen. Da ist auch unrichtig, wie man in den letzten Wochen in verschiedenen Bürgerausschüssen hören konnte, daß etwa die Gemeindeordnung vom Jahre 1921 eine Veränderung oder eine Verkürzung der Rechte des Bürgerausschusses gebracht hätte. Der Erlaß war nur der äußere Anstoß, um den großen Unmut zur Auslösung zu bringen, der in den Kreisen der gewählten Stadtverordneten über die ganze Konstruktion im Verhältnis vom Bürgerausschuß zu Gemeinderat herrscht. Dieser Unmut ist an sich auch vollkommen verständlich, und ich glaube, es ist staatspolitisch klug gehandelt, wenn man diese Quelle der Mißstimmung bei der demnächstigen Novelle zur Gemeindeordnung möglichst bald verstopft. Es ist aber nicht richtig, wenn man annimmt, daß nun diese, wie behauptet wird, Verschlechterung der Stellung des Bürgerausschusses durch die neue Gemeindeordnung vom Jahre 1921 verursacht worden wäre. So, wie die Aufgabenfunktionen dieser beiden Verwaltungskörper sich gegenseitig abheben, müssen wir auf unsere badische Gemeindeordnung vom Jahre 1831 und 1869 zurückgehen. Der Zustand war damals — allerdings bei drei Verwaltungskörpern — in der Gemeinde ein gleicher. Wir haben ein außerordentlich schätzenswertes Material über diese Frage wie überhaupt über die Systemfrage innerhalb der Gemeindeorganisation in unseren Kommissionsberichten und in den Landtagsverhandlungen, die bei Gelegenheit von Novellen zur Gemeinde- und zur Städteordnung hier in der Zweiten Kammer produziert worden sind.

Zum Beweise dafür, daß in dieser Frage gegen früher keinerlei Rechtsänderung eingetreten ist, darf ich kurz mit einem Satze darauf hinweisen, daß in den Kommissionsberichten der Zweiten Kammer vom Jahre 1869/70 gesagt ist: nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung und des Entwurfs, der damals dem Hause vorlag, hat die Gemeindeversammlung bzw. der Bürgerausschuß keinerlei Verwaltung, ja nicht einmal die Initiative. Und im Jahre 1880 hat ein Mitglied dieses Hauses, der Abg. von Feder aus Mannheim, der auch Mitglied des Stadtverordnetenvorstandes war, eine Motion eingereicht, man möge die badische Gemeindeordnung ändern ,man möge vor allem einen selbständigen Beschluß- und Verwaltungskörper neben den Gemeinderäten wie in Preußen anfordern, weiter dem Bürgerausschusse das selbständige Versammlungsrecht und Leitungsrecht unter einem aus der Mitte der Versammlung gewählten Vorsitzenden geben. Von Feder begründet seine Motion damit, daß die Stadträte bekanntlich immer einen Vorschlag machen und die Ausschußtätigkeit des Bürgerausschusses nur an diesen Vorschlag gebunden sei, daß der Bürgerausschuß mit Fesseln festgelegt sei, daß er nicht einmal Abänderungsvorschläge zu den gemachten Vorschlägen einbringen könne, und daß der Bürgerausschuß z. Zt. — das war also im Jahre 1880 — nichts als eine Bewilligungsmaschine sei. Gegenüber jener Motion des Abg. von Feder hat dann der Kommissionsbericht hierzu Stellung genommen. Im Jahre 1880, in der 41. Sitzung vom 20. 2. 1880 ist dazu ausgeführt, daß nach dem badischen Gemeinderecht im Gegensatz zu den vorerwähnten Bestimmungen — ich glaube, vom preußischen Gemeindeverfassungsrecht war die Rede — der Gemeinderat über die Angelegenheit zu beschließen habe, und daß nur in einzelnen wichtigen Fällen der Bürgerausschuß hinzutreten müsse, sowie daß dem Bürgerausschuß keinerlei Abänderungsmöglichkeit gegeben sei. Bei der ganzen Behandlung dieser Frage war in den folgenden Jahren in diesem Hause niemals ein Zweifel, beim Gesetzgeber nicht, aber auch nicht bei den gut unterrichteten Stadtverordneten in den Bürgerausschüssen, daß dieses Rechtsverhältnis eben darin bestehe, daß der Gemeinderat ausschließlich die Beschlüsse zu fassen und sie auszuführen hat, während der Bürgerausschuß nur in einzelnen wichtigen, in dem Gesetz jetzt einzeln aufgeführten Fällen dazu seine Zustimmung oder Versagung auszusprechen hat. Das Schwergewicht des Bürgerausschusses liegt vor allem darin, daß er mit einem „Nein" die ganze Verwaltung insofern bremsen kann, daß ein Stadtratsbeschluß, der nicht die Zustimmung des Bürgerausschusses findet, nicht vollzogen werden kann, und dies kommt doch noch oft vor. Darin liegt meines Erachtens gerade ein Hauptgewicht in der Funktion des Bürgerausschusses.

Ich will Sie nicht mit weiteren Materialien langweilen. Ich will nur darauf hinweisen, daß unter anderem im Jahre 1908 der Berichterstatter in der Zweiten Kammer, es war der Abg. Dr. Venedey, folgendes über die Frage ausgeführt hat: „Der Bürgerausschuß hat wohl das Recht, in den einzelnen Sitzungen und speziell bei Voranschlagsberatungen Anregungen zu geben und Vorschläge zu machen. Es steht ihm aber keinerlei Macht zu, den Gemeinderat zu veranlassen, diese Anregungen und Vorschläge einzuhalten." Es ist also kein Zweifel darüber, daß nach der Entwicklungsgeschichte dieser Gesetzesstelle unserer Gemeindeordnung der Bürgerausschuß nur zu den wichtigsten Dingen ja oder nein sagen kann. Es ist dies auch verständlich. Wenn man sich überlegt, daß es sich bei dem Bürgerausschuß um eine Körperschaft, um ein Gremium von über hundert Köpfen handelt, so ist es klar, daß sich die eigentliche Verwaltung in einem kleineren Gremium vollziehen muß. Um aber dem berechtigten Unmut der Stadtverordneten die Grundlage zu entziehen über diese heutige, allerdings seit früher unveränderte Rechtslage, die eben in der neuen demokratischen Zeit angesichts der Vorgänge, wie wir sie in letzter Zeit erlebt haben, besonders wirklich empfunden wird, sollte meines Erachtens durch eine Gesetzesnovelle möglichst bald eine Regelung getroffen werden, die dem Übel von Grund auf auf den Leib rückt. Mit irgend einer leichten Abänderung der Gemeindeordnung durch Zusätze an irgend einer Stelle der Gemeindeordnung ist hier nicht zu helfen. Unser badisches Gemeindeverfassungssystem ist in vielen Dingen sehr verschwommen und unklar — ich verweise die Mitglieder des Haushaltsausschusses auf die treffenden Ausführungen des Herrn Stadtrates Maier, die er dort über seine Erfahrungen mit diesem Gemeindeverfassungssystem in letzter Zeit gemacht hat. Übrigens, wenn ich den Namen des Herrn Abg. Maier nenne, möchte ich die Gelegenheit benutzen, ihm auch von dieser Stelle aus, da er wegen schwerer Krankheit unseren Verhandlungen fern bleiben muß, unsere besten Wünsche zur baldigen Genesung und Wiederherstellung zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.) Ich darf an die Äußerungen des Herrn Abg. Maier erinnern, der doch wirklich nicht dem Verdacht ausgesetzt ist, daß er nicht in weit demokratischer Auffassung die Dinge auf sich wirken ließe. Aber auch er hat in seinen Äußerungen keinen Zweifel gelassen, daß das heutige System, wie wir es in Baden haben, von allen Kundigen abgelehnt werde.

Seit dem Jahre 1918 ist man in den übrigen Gliedstaaten des Reiches an die Umarbeitung der Gemeindeverfassungssysteme gegangen. Dies hätte auch in Baden geschehen sollen wegen der Unklarheit und teilweise auch Inkonsequenz der badischen Gemeindeverfassung. Wir sollten daher dem Übel auf den Grund gehen, indem wir uns bald entschließen, auch diesen Punkt, das System der Gemeindeverfassung, in einer Novelle zur Gemeindeordnung zu regeln. Dabei wird es sich dann darum handeln, ob wir, befangen in alter Gewohnheit vielleicht der alten Vorstellung, wie ich fast sagen möchte, den Gedanken des Zweikörperschaftssystems, wie er aber konsequent in der preußischen Magistratsverfassung durchgeführt ist, vorziehen wollen, oder aber, wie der Herr Abg. Graf aus reicher Erfahrung heute zutreffend hervorgehoben hat, das Einkörperschaftssystem bevorzugen, wie es im Rheinland, wie es in Hessen-Darmstadt und seit 1919 unter Abgehen von der früheren Magistratsverfassung in Bayern gilt, dem sog. Stadtratssystem. Auch in Württemberg, das, was auch

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Gündert** [D. Vp.])

nicht so sehr bekannt ist, für uns im Jahre 1830, als wir an die Gemeindeordnung herantraten, Vorbild war, das uns aber auch jetzt, nach der Umstellung der Verhältnisse, erneut Vorbild sein könnte, auch in Württemberg gilt das Einkörperschaftssystem. Denn dort hat man den Bürgerausschuß, wie er in Baden und Württemberg in gleicher Aufmachung bestand, in dem Gemeinderat aufgelöst. Man hat den Gemeinderat erweitert, man hat ihn mit öffentlichen Verhandlungsformen ausgestattet und mit Ausnahme von Personalangelegenheiten, Gelände- und Finanzfragen ihm diese Dinge zugewiesen: Also eine Lösung, wie sie ganz in der demokratischen Linie liegt! Ich glaube, es ist bedauerlich, daß man bei uns im Jahre 1921 nicht diesen Punkt aufgegriffen hat, sondern andere Punkte in der Gemeindeordnung zu regeln unternahm, so daß dieser wichtigste Punkt — einfach aus Scheu vor der historischen Entwicklung in Baden — nicht zum Gegenstand einer näheren gesetzlichen Regelung gemacht wurde.

Damit will ich diesen Punkt verlassen und, weil ich doch am Wort bin, mir noch zu einem anderen Punkt ein Wort erlauben, den ich sonst in der Spezialberatung hätte aufgreifen müssen. Es handelt sich um die Summe für die Unterstützung des badischen Verkehrsverbandes. Es ist ja gewiß zuzugeben, daß die Finanznot und die kritische Lage unserer Staatsfinanzen zur äußersten Sparsamkeit auf allen Gebieten zwingen. Es ist auch nur selbstverständlich, daß man diesem Grundsatze der Sparsamkeit schon im Haushaltsplane auch dort Rechnung tragen muß, wo es sich um das Gebiet der Forderung des Verkehrswesens und der Verkehrswerbung handelt. Dennoch aber glaube ich, aussprechen zu müssen, daß selbst bei äußerster finanzieller Zurückhaltung im Hinblick auf die Bedeutung der Angelegenheit ein Betrag von 7500 M. für das Jahr nicht am Platze ist und der Sache nicht gerecht wird. Wir müssen später, bei der nächsten Budgetberatung oder in einem Nachtrag vor allen Dingen jene Verkehrsaufgaben, die hier von einer Stelle aus ehrenamtlich erfüllt werden, zu fördern versuchen, indem wir den Satz für den Beitrag erhöhen.

Ich möchte dabei Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen. Ich habe ja wohl nicht nötig, im einzelnen darauf hinzuweisen, wie gerade die Verkehrswerbung auf so vielseitige Zweige der Wirtschaft und des Verkehrs befruchtend wirkt und daß wir unser Kapital gut anlegen, daß es sich tausendfältig finanzieren und rentieren wird, wenn wir in dieser Beziehung etwas weiter gehen. Denn Baden hat nun einmal eine Fremdenindustrie, die in wirtschaftlicher Beziehung weite Schichten unseres Volkes und große Teile unseres Landes tragen muß. Im Hinblick darauf erscheint es mir richtig, wenn auch von seiten des Staates in stärkerem Maße als das bisher der Fall war, ein praktisches Verstehen gegenüber den Bestrebungen der Förderung des Verkehrsgewerbes und der Verkehrswerbung zum Ausdruck gebracht wird (Beifall in der Mitte).

Abg. Dr. **Glockner** (D. Dem. P.):

Demjenigen, was ich gestern schon in der allgemeinen Finanzdebatte über das Budget des Ministeriums des Innern ausgeführt habe, habe ich heute nur wenig nachzutragen.

Der Herr Kollege Dr. Hoffmann hat heute früh von einer „Überzentralisation" der Verwaltung gesprochen; auch der letzte Redner, der Herr Kollege Gündert, hat die Frage der Verwaltungsreform an die Spitze seiner Betrachtungen gestellt. Diese Überzentralisation der Verwaltung — die dazu geführt hat, daß das Ministerium des Innern mit viel zu viel Detailarbeit befaßt wird — ist ja etwas, was nicht erst in diesen Tagen beklagt worden ist, sondern, was auch schon früher wahrgenommen wurde. Es ist die Folge der Kleinheit unseres Landes, die es ausschließt, in der Verwaltungs-Organisation ähnlich vorzugehen wie etwa Preußen, wo zwischen dem Landrat und dem Ministerium sogar zwei Zwischeninstanzen eingeschoben sind, oder wie in Bayern und Württemberg mit ihren Kreisregierungen, oder auch wie in Sachsen, wo jeweils eine Zwischeninstanz eingeschaltet ist zwischen Bezirksverwaltungsbehörde und Ministerium. Bis zum Jahre 1863 hatten wir in Baden in Gestalt unserer Kreisregierungen auch solche Mittelinstanzen: Damals aber haben wir sie abgeschafft, weil man von der Überzeugung ausging, daß die Tätigkeit der unteren Verwaltungsbehörde eine viel freiere und darum dann auch viel ersprießlichere sein werde, wenn sie nicht durch eine Zwischeninstanz — die leicht verknöchert — allzusehr gehemmt und unter Umständen lahmgelegt wird. Damals im Jahre 1863 ist im Verwaltungshof eine Mittelinstanz geschaffen worden, in der viel — wenn ich so sagen darf — von dem sog. „Kleinzeug" (Heiterkeit) abgelagert wurde, das, wie man damals schon erkannte, sich zur Behandlung durch das Ministerium des Innern selbst nicht eignete; im Jahre 1924 hat man dann diesen Verwaltungshof abgebaut — und damit hat man ganz bewußt wieder das auf sich genommen, was man im Jahre 1863 vermeiden wollte: man hat die Verwaltung in einer Reihe von Zweigen direkt auf das Ministerium des Innern übernommen. Natürlich muß man sich nun auch mit diesen erweiterten Arbeiten beim Ministerium des Innern abfinden (Auf einen Zuruf des Ministers des Innern Remmele) Ja ich bin noch nicht fertig (Heiterkeit).

Man hat danach in der Zwischenzeit die Landeskommissäre mit einer größeren Zuständigkeit bedacht, und man will — wenn man den neuesten Referentenentwurf, der in die Öffentlichkeit gekommen ist, darauf ansieht — diese Zuständigkeit noch in ziemlich erheblichem Maße vermehren (Abg. Dr. Schofer: Das scheint mir vernünftig zu sein!) Warten Sie jetzt etwas! (Zurufe und Heiterkeit). Ich bin in dieser Beziehung anderer Meinung. Ich habe schon im Haushaltsausschuß und auch hier schon einmal davor gewarnt, daß man auf dem Wege einer Erweiterung der Zuständigkeiten des Landeskommissärs einfach wieder zu der früheren Kreisregierung zurückkomme und das wieder einführe, was man im Jahre 1863 abgeschafft hat.

Wie man es anders machen kann, ist ja heute früh schon von dem Herrn Kollegen Abg. Dr. Hoffmann an ein paar Beispielen gezeigt worden. Darin, daß man den Wandergewerbeschein nicht bis an das Ministerium des Innern heraufwachsen zu lassen braucht, stimme auch ich dem Herrn Kollegen Abg. Dr. Hoffmann durchaus zu (Zuruf des Ministers des Innern Remmele). Ich glaube, mit der Gewerbeordnung §§ 20 und 21 ließe es sich vereinigen, daß man in erster Instanz das Bezirksamt und in zweiter Instanz den Bezirksrat entscheiden läßt; dann ist die eine dieser zwei Behörden, wie dies die Gewerbeordnung vorsieht, eine „kollegial" organisierte Behörde. Ich glaube, man könnte das vielleicht machen.

Der Herr Kollege Abg. Dr. Hoffmann hat dann auch mit ein paar Sätzen die Zuständigkeit der Behörde berührt, der ich gegenwärtig anzugehören die Ehre habe. Er hat gemeint — und er hat damit etwas wiederholt, was vor zwei Jahren ja von seiten seiner Partei sehr viel energischer vertreten worden ist (Heiterkeit) — die Geschäfte dieses Gerichtshofes ließen sich auch in der Weise erledigen, daß man beim Oberlandesgericht einen „Verwaltungssenat" — so will ich ihn einmal kurz nennen — einrichtet, wie ja zur Zeit beabsichtigt ist, beim Reichsgericht Verwaltungssenate zu bilden, und damit endlich den in der Reichsverfassung verheißenen Reichsverwaltungsgerichtshof zu schaffen. Nun ist aber dieser Gedanke und der Entwurf eines Reichsgesetzes über diese Verwaltungssenate beim Reichsgericht doch nicht überall in so begeisterter Weise aufgenommen worden, wie ihn der derzeitige Präsident des Reichsgerichtes in verschiedenen Reden und in einem Artikel, der in der deutschen Juristenzeitung erschienen ist, begrüßt und ver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Glockner** [D. Dem. P.])

treten hat. Er meint: dadurch, daß das Reichsgericht auch auf dem Gebiete des öffentlichen Rechts zuständig würde, werde das Ansehen des Reichsgerichts gesteigert werden; in einer bei einem Nicht-Verwaltungsrechtler geradezu überraschenden Weise ist er überzeugt von der Bedeutung des öffentlichen Rechtes, und will deshalb auch die Entscheidung über Fragen aus diesem Gebiet in den Gesamtkomplex der Aufgaben des Reichsgerichts einbezogen wissen.

Die Regelung, wie sie nunmehr vorgesehen ist, hat jedoch ihre erheblichen Bedenken, schon deswegen, weil im Zweifel auch Plenarentscheidungen dieses erweiterten Reichsgerichtes über Fragen des öffentlichen Rechts erlassen werden müssen. Sobald einer dieser Verwaltungssenate in einer Frage abweichen will von der Auslegung, die früher von einem Zivilsenat oder einem Strafsenat vertreten wurde, dann werden drei Gruppen gebildet: Die Gruppe der Zivilsenate, der Strafsenate und der Verwaltungssenate — und diese treten nunmehr zusammen und geben alsdann die Plenarentscheidung, dabei machen aber natürlich die Verwaltungssenate nur ein Drittel dieses Plenums aus. Und deswegen werden nicht bloß von mir und vom Verwaltungsgerichtshof, sondern auch in der Literatur von gewichtigen Seiten Bedenken dagegen erhoben, es möchten bei der zivilistisch oder strafrechtlich einseitig eingestellten und ausgebildeten Geistesrichtung und Auffassung von zwei Dritteln dieses Gremiums die Fragen des öffentlichen Rechts doch unter Umständen zu kurz kommen.

Dasselbe würde geltend zu machen sein gegen die Angliederung eines Verwaltungssenats am Oberlandesgericht. Die Personen, die die Verwaltungsrechtsstreitigkeiten zu entscheiden haben, müßten natürlich noch wie vorda sein, wenn diese Verwaltungsrechtsstreitigkeiten einen Senat beim Oberlandesgericht überwiesen würden. Die Oberlandesgerichtsräte, wie sie nach einer langjährigen Tätigkeit bei den Gerichten an das Oberlandesgericht kommen, sind natürlich zur Entscheidung dieser Verwaltungsaufgaben nicht vereigenschaftet; das wird der Herr Kollege Dr. Hoffmann, wenn er auch noch nicht solange in der inneren Verwaltung ist wie ich, doch wahrscheinlich ohne weiteres auch zugeben. Es würde also der Präsident allenfalls gespart, die 5 Räte des Verwaltungsgerichtshofs würden dann an das Oberlandesgericht überzutreten haben, und es würden dann unter Umständen ähnliche Schwierigkeiten, wie sie sich bei den Verwaltungssenaten am Reichsgericht ergeben können, auch da hervortreten. Die Personalersparnis wäre also, glaube ich, nicht sehr beträchtlich; und den Aufwand an Amtsunkosten, auf den der Herr Kollege Dr. Hoffmann heute früh hingewiesen hat, schätze ich auch nicht für sehr erheblich. Ich schließe mich deswegen, wie ich es schon durch einen Zwischenruf heute morgen kundgegeben habe, durchaus dem letzten Satz der bezüglichen. Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Hoffmann an, daß man sich sehr überlegen solle, aus Ersparnisgründen etwas geschichtlich Gewordenes abzubauen.

Den Ausführungen des gleichen Herrn Vorredners über die Gehälter der Landräte, denen ja auch der Herr Kollege Gündert eben beigetreten ist, kann ich mich durchaus anschließen. Ich wünsche sehr, daß die Eingabe der höheren Beamten der inneren Verwaltung, die auf die nächste Sitzungsperiode verschoben werden soll, unter hoffentlich besseren wirtschaftlichen Verhältnissen zu einer befriedigenden Lösung gebracht werden kann.

Verhältnismäßig weniger von Bedeutung für die Staatsfinanzen, aber von erheblicher Bedeutung für die Beamten ist eine andere Frage, die der Kollege Dr. Hoffmann ebenfalls berührt hat; das ist die Aufwandsentschädigung, das Bezirkstagegeld. Wir haben im Haushaltsausschuß darüber verhandelt; eine endgültige Erledigung konnte, weil die Frage ja in der Hauptsache das Finanzministerium betrifft, damals nicht herbeigeführt werden. Ich hoffe, daß auch in dieser Beziehung sich bald eine befriedigende Regelung ermöglichen lassen wird.

Der Herr Kollege Dr. Hoffmann hat dann weiter über die Beteiligung badischer Beamten bei der Besetzung der Reichsämter gesprochen. Es ist das eine Sache, die den badischen Landtag schon in der Zeit vor dem Krieg des öfteren beschäftigt hat, und die auch seither hier und da bei der Budgetberatung zur Sprache gebracht worden ist. Ich halte es für eine sehr wichtige Frage, und ich glaube, es kann in der Tat gesagt werden, daß unter den heutigen Verhältnissen die badischen Beamten in den Reichsämtern zahlenmäßig noch nicht so vertreten sind, wie es zu wünschen wäre (Sehr richtig! beim Zentrum). Ich weiß allerdings, daß manchmal, wenn sich Gelegenheit geboten hätte, einen badischen Beamten in den Reichsdienst zu übernehmen, (Abg. Dr. Schofer: Sie wollen dann nicht!), die Anwärter gefehlt haben (Abg. Dr. Schofer: Die wollen nicht!), daß Herren, die in den Reichsdienst hätten übertreten können, von diesem Anerbieten keinen Gebrauch gemacht haben. Ich glaube, ich sehe auch einen unter den anwesenden Regierungskommissären, auf den das zutrifft (Abg. Dr. Schofer: Ich ginge auch nicht nach Berlin! — Heiterkeit — Zwischenruf des Abg. Dr. Wolfhard). Ich hätte als junger Verwaltungsbeamter eine solche Verwendung sehr begrüßt. Wenn so ein junger Regierungsrat einmal drei bis vier Jahre in einem Reichsamt tätig ist, so glaube ich, daß eine solche mehrjährige Beschäftigung durchaus geeignet ist, den Horizont und die ganze Anschauungsweise dieses Beamten zu fördern (Sehr richtig!). Einzelne solcher Beamten sind ja dann bei uns zu einer sehr hohen Stellung heraufgekommen. Der spätere Staatsminister von Bodman zum Beispiel hat selbst in der Tat einmal von einer solchen Möglichkeit der Verwendung im Reichsdienst für ein paar Jahre Gebrauch gemacht, wenn er auch nur an eine minder bedeutende Reichsbehörde, das Reichsversicherungsamt, gekommen ist (Zuruf: Brauer war auch in Berlin!). Brauer ist aus dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts hervorgegangen, und ist nachher Generalkonsul gewesen (Auf Zuruf des Abg. Dr. Schofer): Gewiß, das ist ja das, was ich auch meine: das badische Land, so schön es ist, und so lieb wir es alle haben, ist eben ein bißchen klein, und wenn man einmal ein paar Jahre die Sache von außerhalb ansieht, so wird das, wenn man wieder zurückkommt, ganz förderlich für das sein, was man hier zu schaffen hat.

Der Herr Kollege Graf ist dann auf den Wohlfahrtspflegegesetzentwurf, den ich vorhin ja schon erwähnt habe, eingegangen. Ich möchte das nicht tun, und zwar deswegen nicht, weil der Entwurf in der Presse als Referentenentwurf bezeichnet worden ist, und wir, glaube ich, abwarten sollten, bis der Entwurf ausgereift ist und an dieses Haus kommt.

Die Wohlfahrtspflege — die ich damit berührt habe — ist in dem diesjährigen Voranschlag, wie ich heute früh als Berichterstatter auszuführen hatte, nicht mehr so reichlich bedacht, wie es im letzten Voranschlag der Fall war. Das Budget weist gerade auf diesem Gebiet mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates erhebliche Einschränkungen auf. Wir bedauern das.

Wir bedauern weiter das Ausscheiden der seitherigen Referentin für Wohlfahrtspflege, der Frau Oberregierungsrat Dr. Baum (Sehr richtig! bei den Demokraten). Frau Dr. Baum hat sich auf diesem Gebiete große Verdienste um unser Land und insbesondere um die hilfsbedürftige Jugend erworben. Ich darf nur auf den Heuberg verweisen, der doch wohl ihr eigenstes Geistesprodukt war (Sehr richtig! bei den Demokraten). Wir hätten gewünscht, daß es ihr hätte ermöglicht werden können, ihre idealen Auffassungen auch weiterhin im Dienst des Staates in die Wirklichkeit umzusetzen.

Der Herr Kollege D. Mayer hat mit einem Satz des Unwetters gedacht, das vorgestern über einen Teil des Landes hereinge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Glockner [D. Dem. P.])

brochen ist (Abg. Klaiber: Es können auch zwei oder drei Sätze gewesen sein!). Also meinetwegen auch drei Sätze! (Heiterkeit — Zwischenruf des Abg. Dr. Wolfhard.) Ich wollte mich diesem Gedanken durchaus anschließen und auch meinerseits der Teilnahme für die durch dieses Unwetter betroffenen Landwirte Ausdruck geben.

Der Verlockung, wieder in die allgemeine Finanzdebatte zurückzuverfallen, die durch die Ausführungen des Kollegen D. Mayer nahegelegt ist, möchte ich aber nicht folgen. Die „Suppe", von der er redete, war nicht sehr appetitanregend (Heiterkeit), und mit dem Budget des Ministeriums des Innern haben diese Gedanken nur einen sehr entfernten Zusammenhang.

Den Wünschen nach baldiger Vorlage und nach rascher Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, die von zweien der Herren Vorredner, von den Herren Abg. Graf und Heurich, ausgesprochen worden sind, schließen wir uns an. Ich möchte aber doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Herr Kollege Heurich nicht recht hat, wenn er glaubte, daß wir noch 5 bis 10 Jahre mit dieser Arbeitslosigkeit zu kämpfen hätten.

Der Herr Kollege Gündert ist dann auf eine Spezialfrage eingegangen, die in der Presse zu einer Frage der Selbstverwaltung gemacht wurde, nach meiner Meinung mit Unrecht. In der Frage des Schutzes und des Ausbaues der Selbstverwaltung sind wir, seit wir hier in dem neuen Landtag beieinander sind, immer einig gewesen. Wir haben im Jahre 1920 einen Antrag eingebracht auf einen Ausbau der Selbstverwaltung in der Bezirksinstanz in dem Sinne, wie es der Herr Kollege Gündert eben ausgeführt hat. Ich darf in diesem Zusammenhang an ein Wort des Freiherrn vom Stein über die Selbstverwaltung erinnern, der nicht die Ersparung von Verwaltungskosten in den Vordergrund stellt, sondern die Ersparung von Verwaltungskosten durch die Inanspruchnahme von Kräften aus der Laienwelt als den weniger bedeutenden Gewinn der Selbstverwaltung hinstellt. „Weit wichtiger" — sagt er — „ist die Belebung des Gemeingeistes und Bürgersinns, die Benützung der schlafenden oder falschgeleiteten Kräfte und der zerstreut liegenden Kenntnisse, der Einklang zwischen dem Geist der Nation in den Ansichten und Bedürfnissen und denen der Staatsbehörden." Deshalb muß nach unserer Ansicht alles vermieden werden, was die Freude der Bürger an ihrer Selbstverwaltung zu beeinträchtigen geeignet ist. Und dazu hat nun offenbar in den letzten Wochen der von dem Herrn Kollegen Gündert besprochene Erlaß des Ministeriums des Innern vom 21. Oktober 1925 in den Bürgerausschüssen unserer größten Städte beigetragen. Der Erlaß hat dort, wie man aus der Presse entnehmen mußte, lebhaften Unmut hervorgerufen. Es ist vielleicht ganz zweckmäßig, diesen Erlaß hier wenigstens in seinem Hauptteil zu verlesen. Er lautet:

„Nach § 65 Abs. 1 der Gemeindeordnung beschränkt sich — von den Sonderfällen der §§ 62, 63, 64 und 67 der Gem.-Ordg. abgesehen — die Beschlußfassung des Bürgerausschusses darauf, ob einem Beschluß des Gemeinderats die Zustimmung zu erteilen oder zu versagen ist. Nach § 66 Abs. 1 der Gem.-Ordg. ist auch eine bedingte Zustimmung nicht zulässig. Daraus folgt, daß der Bürgerausschuß aus seiner Mitte hervorgehende Änderungsanträge zu gemeinderätlichen Vorlagen nicht ohne weiteres seiner Beschlußfassung zugrunde legen kann, daß vielmehr der Gemeinderat sich diese Änderungen erst zu eigen machen und als eigene Anträge an den Bürgerausschuß bringen muß. Dementgegen werden aber, um auf diese Weise die Verhandlungen abzukürzen, mancherorts auch solche Änderungsanträge zur Abstimmung im Bürgerausschuß verstattet, die sich der Gemeinderat nicht zu eigen gemacht, sondern die er nur „zugelassen" hat. Selbst wenn man ein solches Verfahren dann als mit dem Wortlaut des Gesetzes vereinbar ansehen wollte, wenn die „Zulassung" in die Form eines Eventualbeschlusses des Gemeinderats gekleidet wird, bleibt es doch stets mit dem Geist und dem Sinn der badischen Gemeindeverfassung in Widerspruch. Im Gegensatz zum Einkörperschaftssystem ist es die Absicht und der Vorzug des badischen Gemeinderechts, die verantwortliche Führung der Gemeinde und ihrer Verwaltung dem Gemeinderat zu übertragen. Anders als bei den politischen Körperschaften des gegenwärtigen Staatsrechts hat der Bürgerausschuß kein Initiativrecht, sondern, wie erwähnt, lediglich das Recht der Zustimmung und der Versagung. Auf dem genannten Umweg wird aber ein Initiativrecht des Bürgerausschusses eingeführt. Dies ist mit der gesetzlichen Stellung der gemeindlichen Organe nicht vereinbar."

Ich habe mir an einem der letzten sitzungsfreien Tage die Mühe gemacht, diese Sache näher nachzuprüfen, und ich bin gegenüber den lebhaften Wünschen auf Zurücknahme oder Abänderung des Erlasses oder gar auf Änderung der Gemeindeordnung zu dem Ergebnis gekommen, daß ich anerkenne, daß der Ausgangspunkt des Erlasses durchaus richtig ist, daß man aber gleichwohl zu den in dem Erlaß gezogenen Folgerungen nicht zu kommen braucht. Der Erlaß geht aus von der Vorschrift des § 65 Abs. 1 der Gemeindeordnung, der heißt:

„Der Bürgerausschuß beschließt darüber, ob einem Beschluß des Gemeinderats die Zustimmung zu erteilen ist oder nicht."

Er sieht also in diesem Satz den Grund- und Eckstein für die gesetzliche Regelung des Verhältnisses von Gemeinderat und Bürgerausschuß. Diese Bedeutung kommt aber diesem Satz gar nicht zu; das Verhältnis von Gemeinderat und Bürgerausschuß ist aus anderen Bestimmungen der Gemeindeordnung — §§ 18, 51 Abs. 1, 65 Abs. 2 und 3, 66 — klar zu erkennen und dort klar geregelt. Denn dieser jetzige Satz das § 65 Abs. 1 war in dem Entwurf der Regierung zur Gemeindeordnung überhaupt noch nicht enthalten; er ist erst in der 2. Lesung der Gemeindeordnung in das Gesetz hineingekommen und zwar ist er auf Antrag des Regierungsvertreters eingeschaltet worden, und der Kommissionsbericht enthält kein Wort der Begründung dazu. Es kann ihm also unmöglich diese grundsätzliche Bedeutung zukommen, wie sie der Erlaß ihm beilegen will. Zuzugeben ist, — worauf auch der Kollege Gündert an der Hand der Entwicklungsgeschichte der Gemeindeordnung hingewiesen hat, wie er dies auch in seinem Kommentar ausgeführt hat —, daß einem Beschluß des Bürgerausschusses für sich allein gemeinderechtlich eine Bedeutung nicht beikommt. Ein Gemeindebeschluß setzt die Zustimmung des Bürgerausschusses zu einem Beschluß des Gemeinderats voraus. Das ist in § 65 Abs. 1 Satz 2 der Gem.-Ordg. ausdrücklich gesagt. Aber auch dieser Satz fehlte in dem Entwurf der Regierungsvorlage zur Gemeindeordnung. Auch dieser Satz ist, und zwar erst bei den Beratungen über die Gem.-Ordg. hier im Plenum des Landtags auf einen Antrag in das Gesetz hineingekommen, den ich selbst hier gestellt habe, und der Zweck dieses Antrags war lediglich der, und darin erschöpfte er sich, das in verschiedenen Gesetzen vorkommende Wort „Gemeindebeschluß" zu erläutern. So redet z. B. das Ortsstraßengesetz in verschiedenen Paragraphen von einem „Gemeindebeschluß". Irgend eine grundsätzliche, der Regelung des Verhältnisses zwischen Gemeinderat und Bürgerausschuß dienende, weitere Bedeutung kommt dem Satz nicht zu. Er spricht lediglich aus, was auch ohne ihn rechtens gewesen wäre. Also in der Vorlage der Gem.-Ordg. vom Jahre 1921 haben diese beiden Sätze gefehlt. Die Verhandlungen lassen nicht erkennen, daß man mit der Einschaltung dieser beiden Sätze irgend etwas Grundsätzliches

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Glockner** [D. Dem. P.])

ändern wollte; was sonst in der Gemeindeordnung steht, muß zur Erläuterung des Verhältnisses von Bürgerausschuß und Gemeinderat durchaus genügen.

Ich wiederhole aber: ein Beschluß des Bürgerausschusses für sich allein hat gemeinderechtlich keine Bedeutung, und der Bürgerausschuß kann, wie der Herr Kollege Gündert auch hervorgehoben hat, den Gemeinderat nach dem bestehenden Recht nicht zwingen, einen von ihm gefaßten Beschluß auszuführen, wenn der Gemeinderat nicht sich diesen Beschluß zu eigen macht. Daß dies aber die Voraussetzung einer Beschlußfassung im Bürgerausschuß sein soll, daß der Gemeinderat sich zuerst diesen Beschluß zu eigen machen muß, das steht nicht in der Gemeindeordnung und ergibt sich auch nicht mit Notwendigkeit aus der Gem.-Ordg., wie dies der Erlaß des Ministeriums des Innern besagt, und wie dies in der Verordnung vom 30. März 1922 über die Geschäftsordnung für die Bürgerausschüsse und Gemeindeversammlungen in den großen und mittleren Gemeinden bestimmt ist. Dort ist gesagt: „Abänderungsanträge können zur Abstimmung nur dann kommen, wenn sie die Zustimmung des Gemeinderats erhalten haben." Dieser Satz folgt nach meiner Meinung weder aus dem Wortlaut der Gemeindeordnung, noch aus ihrem Sinn. Es steht daher m. E. gesetzlich nichts im Wege, daß der Bürgerausschuß auch Beschlüsse faßt, die der Gemeinderat sich noch nicht zu eigen gemacht hat. Der Beschluß erhält aber nur dann die Bedeutung eines Gemeindebeschlusses, wenn der Gemeinderat ihn seinerseits zum Gemeinderatsbeschluß erhoben hat. Ob es, wenn der Gemeinderat das nachträglich tut, dann notwendig ist, ihn nochmals dem Bürgerausschuß vorzulegen, zu der dann (lediglich formellen) Zustimmung, das scheint mir von sehr untergeordneter Bedeutung. Man wird wohl einen gesetzlichen Gemeindebeschluß auch dann als vorliegend anerkennen können, wenn der Bürgerausschuß zuerst beschlossen hat und nachträglich ein entsprechender Beschluß des Gemeinderates dazu kommt. Ohne diesen Beschluß des Gemeinderates ist, wie schon erwähnt, der Bürgerausschußbeschluß für sich ohne Bedeutung und zur Fassung eines solchen Gemeinderatsbeschlusses kann der Bürgerausschuß den Gemeinderat nicht zwingen. Damit käme man m. E. zu einer auch vom Standpunkt der Praxis aus befriedigenden, den heutigen Anschauungen mehr als die vom Ministerium verlangte Behandlung, entsprechenden Lösung, ohne eine grundsätzliche Änderung der Gemeindeordnung hinsichtlich des Verhältnisses vom Bürgerausschuß und Gemeinderat (Sehr gut!). Einer solchen Änderung vermöchte ich nicht ohne weiteres zuzustimmen. Der Herr Kollege Gündert hat eben gemeint, die Sache sollte möglichst bald durch eine Novelle zur Gemeindeordnung geregelt werden, er hat aber selbst beigefügt, mit einer kleineren Änderung lasse sich das nicht machen. Wenn die Sache in dem Sinne geregelt werden sollte, wie er es meinte, würde der ganze Aufbau unserer Gemeindeordnung umgearbeitet werden müssen, und das haben wir im Jahre 1921 aus wohlüberlegten Gründen nicht gemacht. Ich war nicht bei der ganzen Beratung der Gemeindeordnung vom Jahre 1921 im Ausschuß zugegen, während der 1. Lesung war ich zum großen Teil abgehalten durch andere Ausschußsitzungen. Ich bin nur in einem späteren Stadium dazu gekommen, ich war aber schon in einer vorbereitenden Kommission vom Ministerium des Innern zu den Vorarbeiten zugezogen, die schon im Jahre 1919 mit ihren Beratungen begonnen hat, und die Frage der Umgestaltung unserer Gemeindeordnung entweder im Sinne der Magistratsverfassung oder im Sinne der Bürgermeistereiverfassung stand damals schon auf der Tagesordnung. Der Herr Minister des Innern erinnert sich daran. Es lagen Vorschläge des Mannheimer Oberbürgermeisters vor, die Frage ist nach allen Seiten durchgesprochen worden, und man hat sich überzeugt, daß keine zwingende Notwendigkeit vorliegt, von dem seitherigen in bald hundertjähriger Entwicklung bewährten System unserer Gemeindeordnung abzugehen. Es jetzt aufzugeben, würde mir ebenso bedenklich erscheinen, wie es uns damals bedenklich erschienen ist. Ich glaube deswegen, daß man suchen müßte, einen Weg zu finden, der die praktischen Schwierigkeiten vermeidet und ich meine, man könnte den Weg, den ich angedeutet habe, beschreiten, und könnte das, worüber die Bürgerausschüsse — nicht ohne Grund will ich einmal sagen — sich erregt haben, vermeiden dadurch, daß man jene Verordnungsbestimmung vom 30. März 1922 sowohl für die großen und mittleren Gemeinden aufhebt, als auch in den Städten nicht zur Anwendung bringt. Mit der Selbstverwaltung hat allerdings diese ganze Frage nichts zu tun, (Minister des Innern **Remmele**: Sehr richtig!) denn auch der Gemeinderat ist ebenso, wie der Bürgerausschuß, eine Vertretung der Bürgerschaft, die von der Bürgerschaft bestellt ist. Es handelt sich lediglich um die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen zwei Organen der Gemeinde, dem Bürgerausschuß und dem Gemeinderat.

Mit den Ausführungen, glaube ich, kann ich abschließen und im übrigen nur wiederholen, was ich gestern schon gesagt habe, daß wir die innere Verwaltung für gut erachten, und daß wir der Tätigkeit des Herrn Ministers und seiner Beamten auf diesem Gebiete unsere Anerkennung zollen.

Abg. **Schreck** (Komm. P.):

Von sozialdemokratischer Seite ist uns heute morgen ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß wir nicht die Absicht haben, diesem Staatsvoranschlag unsere Zustimmung zu geben. Es wird behauptet, daß wir damit bekunden, daß wir dem unteren Beamten nichts geben wollen und nicht daran denken, ihm etwas zu geben. Das ist natürlich eine lächerliche Behauptung. Es gab bessere Zeiten der sozialdemokratischen Bewegung, wo diese Partei genau wie wir heutzutage aus grundsätzlichen Erwägungen den Etat des kapitalistischen Staates abgelehnt hat. Aus grundsätzlichen Erwägungen lehnen auch wir ihn ab. Trotz alledem geben wir uns Mühe, denselben zu verbessern, weil wir glauben, daß auch in diesem Hause und in allen Parlamenten trotz allem noch Leute sitzen, die kleinen Verbesserungsanträgen zugänglich sind, wenn sie auch durch dick und dünn die Interessen der herrschenden Gesellschaft vertreten. Der Staatsvoranschlag eines jeden Landes bringt die bestehenden Machtverhältnisse zum Ausdruck. Wenn wir den Staatsvoranschlag eines kapitalistischen Staates, eines bürgerlichen Staates beraten, sind wir uns klar darüber, daß im Staatsvoranschlag die Machtverhältnisse, die heute bestehen, ganz klipp und klar zum Ausdruck kommen, und ein einziger Blick auf diesen vorliegenden Staatsvoranschlag beweist die Richtigkeit unserer Auffassung. Dieser Voranschlag hat in allen seinen Teilen, wo es für höchste Beamte und für hohe Beamte zu sorgen gilt, überall große Summen zur Verfügung, jedoch für die Kleinen nichts weiter übrig als Hungergehälter, die nicht zum Leben ausreichen. Dieser Staatsvoranschlag hat weiter für die Sicherung dieses Staates den allergrößten Geldbetrag ausgeworfen, der überhaupt zur Debatte steht. Unter Sicherung des Staates ist natürlich die Sicherung der kapitalistischen Gesellschaft zu verstehen. Sonst nichts. Jeder Staat, ganz gleich, wo er liegt auf dieser Erde, ist ein Klassenstaat. Der Staatsapparat an und für sich ist nichts als das Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse über die Klasse, die beherrscht wird. In Deutschland herrscht, das wird niemand bestreiten, noch immer die besitzende kapitalistische Klasse, und sie sichert sich in ihrem Staatsvoranschlag das Machtinstrument, um die besitzlose Klasse, das Proletariat Deutschlands, beherrschen und unterdrücken zu können. Das ist der wahre, einzige Sinn dieses Staatsvoranschlages, und von diesem Gesichtspunkt aus muß er behandelt werden. Ich weiß, daß die bürgerliche Auffassung

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

vom Staat eine andere ist. Die bürgerliche Auffassung vom Staat ist die, daß der Staat gewissermaßen der Faktor sei, der jeden einzelnen Staatsbürger zu seinem Recht zu verhelfen habe usw. Diese Dinge sind theoretisch nicht haltbar. Theoretisch ist klar und praktisch wirkt sich jeden Tag aus, daß die Staatsmaschinerie dazu da ist, um einen Teil der Staatsbürger zu unterdrücken, um die Mittel aus ihnen herauszuholen, die dazu dienen, dem anderen Teil ein Drohnenleben zu garantieren, und um die menschliche Ausbeutung in diesem Staate für alle Ewigkeiten aufrechtzuerhalten. Von diesem Gesichtspunkt aus behandeln wir diesen Staat; von diesem Gesichtspunkt aus nehmen wir Stellung zu diesem Staat, und von diesem Gesichtspunkt aus hat die Sozialdemokratie in ihren besseren Tagen immer ihre Stellung zu diesem Staat eingenommen. Was sie heute tut, tut sie in Rücksicht auf Ministersessel, was sie heute tut, ist die Preisgabe aller sozialistischen Grundsätze. Die demokratische Republik, wie sie heute ist, wird uns gepriesen als ein Staat, in dem es möglich sein soll, wie von sozialdemokratischer Seite behauptet wird, zum Sozialismus zu kommen. Man sagt, das ist der Weg über die Demokratie zum Sozialismus. Wir haben als Sozialisten von vornherein gewußt, daß dieser Schluß ein Trugschluß ist. Daß es über diesen demokratischen Staat nicht zum Sozialismus geht, sondern daß dieser demokratische Staat das Staatswesen ist, in dem die kapitalistische Ausbeutung am vollendetsten getrieben wird, viel besser als im alten monarchistischen Staat, wird in Arbeiterkreisen immer mehr eingesehen. In der demokratischen Republik ist die Ausbeutung des Proletariats, der kleinen Bauern, der Beamten und Mittelständler vollkommen. Wir haben das immer vorausgesagt, und haben deswegen unsere Stellung zu dieser demokratischen Republik von vornherein bezogen, indem wir sagten: Wir kommen nicht durch Demokratie zum Sozialismus. Wenn wir zum Sozialismus kommen wollen, dann müssen wir diesen bürgerlich kapitalistischen Staat mit seinem Apparat zertrümmern und müssen an seiner Stelle aufbauen den Staat der Arbeiter. Dieser Staat der Arbeiter und der Kleinbauern wäre wiederum ein Klassenstaat. Es wäre der Staat, in dem die Klasse der Arbeiter, der Kleinbauern, der kleinen Leute herrscht über die Bourgeoisie, welche heute über die Arbeiter herrscht. Dieser Staat ist heute in Sowjetrußland aufgerichtet. Wir sagen aber vornherein, daß dieser russische Staat und der Staat, den wir haben müssen, nicht unser Ideal ist, wir sagen, daß die freiheitliche Entwicklung des Menschengeschlechtes am Ende stehen wird. Aus dieser Diktatur des Proletariats wird die klassenlose Gesellschaft entstehen. In dieser Gesellschaft werden die Klassengegensätze aufgehoben sein, nachdem man die Bourgeoisie zur Arbeit gezwungen hat, nachdem man sie gezwungen hat, ein nutzbringendes Dasein zu führen, aber nicht mehr ein Drohnenleben. In dieser Ordnung werden alle Menschen arbeiten und alle Menschen zu essen haben. Wir wissen, daß dieser Zustand nur erreicht werden kann durch einen Übergangsstaat, der vielleicht ein Menschenalter dauert, in welchem diese korrupte Klasse, die seit Jahrhunderten herrscht, zur Arbeit gezwungen werden muß. Erst dann, wenn das erreicht ist, erst dann wird man davon sprechen können, daß der Staat nicht mehr notwendig ist, daß die kommunistische klassenlose Gesellschaft aufgebaut wird. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, daß wir in den Vordergrund unserer Betrachtungen stellen: Wie erreichen wir auf dem schnellsten Wege die Diktatur des Proletariats, wie erreichen wir auf dem schnellsten Wege die deutsche Räterepublik (Lebhafte Zurufe!), wie errichten wir am schnellsten eine Herrschaft der Arbeiter und Bauern. Und wenn ich das hier offen ausspreche, dann verrate ich kein Geheimnis, das hat schon Karl Marx ausgesprochen im kommunistischen Manifest. Karl Marx hat auch später in Briefen an Kugelmann und Engels ausdrücklich diese Diktatur des Proletariats behandelt als das Übergangsstadium, als den Staat, den die Arbeiterklasse sich aufrichten muß. Wenn die Sozialdemokratie das heute verleugnet, so gibt sie damit nur offen ihr Renegatentum zu (Zuruf bei der Sozialdemokratie: Ihr habt es nicht verstanden!).

Nun noch zur Regierung ein paar Worte. Im Etat werden die Mittel angefordert, die der Staatsregierung bewilligt werden sollen. Unsere grundsätzliche Auffassung ist, daß die Regierung eines bürgerlich kapitalistischen Staates weiter nichts ist, als der Geschäftsführer der Kapitalisten in diesem Staat, als das Direktorium der kapitalistischen Klasse, das auszuführen hat, was diese Kapitalisten bestimmen. Und wie bestimmen sie das? Indem sie das parlamentarische System vortäuschen. Diese Klasse, die die Schule beherrscht, die die kleinen Kinder von Anfang an, wenn sie auf die Welt kommen, drillt in ihrem Geiste, diese kapitalistische Klasse, die die Kirche beherrscht, die die Kirchen dazu benutzt, um das Volk zu verdummen, jahraus, jahrein zu vertrösten auf eine bessere Seligkeit im Jenseits, damit es recht geduldig bleiben soll, diese Klasse redet von „Demokratie". Es heißt, es ist schwerer, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in den Himmel komme, aber es ist doch so, daß sie selbst sehr reich sind —, das ist die alte Methode, das Volk geduldig zu machen und auf den Himmel zu vertrösten, wo die ewige Seligkeit wächst. Aber die Völker, die das geglaubt haben und die Völker draußen, die das heute noch glauben, denen geht immer mehr ein Licht auf, daß sie benutzt werden im Dienste der herrschenden Gesellschaft, daß sie verdummt werden im Interesse der Großkapitalisten, und das wird auf die Dauer nicht gehen (Zurufe beim Zentrum). Meine Herren vom Zentrum! Wenn Sie in Ihrer Partei einen Glöckner haben, der aus dem Betrieb Tausende und Abertausende von Arbeitern auf die Straße geworfen hat, ohne Rücksicht darauf, wie lange sie schon im Betriebe tätig waren, der für 200 000 Mark sein Reichstagsmandat gekauft hat — das ist doch bekannt —, so zeigt das deutlich das Wesen der Demokratie. Herr Glöckner hat mit diesen 200 000 Mark, die er gezahlt hat, sein Reichstagsmandat erschlichen. Diese Patentherrscher, diese Kapitalisten haben Sie in Ihrer Partei. Sie reden von Arbeiterfreundlichkeit und haben in Ihrer Partei diese Kadetten, die die Arbeiter schuhriegeln und peinigen und aussaugen bis aufs Blut, und ihre Familien dem Elend überantworten. Herr Heurich sagte: Alle Kommunisten der Welt haben nicht so viel „Verdienst" wie dieser Herr Glöckner, das möchte ich glauben; denn Herr Glöckner lebt von dem Schweiß der Proletarier. Der Herr Glöckner und der Herr Thyssen — ersterer der Busenfreund vom Herrn Kollegen Heurich, der Arbeitervertreter ist (Lebhafte Zurufe — Heiterkeit). Herr Heurich hat vorhin Herrn Glöckner mit großen Worten verteidigt, so daß die Busenfreundschaft vollkommen klargelegt und erwiesen ist. Unentwegt im Dienst der großen Kapitalisten, das war noch immer die Tätigkeit der Zentrumspartei.

Der Herr Abg. Dr. Hoffmann hat heute davon gesprochen, daß er eine freiheitliche Republik anstrebt. Ich habe schon vorhin meine grundsätzliche Auffassung zu diesem Staat, zu diesem Klassenstaat mit seinem Machtapparat gesagt und betont, daß von einer freiheitlichen Republik natürlich keine Rede sein kann. Die Republik mit ihrem Herrschaftsapparat ist ein Zwangsinstrument zur Unterdrückung der Arbeiter und Kleinbauern, um sie ausbeuten zu können. Ich habe meine eigenen Dinge damit erlebt. Ich war vor einigen Jahren in Mannheim Betriebsrat in einem größeren Betrieb und habe da einen Arbeiterstreik miterlebt. In ganz kurzer Zeit war die Straße mit Polizei abgesperrt, und die Polizei des Herrn Remmele hat die Leute fest verwalkt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

Das ist eine Tatsache. In demselben Augenblick, in dem die Arbeiter versuchen, ihren Frauen und ihren Kindern ein Stückchen Brot mehr zu erringen, kriegen sie von der demokratischen Polizei Prügel, daß sie die Wände hinauflaufen (Heiterkeit). Das ist ein Zeichen für die „wahre Demokratie". Sie lachen, die Sozialdemokraten! Sie wissen es ganz genau. Sie wissen auch, daß es Tatsachen sind, aber sie wollen es nicht zugeben.

Aber noch ein anderes: Die demokratische Republik hat die Justiz zur Verfügung, die Justiz, um die rebellierenden Arbeiter niederzuhalten, und hat einen famosen christlichen Justizminister, der in ganz Baden keinen kommunistischen Abgeordneten zu den Opfern der Klassenjustiz hineinläßt. In Bazillien drüben kann jeder kommunistische Abgeordnete hinein (Heiterkeit). Ja, ich sage, in Bazillien, das man als Horthy-Staat hinstellt, ist man freiheitlicher. Dort kann ein Arbeiter, ein kommunistischer Abgeordneter eher auftreten, als in dem freien Musterstaat Baden. Wie dieser famose Christ auf dem Ministersessel das Christentum auffaßt, spricht Bände für das Christentum (Zuruf: Unverschämtheit!). Im Gefängnis verblöden die Arbeiter, die nichts weiter getan haben, als versucht, einen einzigen Tag frei zu sein (Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. **Baumgartner** (unterbrechend):

Ich möchte den Herrn Abgeordneten darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, von dem Herrn Minister als einem famosen Christen zu sprechen. Ich muß den Ausdruck rügen.

Abg. **Schreck** (fortfahrend):

Ich sage, in den badischen Gefängnissen und auch in allen Gefängnissen der Welt, in denen ein Mensch nur einige Jahre sitzen muß, ist er, wenn er geistig noch etwas auf der Höhe ist, der Verblödung anheim gegeben. Ich habe erst vorgestern im „Vorwärts" eine Tabelle gelesen, die eine Aufstellung darüber enthielt, wieviele von diesen Leuten verblödet, buchstäblich verrückt geworden oder wieviele Selbstmorde usw. vorgekommen sind. Wenn diese Menschen dann nach Jahren aus diesen Gefängnissen herauskommen, werden sie nie wieder zu einem brauchbaren Gliede der menschlichen Gesellschaft werden. Das, sage ich, hat diese Regierung und dieser Minister auf dem Gewissen, der die Leute von außen absperrt, der niemand hineinläßt. Wenn es drüben in Württemberg so weit ist, daß dort ein Deutschnationaler, ein Herr, der doch eigentlich unser schärferer politischer Gegner ist, den Gefangenenbesuch in solch weitem Maße zuläßt, so zeigt das Gegenstück in Baden das famose Christentum, wie ich vorhin schon sagte. Aber die Gefängnisgreuel genügen den badischen famosen „Demokraten" nicht, sie peinigen ihre Opfer auch dann noch, wenn sie aus den Gefängnissen heraus sind.

Ich habe vor mir eine Zuschrift, aus der hervorgeht, daß ein Genosse von uns, ein Mann, der, weil er gewußt haben sollte, daß irgendwo Waffen waren, wegen Beihilfe zum Hochverrat verurteilt worden ist. Dieser Mann, der Frau und vier Kinder hat, bewarb sich, als er aus dem Gefängnis herauskam, bei dem Bezirksamt in Markdorf um einen Wandergewerbeschein, weil er die Möglichkeit hatte, mit irgend welchen Waren zu handeln — ein Meister stellte ihm solche freiwillig zur Verfügung. Dieser Genosse, der ein ehrenhafter Mann ist, der nie im Leben eine Strafe, nicht einmal eine Polizeistrafe, gehabt hat, dieser Mann, der nur gewagt hat, einen einzigen Tag seine Meinung offen zu vertreten, erhielt nicht den Wandergewerbeschein. Dieser Mann wird heute mit seinen vier Kindern buchstäblich dem Hungertode ausgeliefert, von und in dieser famosen demokratischen Republik. Sie gibt ihm nicht einmal einen Wandergewerbeschein. Der Mann ist 60 Prozent Kriegsinvalide. Er ist für das Vaterland, wie Sie sagen, hinausgeschickt worden, und heute wird er von diesem Staate dem Hungertode ausgeliefert. Das ist das Wesen der demokratischen Republik. Das wissen wir, und alle schönen Worte, die von Zentrumsseite fallen, machen uns daran nicht irre, daß dieser Staat mit größter Brutalität gegen seine politischen Gegner vorgeht. Sie haben keine Ursache, auf Sowjet-Rußland zu schimpfen. Rußland sagt offen und ehrlich, wir haben die Diktatur des Proletariats. Sie sagen: wir haben die Demokratie, und haben in Wirklichkeit eine Diktatur, die alles, was ihren Plänen entgegensteht, in solchem Ausmaße brutalisiert, daß es auf die Dauer unerträglich wird. Ich sage, diesen Mann mit seinen vier Kindern hat diese Regierung auf dem Gewissen. Diese Regierung verweigert ihm den Gewerbeschein, damit nimmt sie der Familie das Brot. Der Herr Abg. Dr. Hoffmann hat heute gesagt, daß das Christentum das Fundament der politischen Arbeit des Zentrums ist. Mein Herr, ich habe hier ein Beispiel gezeigt, wie das Christentum das Fundament der politischen Arbeit des Zentrums ist. Ein derartiges Wort gelassen auszusprechen, wie es der Herr Abg. Dr. Hoffmann heute wohl getan hat, dazu gehört entweder Blindheit oder aber — ich muß mir den Ausdruck sparen, um nicht zur Ordnung gerufen zu werden —, Blindheit oder aber — na, denken Sie sich das, was ich sagen will (Sehr gut!). Ich habe aber eine hohe Meinung von dem Herrn Hoffmann. Er ist ein junger Mann, der noch nicht so verknöchert ist, der noch öfters eine schneidige Attacke reitet. So glaube ich, daß ihm dieses Wort entschlüpft ist; er ist sicher noch im Glauben, daß die Sache so ist. Wenn er aber ehrlich die Sache überdenken würde, müßte er zu anderer Überzeugung kommen. Dann würde ihm aber der Herr General Schofer die Kandare anlegen, daß er bald nicht mehr anders könnte (Heiterkeit).

Sie sagen, die Wirtschaftskrisis, die in Deutschland, in Europa, ja auf der ganzen Welt ist, wird bald vorübergehen. Der Herr Abg. Heurich sagt: na, 10 bis 20 Jahre werden wir mit Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Der Herr Abg. Dr. Glockner sagt: Es dauert nur 5 Jahre oder noch nicht einmal so lange. Wenn man alles das hört und stellt sich vor, daß das Volksvertreter sagen, Politiker, die sich doch über die Weltwirtschaft einen Überblick machen sollten, so könnte man sich an den Kopf greifen (Heiterkeit — Zuruf). Es ist doch wirklich so. (Zum Abg. Dr. Glockner): Daß Sie, mit 24—25 000 Mark Jahreseinkommen darüber lachen, kann ich verstehen (Abg. Dr. Glockner: Na, na!). Die anderen Leute aber, die in der Woche 10 Mark Arbeitslosenunterstützung bekommen, lachen nicht, die haben eine andere Auffassung. Die Sache ist doch, wie sie der Herr Heurich geschildert hat. Er hat nur vergessen, die Konsequenzen zu ziehen. Das vergißt man beim Zentrum immer. Man schildert eine Sache in radikaler Weise, zieht aber keine Konsequenzen, hier und auf allen anderen Gebieten. Damit kann man draußen sagen: Seht, wie schön wir die Sache geschildert haben (Abg. Heurich: Hätten Sie Spaß an mir?). Dann müßten Sie erst einmal 6 Wochen in Buggingen schaffen, damit Sie schmäler würden, dann schon eher.

Die Ursachen der Krisis sind folgende: Das hat auch Karl Marx vorausgesagt. Er hat einmal gesagt, daß in diesem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Schreck** [Komm. P.])

kapitalistischen Entwicklungsprozeß der Zeitpunkt kommen wird, wo der kapitalistische Produktionsapparat sich viel schneller entwickle, als die Absatzmöglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft gegeben sei. Vor 1914 war die Erde aufgeteilt. Weil nun die Kapitalisten aller Staaten im eigenen Lande ihre Waren nicht mehr absetzen konnten, weil sie überall auf der Welt Absatzmärkte suchten und keine mehr finden konnten, machten sie den Weltkrieg. Deswegen versuchten sie, sich gegenseitig die Absatzmärkte abzujagen. Nun hat jeder Staat den Weltkrieg gemacht in dem Glauben, man könne damit neue Absatzgebiete erhalten. Man hat 4½ Jahre lang keine Friedensprodukte in Europa fabriziert, sondern nur für den Krieg. So mußten die ehemaligen Absatzgebiete natürlich eine selbständige Industrie schaffen, um sich diese fehlenden Friedensprodukte selber herzustellen. So sind in Südafrika, in China, in Japan und in Indien Großindustrien entstanden, die heute bereits auf dem Weltmarkt mitkonkurrieren. Und nun muß man doch nur bedenken, warum im Jahre 1914 der Krieg entstand? Einfach doch deshalb, weil im Jahre 1914 der Weltmarkt zu eng war. Wenn man das erkannt hat, dann ist es doch einfach unverständlich, wie man heute, im Jahre 1926 — nachdem die Industrie überall vergrößert worden ist und neue Möglichkeiten geschaffen hat, Konkurrenz auszuüben — davon reden kann, in fünf Jahren würden wir keine Arbeitslosigkeit mehr haben! Wie man eine solche Behauptung aufstellen kann, das ist etwas, was man nicht zu begreifen vermag. Ich sage Ihnen, im Gegenteil, diese Arbeitslosigkeit, wie sie jetzt in Deutschland besteht, wird eine Dauerarbeitslosigkeit werden! Millionen Menschen in Deutschland werden keine Arbeit mehr bekommen. Gewiß gibt es Millionen von Menschen, die vielleicht für vier oder sechs Wochen irgendwo unterschlupfen, aber zu einer regelrechten Arbeit, einer regelrechten Beschäftigung für diese Leute ist in Deutschland keine Spur von Möglichkeit mehr vorhanden! Es kann keine Rede mehr davon sein.

Und warum ist keine Rede mehr davon? Die Antwort lautet: weil auf Grund der kapitalistischen Gesellschaftsordnung der ganze Produktionsprozeß verstopft ist! Weil auf Grund dessen, daß man nur mit Profit produzieren will, man eben nicht weitere Absatzmärkte finden kann; und man findet sie deshalb nicht, weil einfach keine weiteren vorhanden sind. Wenn die Leute wieder in Arbeit gebracht werden sollen, so wäre das nur auf dem Wege zu ermöglichen, daß eine Bedarfswirtschaft einsetzt, in welcher man sagen würde: „Was die Menschheit braucht, das wird fabriziert". Es müßte erreicht werden, daß die Arbeit auf Grund eines besser geordneten Produktionsprozesses verrichtet wird, dann könnte Arbeitslosigkeit vermieden werden, dann könnten alle Menschen auf der Welt Arbeit und Brot haben. Aber ich betone noch einmal: Im Wesen der kapitalistischen Gesellschaft liegt es begründet, daß sie nur arbeiten kann, wo ihr der Profit winkt; es geht aus ihrem eigensten Wesen hervor, daß sie nicht daran denkt, auch nur eine einzige Minute ohne Profit zu arbeiten. Ich brauche Sie ja nur an ein Wort zu erinnern, das schon der alte August Bebel gesprochen hat: „Ohne Profit raucht kein Schornstein!"

Wenn also die Arbeiterklasse Arbeit haben will, dann ist sie gezwungen, diese kapitalistische Gesellschaft mit ihrer Wirtschaftsordnung zu stürzen und an ihre Stelle die Bedarfswirtschaft zu setzen. Wenn wir also heute aussprechen, daß damit der einzige Ausweg aus den heutigen Verhältnissen gezeigt ist (Zuruf), dann stehe doch einer hier auf und sage mir einen anderen Weg! Sie alle können mir keinen anderen sagen. Der einzige Ausweg, den es gibt, lautet: Sturz des Kapitalismus — Aufrichtung einer Bedarfswirtschaft! Denn der Kapitalismus wird keine Bedarfswirtschaft aufrichten, weil er zu eng an den Profit gebunden ist (Zuruf vom Zentrum: Mehr Worte!) Weil wir das erkannt haben, sind wir Todfeinde dieses kapitalistischen Systems, wie wir es heute noch haben und deswegen werden wir es bekämpfen bis zum letzten Atemzuge (Lachen und Zurufe rechts), wir werden kämpfen, bis wir die proletarische Diktatur haben. Unter der proletarischen Diktatur aber werden wir dann dafür sorgen, daß diess ganze System — dann aber auch restlos — vom Erdball verschwindet. Wenn wir so handeln, dann glauben wir, damit das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft zu vertreten, ebenso aber auch das Interesse der kleinen Bauern, und ebenso vertreten wir damit die Interessen der Beamten und Angestellten, die derartig niedrige Löhne und Gehälter haben, wie sie heute hier schon besprochen worden sind; wir glauben damit nur eine Art von Interessen nicht zu vertreten: die Interessen derjenigen, die leben von dem Schweiß der anderen, die ein Interesse daran haben, daß das alte System erhalten wird! (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Von was leben denn Sie?). Ich lebe von meiner Hände Arbeit, ich habe noch immer gearbeitet (Zuruf von rechts: Und von was hier? Auch jetzt?). Auch jetzt und hier. Ich lebe immer noch von meiner Hände Arbeit, ich habe mein ganzes Leben lang gearbeitet (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Wir auch! — Zum Abg. D. Mayer-Karlsruhe gewendet:) Von was leben denn Sie? (Rufe von der Rechten: Wir arbeiten auch! — Erregte Zurufe von kommunistischer Seite, Gegenzurufe von der Rechten — Glocke des Präsidenten — Zuruf rechts: Dummes Geschwätz!).

Es ist also der Zusammenbruch Mitteleuropas gewesen, der das Problem auf die Tagesordnung gestellt hat, über das Sie heute noch lachen, das Problem der Weltrevolution. Wir wissen, es wurde heute von einem Zentrumsredner gesagt — hier vom Herrn Heurich —: „die Kommunisten reden von der Weltrevolution — aber die Weltrevolution geht immer weiter zurück!" Schlafen Sie nur ruhig auf diesen Lorbeeren weiter; wir werden schon dafür sorgen, daß sie ihren Gang geht (Zuruf aus dem Zentrum: Sie nicht!). Und die Klassenkämpfe, die heutige Entwicklung mit ihren Kämpfen, sie werden uns dabei helfen. Wenn Sie nach England hinübersehen, dann sollte Ihnen dasjenige, was dort drüben vorgeht, so ein bißchen als Wetterleuchten erscheinen; es sollte Ihnen zeigen, wie es eigentlich aussieht (Große Unruhe — Zurufe. — Redner darauf:) Aus Rußland können Sie mir keine Klassenkämpfe berichten (Erneute Zurufe — Glocke des Präsidenten). Da mögen Sie Schauermärchen vorbringen, welche Sie wollen, die Tatsache steht fest: In Rußland spielt heutzutage die Bourgeoisie keine Rolle mehr, sie ist erledigt, und deswegen kann man drüben auch nicht mehr von Klassenkämpfen sprechen! (Zuruf aus dem Zentrum: Freilich gibt es keine mehr: sie verhungern! — Auf weitere Zurufe:) In Deutschland geht der weiße Tod um: die kleinen Kinder kommen auf die Welt (Zuruf vom Zentrum und Heiterkeit) und sterben wieder. (Weiterer Zuruf aus dem Zentrum. — Unruhe. — Glocke des Präsidenten. — Zuruf rechts: In Rußland sterben auch Kinder!). Aber in Deutschland sterben sie in Massen an Kinderkrankheiten und Hunger: an dem zusammenbrechenden, verelendenden und absterbenden Kapitalismus! In Rußland aber baut man eine neue Welt auf (Zurufe). Und wenn Sie das nicht glauben wollen (zum Zentrum gewendet), dann will ich Ihnen nur ein einziges Beispiel sagen: Vor drei Wochen stand auch in einer Ihrer Zeitungen, im „Badischen Beobachter", daß die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

russische Regierung in Düsseldorf die größte dort befindliche Maschinenfabrik, eine Lokomotivfabrik aufgekauft hat, daß sie diese Fabrik jetzt mit Stumpf und Stiel nach Rußland überführt und dort Lokomotiven fabriziert.

Also in Deutschland Abbruch, eine ungeheuere Arbeitslosigkeit! — und in Rußland: Aufbau, und infolgedessen mehr Beschäftigung. Wer das nicht sieht, dem kann man wirklich nicht helfen. Dieser Prozeß geht — Sie mögen das wollen oder mögen es nicht wollen! — unerbittlich vor sich! Die neue Welt der Arbeiter setzt sich gegen die alte durch. Die alte wehrt sich natürlich und tritt nicht etwa freiwillig ab: Deswegen müssen wir die Kräfte organisieren, die das Alte in den Orkus hinunterstoßen. Wir sind daran, das zu tun. (Unruhe — Glocke des Präsidenten — Zuruf des Abg. Großhans; Redner darauf:) Sie können ja ruhig schlafen! Für Sie ist ja die ganze Geschichte vollständig erledigt und vergessen, nicht wahr? Sie leben in bürgerlichen Kreisen, Sie haben bürgerliche Gedankengänge angenommen und sind der Vertreter eines Typs geworden, der leider oft vorkommt, es ist — beinahe hätte ich Spießer gesagt (Lebhafte Unruhe — Zurufe von sozialdemokratischer Seite und von der Rechten). Ich sage: Wenn man dieses Problem richtig überdenkt (Erneute Zurufe und Heiterkeit) — man kann darüber lachen, aber ich hoffe, daß Ihnen bald einmal eine Gänsehaut kommt (Glocke des Präsidenten) —; ich sage: Wenn man dieses Problem richtig überdenkt, dann kann man daran die Größe des geschichtlichen Verrats messen, der von der Sozialdemokratie verübt worden ist (Zuruf des Abg. Brümmer). Sie rühmen sich heute, von Stadt zu Stadt und landauf und landab, „wir haben Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet!" (Lebhafte Zurufe aus der sozialdemokratischen Fraktion). Bolschewismus: Das wäre Arbeit und Brot für Deutschland gewesen. (Zuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion: Sehr fanatisch!). Deutschland in Verbindung mit Rußland, da hätte in wenigen Jahren die deutsche Industrie zusammen mit der russischen Landwirtschaft vom Rheine bis zur Wolga und zum Ural ein Paradies aufbauen können (Erneuter Zuruf: Sehr fanatisch! — Zurufe aus der sozialdemokratischen Fraktion).

Hier tragt direkt Ihr (zu den Sozialdemokraten gewendet) die Verantwortung dafür, daß wir unser Leben und unsere Tage unter der kapitalistischen Wirtschaft verbringen müssen! (Zuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion: Dabei holt Ihr doch in Rußland Kapital herein!). Das ist richtig (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Also!). Gewiß, in Rußland holen sie Kapital herein, das ist richtig (Glocke des Präsidenten). Ich will Ihnen aber auch sagen, weshalb sie es hereinholen, einfach deshalb, weil Rußland jetzt seine Naturschätze heben muß. Um aber seine Naturschätze zu heben, muß Rußland Bahnen bauen, und das Kapital, das darin angelegt wird, wird sich erst in zehn, zwölf Jahren in der Weise auswirken, daß es etwas hereinbringt. Hier liegt der Grund, weshalb Rußland eben Kapital hereinholt. Und wenn die deutschen Arbeiter unter Führung der Sozialdemokraten nicht dieses Rußland verraten, wenn sie es nicht mit der weißen Garde überzogen hätten — wie im Baltikum, wo die weiße Garde auch von Deutschland Truppen erhalten hat —, dann wäre das heute längst nicht mehr nötig! Dann hätten wir gemeinsam mit Rußland eine neue proletarische Welt gegenüber der alten kapitalisten aufgebaut. (Zuruf von sozialdemokratischer Seite: Euere Arbeiter haben in Rußland andere hingeschlachtet!). Unsere Genossen haben in Rußland „Konterrevolutionäre" hingeschlachtet — und in Deutschland hat die Sozialdemokratie 20 000 revolutionäre Arbeiter hingeschlachtet (Zurufe). Jawohl, die Sozialdemokratie mit Noske an der Spitze! (Erregte Zurufe von sozialdemokratischer Seite: Unwahrheit, das glaubt ja niemand mehr!). Das ist geschichtlich bewiesene Tatsache; das kann kein Mnesch mehr bestreiten (Zurufe aus der sozialdemokratischen Fraktion: Das glauben Sie selbst nicht, was Sie schwätzen!). Na, ich wollte nur das sagen (Unterbrechung durch erneute Zurufe. — Abg. Brümmer: Das müssen Sie doch erst beweisen!). Das wollte ich gerade sagen: Wenn der Herr Abg. Brümmer das bestreitet, so können wir unzählige Versammlungen nennen, wo er das selbst behauptet hat (Abg. Brümmer: Das müssen Sie auch noch beweisen!). Nein!, das ist bewiesen.

Der Kapitalismus stirbt nicht so einfach, wie man das glaubt. Er wehrt sich; er hat seit Ende des Weltkrieges unzählige Konferenzen einberufen, um aus diesem Dilemma herauszukommen; aber alle Konferenzen waren umsonst. Die Konferenz von Locarno hat dann einen gewissen Grundstein gesetzt, von dem aus gearbeitet werden soll, um dieses Europa „zur Befriedung" zu bringen. Da war die ganze bürgerliche Gesellschaft und die Sozialdemokratie, die haben gesagt: „Deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte, seht Ihr dort am Horizonte den Silberstreif; jetzt wird es besser: Noch ein Jahr, dann wird die deutsche Industrie wieder voll arbeiten mit dem Gelde von Amerika und dann werden wir alle wieder Arbeit und Brot haben!"

Mit einem Zitat aus dem Erlkönig kann man sagen: „Mein Sohn, es war ein Nebelstreif" (Heiterkeit). Der Nebelstreif ist zerflogen; wir hatten das vorausgesagt, weil wir die geschichtliche Etappe auf Grund unserer marxistischen Kenntnisse ohne weiteres voraussagen konnten.

Diese Dinge, die heute eingetroffen sind, haben wieder einmal bewiesen, wie recht die Kommunisten gehabt haben, als sie sagten: die kapitalistische Gesellschaft ist heute nicht mehr erzeugungsfähig, sie kann auf ihrem Wege nur noch Trümmer hinterlassen, sie wird sterben, und wenn nicht die Arbeitermasse die Macht übernimmt, wird die kapitalistische Klasse die Arbeitermassen mit ins Verderben hinunterziehen. Weil wir das vermeiden wollen, deswegen führen wir den Kampf gegen dieses System.

Ich sage: jetzt hat sich bewiesen, daß Locarno und der Dawespakt und wie die Dinge alle heißen, Versprechungen waren, die sich nicht erfüllt haben. Man hat die deutschen Reichsbahnen verschachert, die „guten Patrioten" haben an die Ausländer, an die Erbfeinde, die Reichsbahnen verschachert. Wir haben uns dagegen gewehrt. Tausende von Arbeitern, Angestellten usw. der Reichsbahn hat man jetzt auf die Straße geworfen. Man hat Leute, die 30 und 40 Jahre im Dienst waren, entlassen, ohne Rücksicht auf ihre Familien. Wo ist da die christliche Nächstenliebe im demokratischen Staat und der Demokratismus in der Republik! Es wird einmal eine Zeit kommen, wo darüber ein Urteil gesprochen wird! Heute kann man es nur geschichtlich notieren und feststellen und es sich merken, damit man, wenn die Zeit kommt, dann auch sagen kann: „Landgraf, werde hart!" (Heiterkeit).

Deutschland ist eine Kolonie geworden. Und der Herr vom Zentrum drüben sagt, Deutschland müsse Kolonien haben. Da hätte man keinen Weltkrieg zu führen brauchen! Den Weltkrieg haben die kapitalistischen Staaten doch geführt um der Kolonien willen, und sie denken nicht daran, Deutschland wieder Kolonien zu geben. Vielleicht einmal so einen kleinen Brocken als Pfand, wenn es mitmacht, Rußland niederzuhauen. Wenn man Deutschland wieder Kolonien geben soll,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

dann hätte man keinen Weltkrieg zu machen brauchen; denn der Weltkrieg ist gemacht worden, um dem einen oder anderen diese Gebiete abzujagen. Kolonien sind also Utopien! „O seliger Garten Utopia!", kann man in diesem Falle mit Max Bartel sagen. Mit den Kolonien ist es also nichts.

Die kapitalistische Gesellschaft hat noch ein Mittel übrig; das ist die Aufrichtung ihrer eigenen Diktatur. Wir sehen es in ganz Europa: in Italien sind wir seit langem so weit, in Spanien sind wir so weit, die französische Bourgeoisie treibt dahin, in Portugal haben wir die Diktatur. Und wenn in Deutschland die Rationalisierung durchgeführt werden soll, wenn in Deutschland dieser Reinigungsprozeß der Betriebe durchgeführt werden soll, wenn diese Arbeitslosenunterstützungen, wie sie jetzt vorgeschlagen sind, diese Stufungen und alle diese Geschichten, durchgehen sollen — mit einem Wort: wenn man die Arbeiter niederhalten will, braucht man eine starke Regierung, und diese starke Regierung wird sich natürlich den „starken Mann" suchen. Ob der starke Mann nun direkt persönlich auftritt oder ob das Ding in parlamentarischen Formen gehalten wird, das ist die andere Frage.

Aber eines steht fest: Der aufmerksame Beobachter hat auch heute im badischen Parlament das sehen können: im badischen Parlament hat heute der Führe der Deutschen Volkspartei da hinten beim Zentrumsführer herumscharwenzelt, daß es eine Affenschande war! (Große Heiterkeit). Der Deutsche Volksparteiler, der Bürgermeister da hinten von Pforzheim (Heiterkeit), hat heute zweimal an einem einzigen Nachmittag die Sozialdemokratie beglückwünscht, daß der Herr Maier bald wieder gesund wird, und sich hinten beim Herrn Minister angebiedert, wie gut dessen Arbeit (?) ist. (Auf Zurufe von den Sozialdemokraten:) Wenn er tausend Jahre lebt, hätte ich nichts dagegen! — Aber das spricht Bände! Die große Koalition ist auf dem Marsch; und der Herr Abg. Bauer, der vorndran sitzt, hat sich heute mittag ein bißchen geschämt, als diese Dinge vor sich gegangen sind; er hat ein Gesicht gemacht, als wenn er Essig getrunken hätte (Große Heiterkeit). Das kommt daher, daß der Herr Abg. Bauer ein Mann von altem Schrot und Korn, ein echter Soldat ist, der weiß, was er will, und diese Dinge einfach nicht gerne sieht. Man war also heute geradezu erstaunt, das Schauspiel da drüben zu beobachten, wie der Herr Dr. Mattes — der bald Minister sein möchte — die Fraktion da herüberkommandiert (Heiterkeit). Ich sage, das ist für uns wiederum ganz verständlich und natürlich: die sich zuspitzenden Klassengegensätze in Deutschland brauchen eine starke Regierung; und der Kapitalismus, die Hochfinanz und die großen Fabrikbesitzer, die die Deutsche Volkspartei verkörpern, die sie hier vertreten, wollen natürlich mitbestimmen, wollen mitreden, wollen hier mitzusprechen haben, und deswegen drängen sie mit aller Kraft in die Regierung, um auch im badischen Lande bestimmen zu können. Das ist ein ganz natürlicher Vorgang, den Ihnen gar kein Mensch verübelt, wir wenigstens nicht; aber wir ziehen daraus unsere Schlüsse, wie ziehen daraus die Lehre, daß wir uns gegen diese neue Gefahr zu organisieren haben; wir zeigen der Arbeiterklasse draußen die Gefahr, die darin besteht, daß jetzt für die wirtschaftliche Diktatur auch in Baden der politische Überbau in der Regierung geschaffen werden soll. Dies den Arbeitern und den kleinen Leuten draußen zu signalisieren, das halten wir für eine Pflicht und für eine gute Aufgabe.

Die neue Regierung, die sich in Deutschland über kurz oder lang durchsetzen wird in der Form einer Diktatur, hat zum Zweck, die Rationalisierung durchzuführen. Die Rationalisierung bedeutet: Sicherung des kapitalistischen Profits, Mehrausbeutung der deutschen Arbeiter, Abbau aller Kultureinrichtungen — es ist ganz klar, daß man diese nicht mehr aufrecht erhalten kann — und natürlich ein Massenelend, Verproletarisierung. Schon gestern hat der Führer der Deutschen Volkspartei — oder war es Herr Dr. Glockner, das weiß ich im Augenblick nicht mehr genau — gesagt, man könne nicht daran denken, von Staats wegen den Wohnungsbau im Jahre 1927 so zu betreiben wie heute. Das zeigt schon ganz klipp und klar, daß man sich auch in diesen Kreisen klar darüber geworden ist, daß diese Kultureinrichtungen abgebaut werden müssen, um den kapitalistischen Profit zu sichern. (Auf Zuruf des Abg. Dr. Glockner:) Ich habe gesagt, ich weiß nicht genau, ob Sie es sagten oder Herr Dr. Mattes (Abg. Ritter: Dr. Mattes!); einer von beiden (Heiterkeit); ich meine, Sie sitzen nicht weit entfernt voneinander (Zuruf des Abg. Dr. Glockner). — Die Verproletarisierung der Massen wird weitere Fortschritte machen, das Massenelend in Deutschland wird stärker werden und die Bourgeoisie hat alles Interesse daran, sich jetzt zu sichern.

Da wirft nun Herr Dr. Hoffmann pathetisch die Frage auf: Ja, hat jeder Deutsche ein Vaterland? Das kann wiederum nur jemand vom Zentrum fragen! Die deutschen Werktätigen haben kein Vaterland, die deutschen Arbeiter haben von ihrem „Vaterland" nur Hunger und Elend, sie haben noch nie ein Vaterland gehabt. Das Vaterland war immer ein Besitztum der Reichen. Was wir unter „Vaterland" verstanden haben, das war vielleicht die heimatliche Wiese oder vielleicht ein Pfad irgendwo im Wald oder vielleicht auch die Stube, wo Mutter uns gelehrt hat. Das war aber alles! Alles andere vom Vaterland hat die herrschende Gesellschaft besessen, wir haben nichts davon gehabt; wir durften uns höchstens für Ihr Vaterland totschießen lassen! Das war alles! Die deutschen Arbeiter haben deswegen kein Vaterland, sie haben höchstens eine Heimat, aber kein Vaterland. Das Vaterland hat ihnen nur Opfer auferlegt und hat alles den Besitzenden in den Rachen geworfen, hat den Proleten ausgeplündert, hat den Armen genommen und den Reichen gegeben! Heinrich Heine hat ja seinerzeit das Weberlied vom Erzgebirge gesungen, worin schon die Stelle ist vom

„Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande,
Wo jede Blume früh geknickt,
Wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt."

Wenn er weiter sagt:

„Das Schifflein fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht, Alldeutschland wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch,
Wir weben, weben . . . ."

Der Mann hat es erkannt, was im Proletariat steckt; der Mann hat gesehen, welche Kraft in der Arbeiterklasse vorhanden ist und was seinerzeit vertausendfacht war, das ist heute vermillionfacht. In Deutschland sind heute Millionen von Arbeitern, die sagen: Ein Fluch diesem Vaterland, wo nur Schmach und Schande aufkommen, wo man nichts kennt als Hunger und Elend, wo unsere Kinder vom Hunger getötet werden, weil sich auf der anderen Seite der Geldsack die Tasche füllt. Das ist der Standpunkt des schaffenden Volks über diese deutsche Republik. Sie können es mir übel nehmen oder nicht; ich bin Prolet und spreche eine proletarische Sprache, so, wie es der Arbeiter in der Fabrik sagt. Der sagt das, was ich Ihnen hier sage; wenn Ihnen diese Töne

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

auch selten in die Ohren hinein klingen, so haben Sie eben die Fühlung mit diesem Proletariat, mit diesem Volk draußen verloren und es wird Zeit, daß Sie sie bald wieder suchen.

Dieses Proletariat wird über diesen Staat einmal zur Tagesordnung übergehen, sobald es sich stark genug fühlt. Die Masse wird vielleicht durch diesen großen Zeitungsapparat, über welchen Sie verfügen, einen Augenblick wieder einmal verdummt. Aber wenn die Proletarier mitten drin stehen im Fabrikbetrieb, im Elend, da sagen sie: Diese gottverdammte Rasselbande da draußen, wenn sie nur der Teufel holen würde! — und sie sind jeden Tag bereit, gegen diesen Staat Sturm zu laufen. Das ist heute die Stimmung im Volke, weil es so ausgeplündert wird wie kein anderes Volk mehr, weil es sieht, daß nirgends auf es Rücksicht genommen wird, weil man seine Kinder im Elend sterben läßt, ohne zu helfen, weil man die Frauen in die Fabriken hineinjagd, um die Familie durchhalten zu können, weil der weiße Tod in Deutschland eine dauernde Einrichtung geworden ist und Millionen des Proletariats, namentlich der Kinder, in den Hungertod getrieben worden sind.

Die Arbeiterklasse wird also gezwungen sein, wenn sie nicht sterben, nicht untergehen will in diesem System, in der Notwehr einen Abwehrkampf zu organisieren, und wir sind stolz darauf, zu sagen, daß wir dem deutschen Proletariat bei dieser Notwehr helfen werden. Wir werden die Führung, die Organisierung dieses Kampfes mit Stolz und Freude übernehmen, weil wir wissen, das Leben unserer Kinder, das Leben der zukünftigen Generation, der Menschen, die wir selber in die Welt gesetzt haben, hängt davon ab, ob das jetzige System bestehen bleibt oder nicht. Bleibt es bestehen, dann werden unsere Kinder keine Lebensmöglichkeit haben und werden eines jämmerlichen Hungertodes sterben müssen; wenn das System stürzt, dann werden unsere Kinder frei herrschen können auf der freien Scholle. Und weil wir die Verpflichtung in uns fühlen für die kommende Generation, und weil wir unsere Kinder lieb haben, deswegen sagen wir hier: das System muß gestürzt werden. Wir werden kämpfen mit unserer ganzen Kraft, mit unserer ganzen Energie, daß wir die Arbeiterklasse aufrufen zu jeder Zeit und jeder Stunde, wo wir es können, bis sie endlich stark genug ist, das Ende dieses Mordsystems herbeizuführen.

Es wurde heute gesagt — die Offenheit, mit der Herr Dr. Hoffmann es ausgesprochen hat, hat mich geradezu verblüfft —, daß die Polizei ein Ersatz ist für den Ausfall der Friedensarmee zur Sicherung gegen innere Unruhen. Da ist nun doch einmal deutlich ausgesprochen, was sonst immer verschwiegen wird. Ich bin dem Herrn Abg. Dr. Hoffmann dankbar dafür. Wir haben das immer gesagt in unseren Versammlungen, die Gegner aber haben es immer bestritten. Wir wissen, daß die deutsche Polizei und die badische Polizei, die der Herr Minister Remmele in der Hand hat, ein Instrument ist in der Hand der besitzenden Klasse zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiter, ein Instrument ist, die Arbeiter, wenn sie Hunger haben, wenn sie streiken, wenn sie mehr Brot wollen für ihre Kinder, wenn sie sich wehren gegen das Mordsystem, zusammen zu kartätschen mit Handgranaten und mit Tanks. Das ist das, was wir immer gewußt haben. Wenn der Herr Abg. Dr. Hoffmann das nun ausgesprochen und im gleichen Atemzug davon gesprochen hat, daß die Polizei besser bewaffnet werden muß, hat er sich eben nur zum Anwalt dieses Systems gemacht und damit — wenn es kein unüberlegtes Wort von ihm ist — hätte er sich selbst gerichtet.

Vom Reichsbanner sagt Herr Dr. Hoffmann, es sei wahrhaft christlich; im Reichsbanner herrsche ein grundsätzlich christlicher Geist. Feine Sache! Das Reichsbanner hat einen grundsätzlich christlichen Geist! Ich möchte einmal die Sozialdemokraten fragen, wie es ihnen dabei wird (Heiterkeit. — Zuruf: Anders!). Es zeigt dieser christliche Geist eben, daß es derselbe Geist ist, den ich vorhin bei der Polizei gekennzeichnet habe. Das Reichsbanner soll sein — so wünschen es die Herren in der Regierung, die Herren Bourgeois — ein Machtinstrument, um damit gegen die Arbeiter vorzugehen. Weil im Reichsbanner viele Arbeiter sind, und weil wir gottseidank auch Verbindungen haben (wir werden sie ruhig im Reichsbanner lassen), deswegen wird Ihre Rechnung falsch sein. Es werden die Arbeiter im Reichsbanner eines Tages der Regierung sagen: Ich pfeif dir was! Dafür laßt uns sorgen; im Reichsbanner werden wir ein schönes Stückchen Arbeit leisten (Zuruf von der sozialdemokratischen Fraktion: Das werden wir uns merken!). Ja, das können Sie sich ruhig merken.

Nun sagt der Herr Abg. Dr. Mattes: Die Staatsform ist gesichert! — Die Staatsform ist eben nicht gesichert, und zwar deswegen nicht, weil die Mehrheit des deutschen Volkes in diesem Staate nicht leben kann, weil dieser Staat der Mehrheit des Volkes kein Brot gibt, weil die Arbeiterschaft in den Fabriken bei elendester Bezahlung trotz wochenlanger und jahrelanger Arbeit dem Hunger ausgeliefert ist, deswegen ist diese Staatsform nicht gesichert, und über diese Staatsform wird die Arbeiterklasse zu gegebener Zeit unter Führung der Kommunisten zur Tagesordnung übergehen.

Unser Ziel ist und bleibt die Räterepublik, die Diktatur des Proletariats! Wir machen keinen Hehl daraus und werden alles tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Ich möchte dann zum Schluß noch das eine sagen, daß wir zu all diesen Punkten des Etats in der Einzelberatung Stellung nehmen werden, um zu versuchen, Verbesserungen durchzuführen für die unteren Beamten und Arbeiter, die bei diesem Etat in Frage kommen. Wir werden versuchen, Abstriche vorzunehmen bei den oberen, weil wir der Überzeugung sind, daß diese Leute ihr Einkommen gar nicht brauchen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß außer der Gehaltsgruppe XIII es noch Extragruppen geben muß für Minister und Ministerialräte. Das ist ein derart hanebüchener Unfug, daß man in einer solchen Not, in der Deutschland lebt, es nicht verantworten kann. Ich kann es nicht begreifen, daß es daneben noch Gehaltsgruppen geben kann, die unter V sind. Da zwingt man ja die Leute förmlich dazu, Diebstahl und Unredlichkeiten aller Art zu begehen. Ich könnte Ihnen Namen nennen. Von Berlin haben Sie neulich gehört, daß eine ganze Schupoabteilung ausgehoben worden ist, weil sie die Wirte begünstigt hat. In den Kontobüchern der Hotels stand: Für die Polizei so und soviel, weil die Leute dort das Glücksspiel geduldet haben. Oberwachtmeister und Unterwachtmeister, zwei Dutzend waren es, alle korrumpiert. Ich kenne eine Wirtschaft in Mannheim, wo dasselbe System besteht, wie in Berlin. Aber weil ich weiß, daß dann gegen diese Unterbeamten rücksichtslos vorgegangen wird, weil, wie der Herr Abg. Dr. Hoffmann gepredigt hat, der Satz noch gilt: Ihr laßt die Armen schuldig werden, dann überlaßt Ihr sie der Pein, — weil ich nicht will, daß diese Armen mit ihren Familien der Pein überlassen werden, deswegen werde ich die Namen nicht nennen. Wir werden aber mit allen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Schreck [Komm. P.])

Mitteln dafür eintreten, daß die Leute in eine höhere Gehaltsgruppe kommen, und wir glauben, damit unsere Pflicht zu tun.

Wir lehnen also den Etat grundsätzlich ab. Das hindert uns aber nicht, Verbesserungen hineinzubringen, weil wir wollen, daß die Kleinen sich endlich einmal sattessen können, und weil die Großen, die satt zu essen haben, nicht mehr zu bekommen haben, als was für den Lebensunterhalt notwendig ist. Von diesem Gesichtspunkt aus ist unsere Stellung zu dem Etat gegeben.

Im Verlaufe obiger Ausführungen hat II. Vizepräsident von Au den Vorsitz vorübergehend übernommen.

Minister des Innern **Remmele**:

Im Hinblick auf die vorgerückte Stunde möchte ich mir gestatten, von einer Reihe von Fragen, die heute und gestern aufgeworfen worden sind, heute abend nur einige noch kurz zu behandeln. Der Herr Abg. Dr. Hoffmann hat den Versuch gemacht, einen Vergleich anzustellen zwischen dem Etat des Ministeriums des Innern in seinen Aus- und Einnahmeposten, wie er jetzt vorliegt und gegenüber dem Etat der vorigen Budgetperiode. Im Haushaltsausschuß ist von uns schon darauf hingewiesen worden, wie unmöglich es ist, einen solchen Vergleich anzustellen, und zwar im Hinblick auf die Tatsache, daß nach Abschluß des Etats 1924/25 unmittelbar anschließend eine Gehaltserhöhung durchgeführt worden ist, die jene Etatziffern, soweit die Beamtenbesoldung in Betracht kommt, völlig auf den Kopf stellte. Will man also Vergleiche anstellen, so muß man das, was nachher geschehen ist, dem zuschlagen, was im alten Etat stand. Im allgemeinen kann ich sagen, daß selbstverständlich im Ministerium des Innern mit dem Fortfallen der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft und der dadurch entstandenen Aufhebung der Beamtungen ernstlich und dauernd im Auge behalten wird, die Zahl der Aushilfskräfte zu vermindern und die Beamtenzahl auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Auf dieser Basis beruht der Vorschlag des Staatsministeriums, wenigstens einmal für die nächste Zeit von je drei frei werdenden Stellen eine zunächst nicht zu besetzen. Wie wir praktisch dabei durchkommen können und werden, darüber wird dann später einmal hier in diesem Hause gesprochen werden müssen. Im allgemeinen aber müssen wir uns bei der Betrachtung über die Ausgabepositionen — und das möchte ich auch gegenüber einer Bemerkung des Herrn Abg. Dr. Mattes von gestern sagen, der diese Bemerkung hinsichtlich der Ausgaben für die Polizei machte — doch durchaus klar zu sein, daß im Hinblick auf die Entwertung der Mark und auf die Tatsache, daß die Beamten in den unteren Besoldungsgruppen noch nicht zum Friedenseinkommen gelangt sind, der Etat in seinen Ausgaben naturgemäß in den nächsten Jahren aller Wahrscheinlichkeit nach eine steigende Tendenz wird haben müssen. Wir werden das nicht verhindern können. Selbstverständlich ist eine Verminderung der Stellenzahl, soweit es im allgemeinen Staatsinteresse erträglich ist.

Was nun die Ausgaben für die Polizei anbelangt — das habe ich zu bemerken gegenüber dem Herrn Abg. Dr. Mattes —, darf man nicht die Tatsache aus dem Auge verlieren, daß neun Zehntel dieser Ausgaben vom Reiche getragen werden und daß, wenn wir forcierte Abstriche machen unter Hintansetzung des allgemeinen Staatsinteresses, wir sie machen nicht nur zugunsten des Landes, sondern zugunsten des Reiches. In diesem Punkte haben wir gewisse Beschränkungen. Ich darf an die allgemeine Regelung erinnern, die sich ergibt aus der Stellung des Friedensvertrages zum Polizeiwesen in Deutschland. Ich darf erinnern, daß die Zahl der Gendarmerie- und Polizeibeamten reguliert ist, und wir auf Grund der durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnisse auch in diesem Jahre zu einem Abgang von etwa 300 Mann von dem Polizeistande kommen. Es war deshalb auch nicht zu verstehen, weswegen vor einigen Wochen im französischen Senat ein namhafter Abgeordneter die Behauptung verbreitete, in Baden bestände eine Polizeibrigade von zwei Regimentern, und daran Ausführungen knüpfte, die mit den Tatsachen keineswegs in Übereinstimmung sich befinden. Ich nehme die Gelegenheit wahr, hier hervorzuheben, daß die badische Polizei durchaus im Rahmen des für die deutschen Länder bestehenden Polizeigesetzes organisiert ist, daß die badische Polizei nichts anderes sein will als ein Organ des Staates zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben, daß sie weder eingreifen noch die Vorbereitungen treffen will, wie wir oft hören auch in diesem Hause, für einen Bürgerkrieg, noch daß sie die Absicht verficht, sich in Lohnstreitigkeiten einzumischen, sondern sich um jene Dinge kümmert, für die die Polizei eines Landes berufen ist.

Es ist vom Herrn Abg. Dr. Hoffmann richtig bemerkt worden, daß durch Verminderung der Zahl der technische Apparat der Polizei dauernd verbessert werden muß. Darin liegt ja schließlich die Möglichkeit des Ersparens an Menschen, aber der technische Apparat, soweit wir ihn verbessern, wird immer wieder in Einklang mit den Vorgängen sonst im Reiche unter Führung des Reichsministeriums des Innern eingestellt und eingerichtet, so z. B. wenn die Rheinschiffahrtspolizei dadurch sich deutlicher ins Licht zu setzen in der Lage sein wird, ein Polizeiboot zu beschaffen, entspringt diese technische Einrichtung einem Druck Frankreichs, das mit der Argumentation gegenüber den deutschen Polizeibehörden arbeitete, als ob auf dem Rhein die Sicherheitsverhältnisse außerordentlich ungünstig gelegen seien. Aus diesen Gründen hat das Reich von sich aus den Reichswasserschutz, aus anderen Erwägungen im Osten des Reiches, durchgeführt und glaubt vorschlagen zu sollen, daß die Rheinpolizei eine Reichsinstitution werden soll. Dem haben wir widersprochen, Bayern hat gleichzeitig widersprochen, ebenso Preußen, weil wir der Meinung sind, auf dem Gebiete des Polizeiwesens ist die Staatshoheit unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Aus den gleichen Erwägungen kommen wir zur Ausrüstung der Polizei mit Radio, mit Sende- und Empfängereinrichtung in Karlsruhe und in den größten Städten des Landes.

Es ist heute von dem Herrn Abg. Dr. Hoffmann von dem Polizeibeamtenrecht gesprochen worden, wozu ich einige kurze Bemerkungen machen möchte. Das Reichsrahmengesetz über die Schutzpolizei der Länder, das die Einstellung zahlreicher Beamten auf Zeit bedingt, auf die bekannten 12 Jahre, wird, soweit sich die Verhandlungen jetzt übersehen lassen, in der nächsten Zeit in Fortfall kommen. Das Polizeibeamtenrecht wird dem allgemeinen Beamtenrecht angepaßt und zwar auf Grund der durch die Forderung der Entente bedingten veränderten Sachlage auf dem Gebiete des Polizeiwesens in Deutschland. Die Polizeibeamten werden zu einem erheblichen Teil nach Eignung und Maßgabe freier Stellen, die wir im Etat zu vermehren haben, entsprechend in planmäßige lebenslängliche Beamtenstellen überführt werden. Damit kommt für die Zukunft das Versorgungsanwärtersystem in Wegfall. Der Etat bringt außerdem nach Maßgabe des dienstlichen Bedarfes im Rahmen der finanziellen Möglichkeit eine Besserstellung der Polizei- und Gendarmeriebeamten, wobei namentlich die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Innern **Remmele**)

Eingruppierung der unteren Beamten eine Verbesserung erfahren konnte. Allerdings muß ich hinzufügen, daß eine Reihe von Wünschen, und wie ich zugeben muß, berechtigten Wünschen in diesem Etat noch nicht erfüllt werden konnten. Der Haushaltsausschuß hat ja beschlossen, die Ansprüche dieser Art auf die nächste Landtagsperiode zu überweisen. Das wollte ich ganz allgemein hinsichtlich der Stellung der Polizei sagen.

Was nun die Leistungen der Polizei anbelangt, worüber in diesem Hause ja Worte der Anerkennung ausgesprochen worden sind, so möchte ich auch meinerseits hinzufügen, daß allerdings die Anforderungen unserer Polizei in ganz Deutschland außerordentlich wachsen und sich fast von Jahr zu Jahr verändern. Ich brauche nicht mehr auf die Verkehrspolizei hinzuweisen, worüber ja schon früher gesprochen worden ist, aber daß wir Leute ausbilden müssen direkt im Flugdienst, um den Polizeidienst auf den Flugstationen durchzuführen, daß wir jetzt schiffahrtstechnische Beamte haben müssen mit dem Steuerpatent und anderen Voraussetzungen, das sind Neuerungen, die an die Leistungsfähigkeit und an den Arbeitswillen der Beamten hohe Anforderungen stellen. Dafür muß man der Polizei Anerkennung aussprechen. Wir dürfen erfreulicherweise feststellen, daß im großen ganzen von einzelnen Entgleisungen und Vorkommnissen abgesehen, die Polizeiorganisation — sowohl die Führung der Polizei, wie die Polizeimannschaft überhaupt — sich frei zu halten gewußt hat von politischen extremen Vorkommnissen, von einseitiger Einstellung, und sich eine Pflichterfüllung und Wissen und Können angeeignet hat, das nur allgemeine Anerkennung finden muß.

Es ist nun in anderem Zusamemnhang von mehreren Rednern das Verhältnis zwischen Gemeinden und Staat zur Sprache gebracht worden. Richtig ist, wir befinden uns hier bei einem Problem, welches sich dauernd in Fluß befindet und naturgemäß dauernd Gelegenheit zur Erörterung in der Öffentlichkeit gibt. Ich will in diesem Zusamemnhang jetzt auf die Absichten des Ministeriums auf dem Gebiet des Fürsorgewesens im allgemeinen nicht eingehen. Ein Referentenentwurf liegt vor: er sollte den beteiligten Kreisen Gelegenheit geben, sich darüber zu äußern. Referenten und Regierung werden seiner Zeit dazu Stellung nehmen und den Landtag bitten, nun auch seinerseits eine Neuordnung der Dinge in Baden zu versuchen. Ganz generell will ich einen Satz bei dieser Gelegenheit aussprechen und den sicherlich schweren Vorwurf zurückweisen, der heute zum Teil aus den Kreisorganisationen herauskommt, zum Teil auch aus Gemeindeversammlungen und insbesondere aus Organisationen der Selbstverwaltungskörper, nämlich den Vorwurf, als ob das Bestreben des Ministeriums darauf hinauslaufe, nicht nur in dem Zusammenhang, sondern auch in der Art, über die vorhin gesprochen worden ist, hinsichtlich der Auslegung der Gemeindeordnung, die Selbstverwaltung zu beschränken. Wenn man natürlich die Tatsache außer Acht läßt, daß das Landesparlament heute im Staatskörper eine ganz andere Stellung einnimmt, wie es vor der Staatsumwälzung der Fall war, wenn man weiter außer Acht läßt, daß auch die Regierung heute auf einer ganz anderen Plattform sich befindet, und man Regierung und Landtag, insbesondere aber die Regierung so etwa wie einen Popanz an die Wand malt, die sich um alles kümmern will, kann man zu solchen Schlußfolgerungen kommen, die in dem Vorwurf gekleidet sind, die Selbstverwaltung solle beschränkt werden. Das soll nicht geschehen. Was wir wollen, ist, daß wir uns allgemach durchringen zur Schlußfolgerung für die Anerkennung der Tatsache, daß ein Stück Überorganisation in unserem badischen Land vorhanden ist. Wer sich mit diesem Problem beschäftigt, er mag politischer oder weltanschaulicher Richtung angehören, welcher er will, muß sich darüber klar sein, daß kaum in einem Lande in Deutschland die Überorganisation des Staatswesens im allgemeinen so stark ausgebildet ist, wie bei uns im badischen Land.

Ich habe Verständnis dafür, daß die Kreise, die unter Umständen abgebaut werden sollen, sich dagegen wehren. Aber wenn sie sagen, das Ministerium müsse eine Vereinfachung seiner Geschäfte durchzuführen versuchen, indem es Geschäfte nach unten abschiebe, dann ist die Voraussetzung, Herr Abg. Dr. Hoffmann, dazu, daß der Bezirk selbst eine etwas gefestigtere Konstruktion hat, als das heute in Baden der Fall ist, weil wir sonst keinem Staatsbürger den Weg zum Ministerium, auch dann, wenn das Beschwerderecht nicht mehr vorgeschrieben ist, in unseren heutigen Zeitverhältnissen, abschneiden können. Aber darüber hinaus darf ich noch eines sagen:

Wir haben den Verwaltungshof aus Sparsamkeitsgründen abgebaut. Wir haben 18 Bezirksämter aus Sparsamkeitsgründen aufgehoben (Zuruf rechts: Wird bestritten!). Ja es gibt Leute, die das bestreiten, ich stehe auf einem anderen Standpunkt. Wir haben außerdem eine Kommission eingesetzt, die die einzelnen Bezirksämter besucht, also eine Beamtenkommission, um zu prüfen, welche Geschäfte noch aus dem Ministerium herausgenommen und zur selbständigen Erledigung draußen im Bezirk gebracht werden können. Und da, Herr Abg. Dr. Glockner, kommt in Betracht, wenn man an die Arbeit herangeht, daß man die Institution Landeskommissäre immer zu sehr belastet, das kommt naturnotwendig heraus. Wir haben aber darüber hinaus die Beamten der inneren Verwaltung aufgefordert, Vorschläge zu machen, wie man noch mehr Arbeit aus dem Ministerium herausbekommen kann. Ich muß aber sagen, allzu viele Antworten und Vorschläge sind nicht eingelaufen, und die, welche eingelaufen sind, verlaufen sich sofort auf das Gebiet der Gesetzgebung, wenn man sie praktisch durchführen will.

Also, wenn wir andererseits jenen Wust von Kleinarbeit aus dem Verwaltungshof bekommen haben, mit dem Justizministerium zugleich auch die Landeskommissäre einen Teil Arbeit bekommen haben, dann darf man sich auch nicht beschweren, daß nun diese Arbeit irgendwo anders geleistet werden muß, und daß dadurch das Innenministerium eine gewisse Aufblähung erfahren hat. Aber ich bin mit dem Landtag einverstanden, daß wir selbstverständlich uns bestreben müssen, einfachere Methoden für eine Reihe von Vorgängen zu finden, selbst dann, wenn etwa, da gebe ich dem Herrn Abg. Dr. Glockner durchaus recht, versucht werden muß, die Zuständigkeit eben anders zu orientieren. Aber das sind, das versichere ich Sie, Dinge, die man nicht von einem Tag zum andern lösen kann, und auch Dinge und Fragen, die mit Zeitungsartikeln und Besprechungen nicht aus der Welt geschafft werden können, sondern, die ein aufmerksames Auge des Direktors, des Ministers oder des sonst leitenden Beamten bedürfen. Sehen Sie, Herr Abg. Dr. Glockner, Sie sprachen von dem Ausscheiden der Frau Oberregierungsrat Dr. Baum. Ich bedauere dieses Ausscheiden auch, und ich darf Sie versichern, der Herr Ministerialdirektor hat sich im Laufe der Zeit, in welcher er mit dieser Dame zusammenarbeitete, mancherlei Mühe gegeben, sie zu halten. Aber ein Stück Nichtbefriedigung liegt doch auch in der Tatsache, daß wir auch auf diesem Gebiet des Für-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Innern **Remmele**)

sorgewesens den energischen Versuch gemacht haben, die Dinge aus dem Ministerium hinauszubekommen und das Ministerium nicht zu einem großen Bezirksamt werden zu lassen. Man stößt bei der Lösung des Problems auf Schwierigkeiten. So einfach geht es nicht. Ich sage aber abschließend: Selbstverständlich muß das Ziel sein, daß die Regierung eines Landes in der Tat im wesentlichen nur mit Regierungsgeschäften beschäftigt wird, und daß alles andere, was rein verwaltungsmäßig vor sich geht, möglichst draußen seine Erledigung findet.

Nun aber das andere Programm, die Beschneidung oder die angebliche Beschneidung der Rechte des Bürgerausschusses. Dieser Fall ist durch einen praktischen Vorgang in einer Stadt an uns herangekommen. Wir hätten in dem betreffenden Falle glatt feststellen können, was wir festgestellt haben, daß ein Beschluß solcher Art, wie er zustande gekommen ist, nach der Bestimmung der Gemeindeordnung nicht rechtens sei und damit den Fall als erledigt ansehen können. Wir haben aber Gelegenheit genommen, diesen Fall in einem Runderlaß allen Ämtern zur Kenntnis zu bringen. Was ist geschehen? Es ist festgestellt worden, was im Laufe der Jahre wieder einmal notwendig war, worüber seit Jahrzehnten gelegentlich immer wieder einmal gestritten worden ist. Wenn der Stadtrat einen Beschluß, der ihm gefährdet erscheint, durchbringen will, er sich auf Konzessionen, auf Verhandlungen mit den Stadtverordneten einläßt und mitunter auch Abänderungsanträge in Kauf nimmt, so ist das nicht in Ordnung. Es sagt die Gemeindeordnung: Ein Bürgerausschußbeschluß ist nur gültig, wenn der Gemeinderat zustimmt. Wir sind nun aus sehr gewichtigen Rechtsgründen der Auffassung: Diese Zustimmung muß in dem Bürgerausschuß erfolgen, in dem die Sache erledigt wird, denn es gibt keine getrennte Abstimmung der Stadtverordneten, also keinen Zusatz eines Abänderungsantrages, zu dem der Gemeinderat keine Stellung nimmt, sondern nur eine Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats, den er aufgenommen hat. Nun sagen Sie: Vielleicht findet sich ein Weg zur Verständigung, indem man dem Gemeinderat die Möglichkeit läßt, seine Zustimmung später noch zu geben, ohne daß nachträglich der Bürgerausschuß noch einmal eine Mitteilung dazu erhält.

Ich weiß nicht, wenn wir uns als Aufsichtsbehörde auf diesen Standpunkt stellen, ob bei der Austragung eines Rechtsstreites darüber man mit dieser Auffassung durchkommen wird. Ich möchte es billig bezweifeln, denn ich bin der Meinung: Der Beschluß des Bürgerausschusses, auch wenn Abänderungsanträge dazu kommen, muß die sofortige Stellung des Gemeinderats klar ergeben. Er kann sich nicht herumdrücken, indem er sich scheut, zu sagen: Über den Antrag können wir jetzt nicht abstimmen, weil wir eine eigene Stellung nicht nehmen können, sondern er muß klipp und klar sagen, wie er selbst zu einem Antrag dieser Art steht. Ich weiß — das wird vielleicht den Landtag interessieren, weil gerade jetzt der Streit von Mannheim ausgegangen ist — daß vor dem Kriege, solange ich die Ehre hatte, Mitglied des Stadtrates in Mannheim zu sein, hin und wieder einmal während der Verhandlungen der Stadtrat die Sitzung des Bürgerausschusses um einige Minuten unterbrochen hat, sich zu einer neuen Beratung dieser Abänderungsanträge zurückzog und dann herauskam und dem Stadtverordnetenkollegium mitgeteilt hat: Der Stadtrat ist auf den Boden dieser Anträge getreten, wir können darüber abstimmen (Zuruf: Das ist auch nach dem Kriege gemacht worden!). Das wird wiederholt vorgekommen sein und wird in wenigen wichtigen Fällen immer wieder der Weg der Verständigung sein. Gegen diese Art von Verständigung ist auch gar nichts einzuwenden. Worum es sich aber ganz im allgemeinen handelt, ist: Wenn ein Rechtsstreit darüber ausbricht, ob ein gültiger Beschluß zustande kommt, dann muß nach unserer Auffassung bei der Beschlußfassung selbst die Meinung des Gemeinderats feststehen. Kann sie nicht herbeigeführt werden, dann muß eben in Gottesnamen eine Beschlußfassung darüber ausgesetzt werden, bis diese Meinung des Gemeinderats feststeht.

Was nun aber die Frage anlangt, wie man aus dieser Streitfrage herauskommen kann, so darf ich zunächst doch soviel sagen: Bei der Schaffung der neuen Gemeindeordnung ist diese Frage keine Streitfrage gewesen, denn das Haus hat einstimmig diese Regel der alten Gemeindeordnung in die neue übernommen (Abg. Dr. Glockner: Das ist gar nicht erörtert worden!). Wir haben aber in der Kommission und in den Vorbesprechungen uns darüber unterhalten, auch bei anderer Gelegenheit, auf die Sie ja schon angespielt haben, nämlich: Was ist der Bürgerausschuß? Er ist nach dem alten französischen Gesetz mit dem Einkammersystem, wo er für gewisse Beschlüsse notwendig war, eine Gemeindeversammlung, wie sie in der Pfalz bis zur Staatsumwälzung sich praktisch abspielte, nämlich die verkleinerte Gemeindeversammlung. Man hat in Baden gesagt: Man kann nicht die gesamte Bürgerschaft jeweils zusammenrufen und will weitergehen, wie das in der pfälzischen Gemeindeordnung nach dem Code civil der Fall war. Man will also dem Bürgerausschuß Gelegenheit geben, auch sonst zu wichtigen Vorlagen der Gemeinde Stellung zu nehmen.

Die Fragen der Geländeveräußerung sind von großer Bedeutung. Da hat man den Bürgerausschuß, in dem der Gemeinderat Mitglied ist als verkleinerte Gemeindeversammlung, lediglich eingesetzt zu dem Zwecke, über Vorlagen des Gemeinderats mit ja oder mit nein zu entschließen. Dieses System über Bord zu werfen, darüber haben wir uns lang unterhalten, einmal mit dem Ziel, die Magistratsverfassung einzuführen, das andere Mal war eine Auffassung mit dem Ziel vorhanden, das Einkammersystem einzuführen. Ich sage nun in meiner Stellung, daß dieser Vorgang, den wir jetzt haben, auf Grund unseres Erlasses, eigentlich keine Veranlassung bietet, jetzt eine Novelle zur Gemeindeordnung vorzulegen. denn ich stehe persönlich auch auf dem Standpunkt: Das, was auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung historisch geworden ist, soll man nicht ohne weiteres über Bord werfen (Sehr richtig! rechts). Wenn man aber der Meinung ist, man soll das Initiativrecht des Bürgerausschusses ausbauen, dann kommt man naturnotwendig zum Zweikammersystem, zur Magistratsverfassung. Darüber muß man sich klar sein. Dann hat man nicht mehr das System der verkleinerten Gemeindeversammlung. Ehe ich die Magistratsverfassung übernehmen würde, würde ich aus rein praktischen Erwägungen, aus Sparsamkeitsgründen und aus Gründen schnellerer Arbeit das Einkammersystem vorziehen, den Stadtrat, den Gemeinderat, der bei wichtigen Gelegenheiten unter Umständen auch einmal öffentlich zu tagen hätte. Jedenfalls — und das hat der Herr Abg. Dr. Glockner vorhin durchaus recht besprochen — handelt es sich bei der Auseinandersetzung dieser Frage nicht im geringsten um die Frage des Versuchs der Beschneidung der Rechte des Bürgerausschusses, sondern um die nackte Feststellung einer rechtlichen Tatsache, wobei man lediglich noch unterscheiden kann, ob nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen eine etwas laxere Auslegung in der Frage der Abstimmung zu Abänderungsanträgen am Platze ist. Das kann aber der Oberbürgermeister, ohne daß die Gesetzgebung, die Aufsichtsbehörde sich hineinmischt, konnte es bisher schon

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Minister des Innern **Remmele**)

geschehen und wurde unbeanstandet gelassen. Wo aber einmal ein Konflikt ausbricht, müßte selbstverständlich den Bestimmungen, dem Wortlaut und dem Geiste des Gesetzes entsprechend verfahren werden (Zuruf: Nach dem Erlaß, nach der Anfrage, können sie es nicht!). In Mannheim haben sie — über das hinausgehend, was ich vorhin von der Praxis gesagt habe — dieses Recht der Initiative des Bürgerausschusses verankert; das ist eine Unmöglichkeit: denn dabei ergibt sich kein vollgültiger Gemeindebeschluß im Sinne unserer Gemeindeordnung.

Für heute möchte ich mich zunächst auf diese Bemerkungen beschränken und möchte mir vorbehalten, andere, soweit es aus der allgemeinen Debatte ausgehend von Wichtigkeit ist, noch im Laufe des morgigen Tages zu beantworten.

Im Verlauf des heutigen Tages ist von Rednern verschiedener Parteien der inneren Verwaltung ganz allgemein, der Beamtenschaft und auch meiner Wenigkeit als Vorstand des Ministeriums Anerkennung und Dank gezollt worden: Ich möchte meinerseits diese Worte der Anerkennung dankend quittieren und sie auch an die Beamtenschaft weitergeben. Dabei glaube ich, mit Fug und Recht hinzufügen zu dürfen, daß in der inneren Verwaltung ein großes Maß von Arbeit zu leisten ist, daß aber — im allgemeinen gesprochen, hie und da gibt es natürlich auch einmal Reibungen — die Beamtenschaft in allen Positionen und auf allen Posten alles daransetzt, einen reibungslosen Betrieb durchzuführen und alles zu tun, was zur schnellen Erledigung der Arbeit notwendig ist. Das möchte ich auch meinerseits dankend der Beamtenschaft gegenüber hier unterstreichen — in der Hoffnung, daß für unser Staatsleben auch einmal wieder eine bessere Zeit kommen möge, in der die Not des Lebens und die Verhältnisse der Zeit nicht mehr so schwer drücken, wie das in unserer schwierigen jetzigen Zeit der Fall ist (Beifall!).

Der Präsident schlägt vor, hier abzubrechen und setzt die nächste Sitzung mit Fortsetzung der heutigen Beratung auf Donnerstag früh ½10 Uhr fest.

Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	2725
Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern	
Allgemeine Beratung	
Abg. D. Mayer	2725
„ Heurich	2730
„ Gündert	2746
„ Dr. Glockner	2751
„ Schreck	2758
Minister des Innern Remmele	2771

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg